



Hans Joas:

Weiterhin an der KPV-Spitze

Dem Gundremminger Kreisrat wurde bei der KPV der CSU im Landkreis Günzburg wiederum einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. **Seite 15**



Dieter Thalhammer:

Offenes Herz, wacher Verstand

Freisings Oberbürgermeister feiert am 18. April seinen 60. Geburtstag. Bürgernähe ist dem Sozialdemokraten ein zentrales Anliegen. **Seite 15**



Prof. Thomas Bauer:

Ohne Bauaufschwung kein Wirtschaftsaufschwung

Der wiedergewählte Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes forderte in Nürnberg einen verstärkten Infrastrukturbau. **Seite 4**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 10. April 2003

54. Jahrgang / Nummer 8

Landtag bringt Gesetzentwurf aller Fraktionen zum Volksentscheid:

Einig über Verfassungsänderung

Konnexitätsprinzip und Klonverbot werden kodifiziert

Der Weg zur Verfassungsänderung durch Volksentscheid am 21. September, dem Tag der Landtagswahl, ist jetzt im Landtag geöffnet worden. Nach monatelangen Verhandlungen haben sich die Fraktionen der CSU, SPD und der Grünen auf einen Gesetzentwurf verständigt, dem zu Folge das Konnexitätsprinzip (wer anschafft, zahlt) die Senkung des passiven Wahlalters von 21 auf 18 Lebensjahre sowie der Schutz der Menschenrechte sowie der Kinder als eigene Rechtspersonen konkreter als bisher in der Bayerischen Verfassung von 1946 kodifiziert werden. Neu ist das Klonverbot menschlicher Lebensbausteine.

„Bis auf das letzte Komma“, haben sich die drei Fraktionen geeinigt, wie Harald Güller als Verhandlungsführer der SPD bei der Ersten Lesung des Gesetzentwurfs im Plenum hervorhob. Was ihn nicht hinderte, auf „jährrelanges Zögern und Ablehnen“ der CSU hinzuweisen. Es werde

nun ein „striktes Konnexitätsprinzip“ geben. Allerdings sei nicht für die alten Streitfälle zwischen Staat und Kommunen „fresh money“ zu erwarten. Bei neu vom Staat zugewiesenen Aufgaben jedoch müsse mit den Kommunen und ihren Spitzenverbänden Übereinstimmung er-

zielt werden; sowohl seitens der Staatsregierung als auch im Landtag.

Auch CSU-Verhandlungsführer Dr. Otmar Bernhard konnte sich bei allem Lob für die konstruktive Zusammenarbeit nicht verkneifen, die rot-grüne Bundesregierung zu kritisieren, die das Konnexitätsprinzip nicht konsequent anwende sowie durch ihre Steuerpolitik und die noch immer ausstehende kommunale Finanzreform an der Misere der Städte, Gemeinden, Kreise und Bezirke schuld sei. In Bayern werde ihnen nun „ein Stück Selbstverwaltung und eigenen Gestaltungsspielraums“ verfassungsrechtlich geöffnet.

Für die Grünen erinnerte Christine Stahl an die jahrelangen Bemühungen auch ihrer Fraktion, die an der CSU gescheitert



Altbundespräsident Roman Herzog, Ministerpräsident Edmund Stoiber, Altbundeskanzler Helmut Schmidt und Hanns-Seidel-Stiftungsvorstand Alfred Bayer in der Münchner Residenz.

Franz-Josef-Strauß-Preis 2003 für Roman Herzog:

Deutscher Patriot mit bayerischem Herz

Festakt in der Münchner Residenz

Für seine Verdienste um den Dialog der Kulturen ist Ex-Bundespräsident Roman Herzog mit dem Franz-Josef-Strauß-Preis der Hanns-Seidel-Stiftung ausgezeichnet worden. Mit einem Festakt in der Münchner Residenz wurden auch die Verdienste des gebürtigen Niederbayern um eine offene Gesellschaft gewürdigt.

Zu sagen worauf es ankommt, und nicht was ankommt, war ein Leitsatz von Franz Josef Strauß. Wie HSS-Vorsitzender Alfred Bayer eingangs betonte, habe Roman Herzog als Wissenschaftler, Politiker und Staatsmann durch sein Wirken und in seinen viel beachteten Reden auch nach diesem Motto gehandelt und damit deutliche Akzente gesetzt.

Bekanntnis zur westlichen Wertegemeinschaft

Das unmissverständliche Bekenntnis zur Wertegemeinschaft des Westens, die feste Einbindung in das transatlantische Bündnis und die Anbahnung mutiger Reformen machten dies deutlich.

Mit der Auszeichnung ehre die Hanns-Seidel-Stiftung einen herausragenden Verfassungsrecht-

ler, Politiker und Staatsmann, „dessen Denken und Wirken stets die Würde und Freiheit des Menschen, die Schaffung einer offenen und solidarischen Gesellschaft und die Förderung eines Dialoges der Kulturen ver-“ (Fortsetzung auf Seite 12)



Die Hoffnung auf wirtschaftliche Erholung ruht auf den entblößten Kniekehlen der Frauen, meint die Vorzimmerperle. Schließlich hat eine wissenschaftliche Studie festgestellt, dass in Zeiten des ökonomischen Optimismus die Röcke kürzer werden. **Seite 15**

Schnappauf gibt Regierungserklärung zur Umweltpolitik:

Umweltschutz in Bayern ist Zukunftsverantwortung

„Der Umweltschutz in Bayern ist Zukunftsverantwortung für unsere Heimat“, hob Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf in seiner Regierungserklärung zur Umweltpolitik der Bayerischen Staatsregierung heute im Bayerischen Landtag hervor. Für Schnappauf ist der Umweltschutz eine zeitlose Daueraufgabe. Auf eine Vielzahl von Erfolgen kann die Staatsregierung dabei bereits verweisen. So ist Bayern in Deutschland

- das führende Klimaschutzland mit dem niedrigsten CO₂-Ausstoß pro Kopf,
- das Land mit dem höchsten Anteil an regenerativen Energien,
- das Land mit einer hervorragenden Trinkwasserqualität bei niedrigsten Wasserpreisen,
- das Land mit der höchsten Abfallverwertungsquote und
- das Land mit sauberen Flüssen und Seen.

Schnappauf betonte, dass Bay-

erns Natur immer schöner und reicher werde. So ist es gelungen, seltene Arten wie Steinadler,

Wanderfalken und Schwarzwild wieder anzusiedeln.

Mit den Menschen

Nach den Worten des Ministers betreibt Bayern einen Umweltschutz mit den Menschen und nicht gegen die Menschen. In dem Zusammenhang kritisierte Schnappauf die Umweltschwarzfalken (Fortsetzung auf Seite 3)



Rechtzeitig zu Beginn der Radsaison präsentierte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, der Chamer Landrat Theo Zellner, im Beisein von Umweltminister Werner Schnappauf den Radfahrer „Radspaß Bayerischer Wald“. In Nordostbayern gibt es ein umfangreiches Netz von anspruchsvollen Fernrouten, die sowohl dem gemütlichen Genussradler als auch dem ausgetrainierten Leistungssportler alle Wünsche erfüllen. Die Routen enden nicht an den Grenzen, sondern führen weiter in ein neues Europa, durch den böhmischen Nationalpark Sumava, ins Künische Gebirge, an den Moldaustausee und in die Dreiländerecke zum Mühlviertel mit Anbindung an die Fernwanderwege dieser Nachbarländer. Der Radfahrer für dieses Eldorado entstand in Zusammenarbeit mit den Landratsämtern des Bayerischen Waldes, dem Tourismusverband Ostbayern und den böhmischen und österreichischen Kollegen im Galli-Verlag.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Bagatelsteuern derzeit kein Thema	2
Tauziehen um kommunale Finanzreform	2
Kommunen haben in der Mehrheit korrekt gewählt	2
GZ-Kolumne Maximilian Gaul:	
Aufruf zur Demonstration	3
Zeitreise in die Zukunft	3
Kommunales Rauchverbot senkt Herzinfarkte	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Baupolitik	4 - 7
Kommunalfahrzeuge · Garten- und Landschaftsbau	8 - 10
Dienstleistungen	11
Aus den bayerischen Kommunen	12 - 16

Bagatellsteuern derzeit kein Thema

CSU lehnt Vorstöße der Opposition ab - Warten auf kommunale Steuerreform

Das alte Streitthema Bagatellsteuern, insbesondere Zweitwohnungssteuer, ist im Bayerischen Landtag wieder einmal vertagt worden. Anträge der beiden Oppositionsfraktionen, das Steuerfindungsrecht der Städte und Gemeinden generell wiederherzustellen (Grüne), bzw. lediglich die Zweitwohnungssteuer im Kommunalabgabengesetz zu verankern (SPD), scheiterten an der Argumentation der CSU, hier komme es auf den Bund an. Der sei bislang nur mit wirtschaftsschädlichen Steuererhöhungen tätig geworden. Die kommunale Finanzreform stehe noch in den Sternen.

Für die SPD berief sich im federführenden kommunalpolitischen Ausschuss Rainer Boutter sowohl auf Städte- und Gemeindetag als auch auf den Föderalismuskonvent der Deutschen Landparlamente Ende März in Lübeck. Im Prinzip stimme die SPD auch dem Grünen-Entwurf zur generellen Gesetzesänderung bezüglich eigener Steuerfindung zu, „aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt“.

Soforthilfe geboten

Den Kommunen müsse angesichts ihrer dramatischen Finanzlage jedoch sofort geholfen werden. Die Zweitwohnungssteuer erfordere auch keinen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand. Sein Fraktionskollege Rainer Volkmann folgte aus seinen Münchner Erfahrungen, dass die Zweitwohnungssteuer nicht nur einen fiskalischen sondern auch einen wohnungspolitischen Hintergrund habe. Begüterte hielten sich in Städten wie München Zweit- und Drittwohnungen.

Verwaltungsaufwand

Zum CSU-Hinweis auf die Bundesregierung erwiderten die SPD-Abgeordneten, die Misere der Kommunen sei 1996 vom CSU-Bundesfinanzminister Theo Waigel eingeleitet worden. Im übrigen sei die Staatsregierung am Zug, die seit 35 Jahren keine kommunale Finanzreform zu Wege gebracht habe. Zweitwohnungssteuern würden in allen anderen Bundesländern erhoben. Susanna Tausendfreund (Grüne) meinte, es sei nicht zu befürchten, dass alle Gemeinden Bagatellsteuern erheben würden, denn sie wüssten, welcher Ver-

plätze zum Abwandern bringe. Zum Vergleich mit den anderen deutschen Ländern merkte Herbert Ettengruber (CSU) an, der bayerische Finanzausgleich mit den Kommunen sei der beste. Wenn es ihnen schlecht gehe, liege das daran, dass der Bund ihnen die finanziellen Grundlagen zerstört habe. Die beiden Oppositionsanträge zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes wurden mit den Stimmen der CSU, jener der Grünen auch mit denen der SPD, abgelehnt.

Gesamtüberblick nötig

Die CSU-Abgeordneten wollten indessen nicht ausschließen, dass es eine Tages wieder ein kommunales Steuerfindungsrecht gebe. „Wir müssen aber erst einen Gesamtüberblick über die Situation nach der Finanzreform bekommen“, meinte Ausschussvorsitzender Dr. Herbert Kempfner gegenüber der GZ. Joachim

Herrmann (CSU) hatte sich in der Ausschusssitzung auf Innenminister Dr. Günther Beckstein berufen, der Mitglied der Reformkommission ist. In einer Sitzung habe Bundesfinanzminister Hans Eichel bedeutet, dass für die Kommunen am Ende nichts herauskomme werde. Wann es zur kommunalen Finanzreform kommt, ist offen. Heuer nicht mehr, befürchtet Kempfner.

Überlegenswerte Ansätze

Im Landtagsplenum sagte Finanzminister Prof. Kurt Falthäuser zu Dringlichkeitsanträgen aller Fraktionen, die Kommunal Finanzen neu zu ordnen, zum kommunalen Steuerfindungsrecht gebe es überlegenswerte Ansätze vor allem für die Zweitwohnungssteuer. Ehe man ihnen näherträte könne, „muss aufgehört werden mit Steuererhöhungen“ wie sie der Bund permanent praktiziere. **rm**

Tauziehen um kommunale Finanzreform

Der Bund soll sein Modell vorlegen, erst dann bayerische Gegenvorschläge

Sofortentlastung der Kommunen durch Senkung der Gewerbesteuerumlage, Abbau fachlicher Standards zwecks Stärkung ihrer Eigenverantwortung und vor allem eine zügige Gemeindefinanzreform soll die Staatsregierung beim Bund einfordern. So steht es in einem umfangreichen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion, den die Staatsregierung in den Verhandlungen der Reformkommission von Bund, Ländern und Gemeinden zur Richtschnur machen soll. Die Opposition war im Grundsatz nicht gegen diese Schwerpunkte, wehrte sich jedoch gegen den Vorwurf, nur die Bundesregierung sei für die gegenwärtige Finanzmisere der Kommunen verantwortlich.

In eigenen Anträgen hatten SPD und Grüne die politischen Akzente anders gesetzt: Der Landtag begrüße die Initiative für die Kommunen in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 14. März, an der sich die Staatsregie-

rung „in geeigneter Form beteiligen“ solle, formulierte die SPD-Fraktion. Bayern solle unter anderem die Solidarlage für den Aufbau Ost senken und den Grenzlandgemeinden ganz erlassen. Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage

ge dürften nicht im Staatsset verschwinden sondern seien den Gemeinden zuzuführen.

Blockade beenden

Im Bundesrat solle Bayern die Blockade des Steuervergünstigungsabbaugesetzes im Interesse der Kommunen beenden. Die Grünen beriefen sich auf die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände. Der SPD-Antrag war ihnen zu allgemein und zu wenig aufgabenorientiert.

Fraktionsvorsitzender Franz Maget (SPD) und Emma Kellner (Grüne) griffen jedoch übereinstimmend die Staatsregierung scharf an. Sie leugneten nicht, dass auch der Bund handeln müsse. Die Grundlagen für die gegenwärtige Finanzmisere habe indessen Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) schon 1996 mit Abschaffung der Gewerbesteuerumlage gelegt. Jetzt sei es an der Staatsregierung, zu sagen, welches Reformmodell sie wolle.

Unerträgliche Belastungen

Für die CSU-Fraktion konterte

Die Kommunen können es!

Landräte-Präsident Zellner zur Zusammenführung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe

Gegenwärtig wird in der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen die Grundsatzfrage der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum neuen Leistungsgesetz diskutiert. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, Cham: „Der Deutsche und der Bayerische Landkreistag vertreten die Auffassung, dass das neue Leistungsrecht von den Kommunen vollzogen werden soll. Natürlich müssen die für die Leistungsausgaben sowie für die Personal- und Sachkosten erforderlichen Aufwendungen bereitgestellt werden. Hier gilt der Grundsatz: Das Geld folgt der Aufgabe.“

Mangels einer Konnexitätsregelung im Grundgesetz muss die Gestaltung des finanziellen Ausgleichs auf Bund-Länder-Ebene so geregelt werden, dass die Ergebnisse zielgenau und aufgabengerecht bei den Kommunen ankommen. Der Finanztransfer vom Bund auf die Kommunen erfordert wohl eine entsprechende Umverteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern mit einer Erhöhung des Länderanteils. Über den kommunalen Finanzausgleich erwartet der Bayerische Landkreistag die Zuweisung der notwendigen Finanzmittel.

Landkreise haben besonderes Personal eingesetzt

Zellner ist davon überzeugt, dass die Kommunen in Deutschland und insbesondere im Freistaat Bayern hinreichend bewiesen haben, dass sie im Rahmen der Hilfe zur Arbeit und des Programms Arbeit statt Sozialhilfe sehr wohl in der Lage sind, arbeitslose Sozialhilfeempfänger in Arbeit zu vermitteln. Die jährlichen Umfragen des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen haben gezeigt, dass die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger sowohl in den ersten Arbeitsmarkt, in Qualifizierungsmaßnahmen und in gemeinnützige und zusätzliche Arbeitsangebote vermittelt werden. Die Landkreise haben besonderes Personal eingesetzt, das sich sehr individuell um den betroffenen Personenkreis kümmert. Zudem haben die Landkreise sehr enge Kontakte zur örtlichen Wirtschaft und sind so den Firmen ein wichtiger Ansprechpartner.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags: „Zur Durchführung der Aufgabe brauchen die Kommunen allerdings auch eine Weisungsbefugnis gegenüber dem Personal der Arbeitsverwaltung in den Job-Centern. Die umgekehrte Lösung der Konzentration der neuen Aufgabe bei der Arbeitsverwaltung mit einer angedachten Weisungsbefugnis der Bundesarbeitsverwaltung gegenüber kommunalen Fachkräften entspricht dagegen nicht unserer Verfassungslage.“ Die Vorstellungen über einen direkten Weisungsstrang von der Bundesanstalt hinein in jedes Landratsamt widerspricht der verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltung. Die sog. „Beauftragung“ rechtfertigt keine Aushöhlung der Selbstverwaltungsgarantie. Diese Vorstufe einer weiteren Zentralisierungstendenz nach „Berliner Muster“ lehnt der Bayerische Landkreistag ab. **rs**

Franz Meyer. Es sei unerträglich, dass die rot-grüne Bundesregierung „Gesetze auf den Weg bringt, die dann von unseren Kommunen finanziell zu schultern sind“. Bayerische Initiativen zu ihrer Entlastung seien im Bundestag an SPD und Grünen gescheitert. Mit den Mitteln der Landespolitik könnten Fehlentwicklungen und Lasten nicht aufgefangen werden, die „durch verfehlte Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik der Bundesregierung auch und gerade die Kommunen treffen.“ Zur kommunalen Finanzre-

form erklärte Finanzminister Prof. Kurt Falthäuser, solange die Bundesregierung sich auf kein Modell festlege, könne man es auch von der Staatsregierung nicht erwarten. Im gemeinsamen Ausschuss, der die kommunale Finanzreform seit einem Jahr berät, weiche der Kanzler jeder Festlegung aus. So auch in der Frage des Konnexitätsprinzips, das nach einstimmiger Vorlage aller drei Landtagsfraktionen im Herbst durch Volksentscheid in die Bayerische Verfassung aufgenommen werden soll. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erich Ott
97340 Martinsheim
am 28.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hans-Jürgen Grieger
96163 Gundelsheim
am 1.5.

Bürgermeister Alois Seegerer

92543 Guteneck
am 3.5.

Oberbürgermeister

Hans-Jürgen Weigl
89407 Dillingen a.d. Donau
am 20.4.

Bürgermeister Günther Stegner

96161 Gerach
am 24.4.

Bürgermeister Michael Mayer

89365 Röfingen
am 28.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Ballmann
97258 Hemmersheim
am 1.5.

Bürgermeisterin

Claudia Kappes
97909 Stadtprozelten
am 29.4.

Bürgermeister Otto Probst

94264 Langdorf
am 30.4.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Schiebl
84307 Eggenfelden
am 25.4.

In der großen Mehrheit korrekt gewählt

Bilanz der Kommunalwahl 2002 - Regensburger kündigt Gesetzesänderungen für 2008 an

Die Gemeinde- und Landkreiswahlen im März letzten Jahres sind nach den Feststellungen des Innenministeriums zwar im Großen und Ganzen korrekt durchgeführt worden, dennoch soll das Wahlrecht zur nächsten Kommunalwahl im Jahr 2008 überarbeitet werden; insbesondere für Brief- und Nachwahlen.

In diesem Sinn hat Innenstaatssekretär Hermann Regensburger im Kommunalausschuss des Landtags berichtet. Gesetzesvorlagen von SPD und Grünen zu einer sofortigen Reform, nicht zuletzt unter dem Eindruck der Dachauer Wahlfälschungen, wurden vom Staatssekretär und von der CSU-Fraktion als verfrüht abgelehnt.

Laut Regensburger wurde bei 4078 Wahlen lediglich in 98 Fällen eine Berichtigung und in elf Fällen eine Ungültigkeitserklärung notwendig. Das spreche für die Sorgfalt in den Kommunen und bei den Aufsichtsbehörden bei Überprüfung der Wahlvorgänge. Ein Schwerpunkt der Erfahrungsberichte der Regierungen war die mögliche Interessenkollision, wenn ein Kandidat gleichzeitig Mitglied in einem Wahlorgan war. Das zu ändern, stöße auf das Problem, die Wahlvorstände ausreichend besetzen zu können. Zur Briefwahl wird überlegt, ob die Aushändigung der Stimmzettel an andere Personen als die Familienangehörigen nur noch bei „plötzlicher Erkrankung“ statthaft sein soll. Jetzt geht das in „dringenden Ausnahmefällen“. Bei der Nachwahl wäre denkbar, die Frist zur Berichtigung und Ungültigkeitserklärung der Wahl durch die Aufsichtsbehörden zu verlängern, wenn die gesetzlichen Vorschriften durch eine Straftat verletzt wurden.

Die Opposition wollte mit Hinweis auf Dachau das Gesetz gleich ändern. Ihre Sprecher Prof. Peter Paul Gantzer (SPD) und Susanna Tausendfreund (Grüne) stimmten mit den Überlegungen des Staatssekretärs weitgehend überein, bis auf den Zeitplan. Ausschussvorsitzender Dr. Herbert Kempfner und Jürgen Heike (beide CSU) bremsten: Die Gesetzesänderungen müssten in aller Ruhe durchdiskutiert werden, auch mit den kommunalen Spitzenverbänden, statt sie „mit heißer Nadel“ zu stricken. **rm**

bvv-Trendtage in Tutzing:

Zeitreise in die Zukunft

Einmal im Jahr bieten die Trendtage des Bayerischen Volkshochschulverbandes (bvv) eine wichtige Plattform für die Leiter und Leiterinnen der bayerischen VHS jenseits ihres in der Regel sehr hektischen beruflichen Alltags. Mit ausgewiesenen Fachleuten wurde jüngst in der Evangelischen Akademie in Tutzing der Versuch unternommen, ein Szenario „Leben 2020“ aus unterschiedlicher Perspektive zu entwerfen.

Wie Siegfried Kett, 1. Vorsitzender des bvv, eingangs feststellte, sind die Volkshochschulen heute nicht nur öffentliche Bildungsanstalten, sondern aufgrund ihrer Marktorientierung, Organisation und Finanzierung auch ökonomisch denkende, planende und handelnde mittelständische Unternehmen geworden.

Allerdings werde der Spagat zwischen öffentlichem Bildungsauftrag und Marktorientierung in Zeiten der Finanzkrise öffentlicher Haushalte immer

von Werten und Verhaltensmustern den Kurs.

Jahre des Wandels

Huber: „Vor uns liegen Jahre des Wandels. Die Arbeitswelt wird sich verändern, der Sozialstaat muss umgebaut werden, der internationale Wettbewerb wird schärfer und die demografische Entwicklung dramatischer. Aber ich bin sicher, wir können die Herausforderungen selbst meistern. Wir brauchen

Mit zukünftigen Lebensstilen in Arbeit und Freizeit beschäftigte sich schließlich Prof. Mag. Peter Zellmann vom Ludwig Boltzmann Institut für angewandte Freizeitwissenschaft in Wien. Ganzheitliche Lebensstile, so Zellmann, dominierten zunehmend den Alltag der Bürger. Arbeit und Freizeit stünden gleich wichtig, damit aber auch gleichwertig, im Zentrum der Lebensplanung und Lebensgestaltung. Dieser Wertewandel habe zunächst außerhalb der Arbeitswelt stattgefunden. Erlebt werde eine Emotionalisierung des Alltagslebens. Gefühle zu haben und zu zeigen, sei durchaus erlaubt, sogar „in“. Es gehe um ein Angebot, das diesen veränderten Erwartungshaltungen der Menschen gerecht wird.

Arbeitsstil der Zukunft

Der Arbeitsstil der Zukunft ist Zellmann zufolge geprägt von einer anderen Verteilung der Lebensarbeitszeit (länger an Jahren, kürzer pro Woche), einem häufigeren Wechsel des Arbeitsplatzes, einer deutlichen Zunahme an Teilzeitarbeit, Tele- und Heimarbeit, flexiblen Arbeitszeitmodellen, Nachbarschafts- und Familienhilfe, Tätigkeiten in sozialen Einrichtungen sowie einem stetig steigenden Anteil an Eigenvorsorge für Pension und Rente. Erlebnissteigerung sei der Trend der Zukunft, so Zellmann. In diesem Zusammenhang machte der Wissenschaftler auf das gesellschaftliche Spannungspotenzial zwischen Arbeitslosigkeit und Armut einerseits sowie Wohlstand und Erlebnisindustrie andererseits aufmerksam. Für die Zukunft gab Zellmann u.a. folgende Anregungen:

« Jage nicht ständig schnellebigen Trends hinterher.
« Versuche nicht, permanent deinen Lebensstandard zu verbessern oder ihn gar mit Lebensqualität zu verwechseln.
« Lerne zu lassen, also Überflüssiges wegzulassen: Lieber einmal etwas verpassen, als immer dabei sein.
« Entdecke die Hängematten wieder. Lerne wieder, „eine Sache zu einer Zeit“ zu tun.
« Genieße nach Maß, damit Du länger genießen kannst.
« Mache nicht alle Deine Träume wahr; heb' Dir noch unerfüllte Wünsche auf.
« Sorge nachhaltig dafür, dass das Leben kommender Generationen lebenswert bleibt.
« Verdien' Dir Deine Lebensqualität - durch Arbeit oder gute Werke. Es gibt nichts Gutes, es sei denn, man tut es. DK

dazu Mut, Zuversicht und tragfähige Konzepte. Die Bayerischen Volkshochschulen leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Sie nehmen die Herausforderungen an und stellen die richtigen Weichen für morgen und übermorgen.“

Spitzentechnologie

Über Spitzentechnologien der Zukunft und deren Folgen für die Gesellschaft informierte Dr. Dagmar Oertel, Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB), Berlin. Oertel betonte, dass sich die Wasserstoffspeicherung als Schlüsselfaktor heraus kristallisierte. Die Entwicklung von Brennstoffzellen lasse Innovationssprünge erwarten. Grundsätzlich, so die Referentin, kämen die Potenziale der Brennstoffzelle erst im Rahmen einer Neuausrichtung des Verkehrssystems sowie der Energiewirtschaft in vollem Umfang zum Tragen. Auch der Einsatz von Nanotechnologie berge viele Chancen. Allerdings befände man sich noch in der Anfangsphase, was die umfassende Bewertung der Chancen und Risiken betrifft.

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

schwieriger, „denn wir haben auch Aufgaben zu erfüllen, die rein marktwirtschaftlich geführte Bildungsanbieter wegen Unwirtschaftlichkeit längst aus ihrem Sortiment gestrichen haben: politische Bildung, Ausländerarbeit, Angebote für Bildungsbenachteiligte, nachzulebende Schulabschlüsse, Behindertentherapie etc. - Angebote also, die wir in aller Regel nach dem Robin-Hood-Prinzip, das es in der sog. Freien Marktwirtschaft kaum gibt, aus der anderen Arbeit mitfinanzieren müssen“.

Trends und Chancen

Trends und Chancen für Bayern bis zum Jahr 2020 zeigte Staatskanzlei-Chef Erwin Huber auf. Derzeit, so der Minister, nähmen 45 Prozent aller Bürger am Angebot der Erwachsenenbildung teil. Im Bundesdurchschnitt seien es nur 26 Prozent. Der Freistaat liege somit wesentlich besser als der Bundesdurchschnitt. Dies spreche für das hervorragende Angebot der bayerischen Einrichtungen für Erwachsenenbildung, aber auch für die Bereitschaft der Menschen in Bayern, zu lernen.

Chancenpapier Bayern

Über künftige Trends liege mittlerweile eine ganze Reihe einschlägiger Studien vor, berichtete Huber. Anfang des Jahres 2000 habe im Auftrag des bayerischen Wirtschaftsministeriums eine renommierte Unternehmensberatung ein „Chancenpapier Bayern 2020“ formuliert, das sogenannte Megatrends und deren Chancen für die Wirtschaftsentwicklung im Freistaat darstellt und in die Zukunft projiziert. Neben der Globalisierung als erstem Megatrend nannte Huber die zunehmende Übertragung der nationalstaatlichen Souveränität auf die EU sowie die verstärkte Bedeutung der Regionen als weitere Zielrichtungen. Ebenso bestimmten Zukunftstechnologien, speziell die Computer- und Informationstechnologie, Wissen und Bildung als Schlüssel zur Zukunft, die vielfältigen Herausforderungen der demografischen Entwicklung sowie die Veränderung

Umweltschutz in Bayern ist ...

(Fortsetzung von Seite 1)
politik der Bundesregierung, die nach wie vor nur auf Verbote und weitere finanzielle Belastungen - wie die stark gestiegene Ökosteuer - in der Umweltpolitik setze. Schnappauf umweltpolitischer Kurs ist Kooperation statt Konfrontation. Ziel ist der Umweltschutz mit den Bürgern und Unternehmen. Beispiele dafür sind das Umweltforum mit allen gesellschaftlichen Gruppen, der Vertragsnaturschutz mit den Landwirten oder der Mobilfunkpakt mit den High-Tech-Kommunikationsunternehmen und den kommunalen Spitzenverbänden. Nächste Woche wird Schnappauf eine hervorragende Halbzeitbilanz für den Umweltpakt der Bayerischen Staatsregierung präsentieren und dazu auch den 3000. Teilnehmer beim Umweltpakt. Der Umweltpakt zwischen Staat, Gesellschaft und

Wirtschaft ist inzwischen zu einem fragten Exportartikel geworden. Ein Großteil der deutschen Länder hat dieses Modell übernommen.

Schwerpunkte

Die Schwerpunkte bayerischer Umweltpolitik sind der Klimaschutz, dazu wird Bayern bis 2010 die Emissionen aus Kohle, Öl und Gas noch weiter senken, bereits jetzt liegen sie um ein Drittel unter dem Bundesdurchschnitt.
« Hochwasserschutz, Bayern verwirklicht einen Aktionsplan 2020 für den Hochwasserschutz mit den drei Säulen aus vorbeugenden Hochwasserschutz mit Gewässerrenaturierungen und Überschwemmungsflächen, technischen Hochwasserschutz mit Deichen, Dämmen und Mauern zum Schutz der Siedlungen sowie weitergehenden

Hochwasserschutz zur Verbesserung der Hochwasservorhersage.

« Gewässerschutz für Flüsse und Seen, hierzu erfolgt über eine umfassende Abwasserreinigung hinaus eine naturnahe Gewässer-Gestaltung sowie u.a. der Erwerb von Uferandstreifen.

« Trinkwasserschutz, Bayern setzt hier auf den flächendeckenden Grundwasserschutz mit effizient wirkenden Wasserschutzgebieten im Umfeld der Brunnen und Quellen.
« Naturschutz mit dem BayernNetz Natur für einen landesweiten Biotopverbund zum Schutz der Artenvielfalt gemeinsam mit dem europäischen Netz Natura 2000,
« und die Trendumkehr beim Flächenverbrauch, dazu wird die Staatsregierung in Kürze zusammen mit dem Städtetag ein „Bündnis für das Flächensparen“ schließen.

Im Internet finden Sie die Regierungserklärung unter <http://www.umweltministerium.bayern.de>.

GZ

Kolumne
Maximilian Gaul

Liebe Leserin

Rettet die Kommunen - rettet die kommunale Selbstverwaltung! Zum ersten Mal in der neueren Geschichte werden die Vertreter aus Städten und Gemeinden demonstrieren, um auf die dramatische Verschlechterung unserer Lebensbedingungen aufmerksam zu machen. Uns fehlt die Luft zum Atmen. Das gilt eben nicht nur in finanzieller Hinsicht. Kommunale Selbstverwaltung geht über die gute Finanzausstattung hinaus.

Die Mitglieder der KPV in Bayern und ihre Vertreter im Landesvorstand haben schon viele Jahre am „dicken Brett Konnexitätsprinzip“ gebohrt. Weil es bisher den Gemeinden in Bayern offensichtlich auch ohne das Konnexitätsprinzip noch gut ging, war der Druck von uns aus nicht groß genug. Es müssen also immer

Aufruf zur Demonstration

zwei Dinge zusammen kommen, bis politische Nägel mit Köpfen gemacht werden: eine eklatante Verschärfung der Lage und leider wieder einmal der parteipolitische Druck von außen.

Den eigentlich Schuldigen an der Finanzmisere treffen wir damit eh (noch) nicht. Schauen wir doch nur einmal, was uns allein das KJHG Geld kostet.

Wenn ich in meinem Haushalt alle Umlagen zusammenrechne (Solidar-, Gewerbesteuer- und Kreisumlage), dann gehen 260 % der uns zustehenden und von uns beeinflussbaren Gemeindesteuern (Grund- und Gewerbesteuer) aus dem Markt Roßtal weg. Allein die Solidarumlage wies eine Steigerung von 73 % auf. Es grenzt an ein Wunder, wenn man da noch seinen Verwaltungshaushalt ausgleichen kann.

Wir brauchen Geld, das wir in eigener Verantwortung für das kommunale Leben verwenden können und keine Infusionen eines gnädigen Staates. Es wäre zumindest ein Zeichen des Aufbruchs gewesen, wenn uns der Bundeskanzler in seiner Rede am 14. März die Rücknahme der Erhöhung bei der Gewerbesteuerumlage angekündigt hätte. Die Dreistigkeit der Bundesregierung, uns mit Umlagen erst das Geld wegzunehmen, es dann vor den Wahlen den Flutopfern zu versprechen, dasselbe von uns eingesammelte Geld dann in einer groß angekündigten „Rück-Rede“ noch einmal in Teilen als Darlehen wieder an uns zurückgeben zu wollen, ist kaum zu überbieten. Sie muss den Zorn eines jeden Kommunalpolitikers hervorrufen, gleich welcher politischen Couleur, denn hier ist deutlich zu spüren, dass man in Berlin von Kommunen und kommunaler Selbstverwaltung nicht allzuviel zu halten scheint.

Der Freistaat hat es im Gegensatz dazu in einer ebenfalls schwierigen Finanzsituation geschafft, beim Finanzausgleich für 2003 Einigkeit zu erzielen, so dass die Schlüsselzuweisungen noch in beachtlicher Höhe fließen. Hier können wir immerhin noch über die Verwen-



dung entscheiden, denn wir wissen ja: „Noch ein Zuschuss und wir sind pleite!“

Mut macht ebenso die Ernsthaftigkeit, mit der jetzt die Staatsregierung - auch mit Hilfe der KPV - an den Abbau von Bürokratie geht. Denn die Regelungsdichte scheint immer größer zu werden. Die neue Trinkwasserverordnung zum Beispiel kostet uns Kommunen sehr viel Geld. Und die Gesundheitsämter gehen mit großer Arbeitsfreude ans Werk. Müs-

sen wir in einer Zeit, in der es uns allen wahrhaftig nicht mehr so gut geht, die Standards laufend erhöhen und damit im Bereich der Abgaben neue Kosten produzieren? Haben wir nicht auch mit geringeren Standards in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts gut und gesund leben können?

Die Kommunale Selbstverwaltung muss also nach außen und innen verteidigt werden. Sie hat es zum Teil auch schwer, sich in den Köpfen neu gewählter, kommunaler Mandatsträger zu manifestieren. Man versteht sich als „Regierung“ und „Opposition“ nicht nur in den Großstädten, sondern in den kleinsten Gemeinden. Man spricht von „Gemeindeparlamenten“ und verhält sich dann manchmal auch so unverantwortlich, wie dies bei echten Parlamentariern nicht unüblich ist. Mut zu großen Reformen dürfen nicht nur in Bund und Land gefordert werden. Sich als Kollegialorgan zu betrachten, die Gesetze zu achten und sie, entsprechend der örtlichen Gegebenheit und Verantwortung, auch anzuwenden und gegebenenfalls mit den entsprechenden Satzungen für den eigenen Ort zu modifizieren, all das wird immer schwerer.

Auch Kommunalpolitiker können Totengräber kommunaler Selbstverwaltung sein. Wer beim Vollzug des KAG als Gemeinderat - so bei uns geschehen - die Meinung vertritt, dass wenn die Gemeinde schon per Gesetz eine Straßenausbaubeitragssatzung einführen „soll“, also muss, dann doch der Gesetzgeber diese in den Gemeinden auch selbst einsetzen und durchsetzen soll, ist unglaubwürdig. Welch ein Verständnis von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung schon bei uns Kommunalpolitikern! Welches Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung erwarten wir dann von Bund und Land?

Was wir jetzt endlich brauchen, ist mehr Geld, weniger Vorschriften und ein größeres Vertrauen in uns Kommunalpolitiker, denn in den Kommunen wird mindestens so verantwortlich gehandelt wie in Bund und Land. Wir brauchen einen Staat, in dem Verwaltungsgerichte mehr danach fragen, was eine Kommune eigentlich regeln wollte und die nicht Satzungen aus formalen Gründen für nichtig erklären. Und für diese Forderungen müssen wir halt jetzt notgedrungen auch einmal auf die Straße.

Max. Gaul

Rauchverbot senkt Herzinfarkte in US-Stadt

Rückgang um 60 Prozent

Chicago/London (pte) - Ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden zeigt Wirkung. Davon sind Ärzte des Peter's Community Hospitals in Helena, der Hauptstadt des US-Bundesstaates Montana, überzeugt. Die Zahl akuter Herzinfarkte sei sechs Monate nach dem Inkrafttreten des Rauchverbotes um rund 60 Prozent zurückgegangen, berichten die Mediziner auf dem 52. Treffen des American College of Cardiology in Chicago.

Das Rauchverbot wurde, nachdem die Verordnung mehrmals angefochten wurde, allerdings Ende 2002 wieder aufgehoben. Rauchen war in 13.000 Bars und Restaurants mit mehr als 35 Sitzplätzen sowie jedem anderen Arbeitsplatz untersagt.

Richard Sargent und seine Kollegen führen den Rückgang darauf zurück, dass die schädlichen Auswirkungen des Passivrauchens ausblieben. Zusätzlich habe die rauchfreie Umgebung viele Raucher ermutigt, mit dem Laster aufzuhören oder es zumindest einzuschränken. Laut Angaben der Ärzte seien in das Krankenhaus deutlich weniger in

der Hauptstadt lebende und arbeitende Personen mit einem akuten Myokardinfarkt eingeliefert worden. Die monatlichen Einweisungen sanken von sieben auf weniger als vier pro Monat. Im Gegensatz dazu gab es bei Patienten außerhalb des Stadtgebietes keine Änderung.

Stanton Glantz von der University of California in San Francisco und Initiator mehrerer Antirauch-Kampagnen meinte dazu in einem BBC-Bericht: „Diese Ergebnisse legen nahe, dass der Schutz vor den Giftstoffen im Tabakrauch das Leben nicht nur angenehmer macht, sondern unmittelbar auch Leben rettet.“

Öffentliche Mitgliederversammlung des Bayerischen Bauindustrieverbandes:

Ohne Bauaufschwung kein Wirtschaftsaufschwung

Bauindustrie fordert verstärkten Infrastrukturbau

„Jede Milliarde, die nicht verbaut wird, wirft unser Land ein Stück weiter nach hinten“, betonte der Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Prof. Thomas Bauer, anlässlich seiner Wiederwahl bei der Mitgliederversammlung seines Verbandes in Nürnberg. Angesichts des dramatischen Einbruchs der Investitionskraft speziell der Kommunen stellte Bauer fest, dass der zunehmende Substanzverlust bei öffentlichen Bauten - Straßen, Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten - viel zu wenig Beachtung finde. „Irgendwann ist das Versäumte nicht mehr aufzuholen, man ist nicht mehr wettbewerbsfähig, dann ist es zu spät“.

„Ob wir unseren Kindern kaputte Straßen oder Schulden hinterlassen, ist fast das Gleiche. Zahlen müssen sie immer! Geben wir ihnen doch die Infrastruktur, die sie brauchen, um das Geld dafür auch zu erwirtschaften“, so Bauer.

Weg von der Kameralistik

Um beim Wert öffentlicher Immobilien die Schussfahrt ins Tal zu stoppen, forderte Bauer, von der vorsintflutlichen Kameralistik abzuweichen und statt dessen in den öffentlichen Vermögenshaushalten dieselben Bilanzkriterien einzufordern, die der Staat von jedem Unternehmen verlange. Nur so würde der tatsächliche Wert des Gebauten erfasst, und nur so könne sichergestellt werden, dass die Möglichkeiten, öffentliche Einrichtungen privat zu betreiben, auch eine Chance bekämen.

Zum Umgang mit diesen so

genannten PPP-Modellen oder privaten Betreibermodellen meinte Bauer „Wir vergleichen doch heute Äpfel mit Birnen, wenn wir unsere langfristig und transparent durchkalkulierten privatwirtschaftlichen Modelle mit dem subventionierten und intransparenten System der Kameralistik in Wettbewerb setzen.“ Die Vorteile, die private Betreibermodelle als zukunftsweisendes Angebot der Bauindustrie oft genug der normalen Haushaltsfinanzierung voraus hätten, könnten so überhaupt nicht zur Geltung kommen.

Öffentliche Aufgaben unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfüllen

Bauer: „Damit vertun Staat und Kommunen die Chance, ihren Aufgaben wirtschaftlich nachzukommen“. Das könne und dürfe sich die öffentliche Hand gerade in finanziell

schwierigen Zeiten einfach nicht mehr leisten.

Wenn der Bau schrumpft, steigt die Arbeitslosigkeit

„Es sind vor allem Land und Bürger, die leiden, wenn Bauinvestitionen in den Keller gefahren werden“, betonte der Präsident. Die Schrumpfung der Bauwirtschaft, abzulesen in Bayern am Umsatzrückgang von 18,8 Prozent und dem Verlust von 83.000 Arbeitsplätzen seit 1994,



Staatsminister Dr. Günther Beckstein, Hauptgeschäftsführer Gerhard Hess und der Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes Prof. Thomas Bauer bei der BBIV-Mitgliederversammlung in Nürnberg.

finde ihre Fortsetzung in einer Rekordarbeitslosigkeit von deutschlandweit demnächst fünf Millionen Menschen und im Nullwachstum der Wirtschaft. Bauer kommentiert: „Als Seismograph und Brennglas gesellschaftlicher Fehlentwicklungen spürt unsere Branche früher und intensiver als andere, was in der Gesellschaft, in Wirtschaft und Politik richtig oder falsch läuft.“

Mindestinvestitionsquote

Zum einem Haupthindernis für Wachstum und Beschäftigung entwickelt sich für Bauer immer offensichtlicher die Vernachlässigung der öffentlichen Infrastruktur, vor allem der Verkehrswege: „Die auf jämmerliche 9,9 Prozent gefallen Investition im Bundeshaushalt belegen genauso wie ihr Spiegelbild, die rekordhohe Sozialquo-

te, dass völlig falsche Prioritäten gesetzt werden.“ Bauer fordert, solchen Fehlentwicklungen durch eine gesetzlich vorgegebene Mindestinvestitionsquote von 15 % in allen öffentlichen Haushalten gegenzusteuern.

Im Straßenbau fehlen 25 Milliarden Euro

So würden auch die gewaltigen Probleme lösbar, die sich durch die dramatische Unterfinanzierung des noch nicht einmal verabschiedeten Bundesverkehrswegeplanes 2003 ergeben. Hier fehlen bis 2015 allein im Straßenbau 25 Milliarden Euro. Und Bayern sollen statt der angemessenen 17 nur 13,7 Prozent der veranschlagten Mittel zugewiesen werden. Diese Benachteiligung mache es, so Bauer, unmöglich, der Mittellage des Freistaates gerecht zu werden und Bayern im Zuge der EU-Osterweiterung in seiner neuen Funktion als Verkehrsdrehscheibe weiterzuentwickeln.

Infrastrukturprojekte aus Staatsmitteln realisieren

Um dem absehbaren Verkehrschaos rechtzeitig entgegenzusteuern, empfahl Bauer dem Bayerischen Innenminister Dr. Beckstein, wichtige Infrastrukturprojekte aus Staatsmitteln zu bauen und später dem Bund abzugeben. Chancen erkennen und Zukunft gestalten - das müsse auch Devise der bayerischen Landespolitik bleiben. Beispielhaft nannte der Präsident die B 15 neu als Verkehrsdrehscheibe für Landshut und als großräumige Umgehung des „Infarkt-Knotens“ München. An den Lokalpatriotismus Becksteins appellierte Bauer: „Das Nadelöhr München bremst doch heute Nürnberg aus.“ Dieses Problem ließe sich mit dem Bau der B 15 neu lösen. „Unsere Zukunftsaufgabe“, so Bauer, „ist die Gestaltung der immensen künftigen Verkehrsströme in und durch Bayern.“

Innenminister Dr. Beckstein beim BBIV:

Verkehrsinfrastruktur wichtige Voraussetzung für Wirtschaftswachstum

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung für neue Arbeitsplätze und neue Unternehmen. Mit Blick auf die bevorstehende EU-Osterweiterung hat der rechtzeitige Ausbau des Verkehrsnetzes hohe Priorität“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein bei der Mitgliederversammlung des Bayerischen Bauindustrieverbandes in Nürnberg. Bis 2015 werden für Bayerns Straßen enorme Verkehrszuwächse prognostiziert.

„Doch der kürzlich vorgestellte Entwurf zum Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen enthält für den dringenden weiteren Ausbau des bayerischen Fernstraßennetzes nur dürftige Perspektiven. Wenn die klassische Haushaltsfinanzierung dazu keine Basis bildet, müssen wir neue Wege der Finanzierung ausprobieren. Dazu müssen wir auch auf den Erfahrungen aufbauen, die wir mit den Betreibermodellen bei Bundesautobahnen machen und diese gemeinsam weiter entwickeln“, so Beckstein weiter.

Privates Kapital erschließen

Neben der Erschließung privaten Kapitals für öffentliche Aufgaben sieht Beckstein die Notwendigkeit, auch private Investitionen anzustoßen, zu erleichtern und zu beschleunigen. „Die Bauwirtschaft braucht rechtliche Rahmenbedingungen, die das Bauen erleichtern und die Eigenverantwortung der am Bau Beteiligten stärken“, so Beckstein.

MBO - Signal für mehr Rechtssicherheit

Dazu nannte er die bayerischen Bauordnungsnovellen von 1994 und 1998. Damit haben die Bauherren seit Juni 1994 weit über 125 Millionen Euro an Baugenehmigungsgebühren gespart. Auch wurde auf Initiative Becksteins und unter bayerischer Federführung die Musterbauordnung (MBO) grundlegend überarbeitet und von der Baumministerkonferenz 2002 einstimmig beschlossen. Die neue MBO setzt ein Signal für mehr Rechtseinheit im Bauordnungsrecht der Länder, die für länderübergreifend tätige Investoren bedeutsam

„Wohnen ohne Barrieren“:

Bayerische Wanderausstellung

Anlässlich des „Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen 2003“ hat die Oberste Baubehörde ihre Ausstellung „Wohnen ohne Barrieren“ komplett neu überarbeitet und auf Deutschlandreise geschickt. Sie zeigt zehn beispielhafte Modellprojekte für barrierefreies und integriertes Wohnen, die der Freistaat gefördert hat.

Die Ausstellung dokumentiert zehn bayerische Projekte, die sich mit barrierefreiem Wohnen auseinandersetzen. Solidarität, Selbsthilfe und gegenseitige Hilfsbereitschaft sind etwa die Grundprinzipien für die modellhafte Siedlung „Fuggerei von heute“, in Günzburg. Zielgruppen sind hier ältere und behinderte Menschen, sowie alleinerziehende Frauen in besonderen Notlagen und kinderreiche Familien, die bereit sind, ihre Fähigkeiten in die Gemeinschaft einzubringen. Im Zentrum von Regensburg wurde eine ehemalige

ist. Auch enthält sie über das bayerische Bauordnungsrecht hinaus weitere Möglichkeiten der Verfahrens deregulierung sowie Erleichterungen und Vereinfachungen im materiellen Bauordnungsrecht. Beckstein: „Wir haben bereits die ersten Schritte zur Umsetzung dieser Möglichkeiten in das Landesrecht eingeleitet und den Entwurf eines Gesetzes zur Deregulierung des Bayerischen Bauordnungsrechts auf den Weg gebracht“.

Nicht an der VOB rütteln

Als weiteres Handlungsfeld nannte Beckstein das Vergaberecht. Er betonte, dass zur Gewährleistung eines sauberen und fairen Wettbewerbs und der Chancengleichheit nicht an der VOB gerüttelt werden sollte. „Auch hält der Freistaat an der Tarifreueklärung bei der Auftragsvergabe fest, damit die Investitionen möglichst den bayerischen Unternehmen und damit den Beschäftigten unseres Landes zugute kommen“, so Beckstein. Danach dürfen staatliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren Mitarbeitern bayerische Tariflöhne bezahlen. Damit bleiben die bayerischen Unternehmen gegenüber den mit Billiglohnmitarbeitern kalkulierenden Firmen konkurrenzfähig. Das von Bayern mit der Bauwirtschaft beschlossene Pilotprojekt „Gewährleistungsbürgschaften“ senkt die Belastungen der Unternehmen durch Bürgschaften. Als eine in die Zukunft gerichtete Maßnahmen nannte Beckstein die Online-Vergabe von Bauleistungen. Die Hochbauverwaltung des Freistaates Bayern wird ab September 2003 Vergabeverfahren für Bauaufträge zunächst teilweise elektronisch über das Internet abwickeln. Die digitale Vergabe im Baubereich kommt damit bundesweit erstmalig zum Einsatz. Die neue Lösung für die digitale Ausschreibung und Vergabe vereinfacht und verkürzt laut Beckstein die Arbeitsabläufe bei Vergabeverfahren erheblich.

Brauerei saniert. Sie bietet insbesondere Menschen mit eingeschränkter Mobilität und Familien mit kleinen Kindern alle Vorzüge zentrumsnahen Wohnens, wie etwa die fußläufige Erreichbarkeit sozialer Einrichtungen sowie Einkaufs- und Erholungsmöglichkeiten in der Altstadt. Daneben tragen soziale und öffentliche Einrichtungen im Gebäudekomplex dazu bei, ältere und behinderte Menschen zu integrieren und gemeinschaftliche Aktivitäten der Bewohner und ihrer Nachbarn im Quartier zu fördern. Diese Beispiele belegen eindrucksvoll die Zielsetzung aller zehn Modellprojekte: Durch Mischung unterschiedlicher Wohnungstypen für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Familien mit Kindern und Alleinerziehenden wurde ein Umfeld geschaffen, in dem sich die Bewohner gegenseitig nach dem Prinzip „Leistung gegen Leistung“ unterstützen.

Entwurf des neuen Bedarfsplans für Bundesfernstraßen in Bayern

Beckstein: „Berliner Verkehrspolitik entlarvt sich als Staupolitik“

„Der Entwurf zum neuen Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen enthält bayerische Projekte, die erstmals im Vordringlichen Bedarf eingestuft sind mit Kosten von 820 Millionen Euro. Gleichzeitig wurden aber bislang vorrangig eingestufte bayerische Projekte in Höhe von 2,2 Milliarden Euro zurückgestuft oder fielen ganz heraus, von denen viele bereits planerisch weit fortgeschritten sind“, kritisiert Innenminister Dr. Günther Beckstein bei einer Pressekonzferenz in München.

Die von Berlin geplante Absenkung der aus seiner Sicht ohnehin schon viel zu niedrigen Quote Bayerns am Bundesfernstraßenhaushalt von derzeit 14 % auf 13,7 % bezeichnet Beckstein als Schlag ins Gesicht für Bayern. Der Bund versuche damit gezielt, dem Wachstumsmotor in Deutschland den Hahn abzudrehen. Zudem sei das Kostenvolumen von 6,5 Milliarden Euro der im Entwurf enthaltenen vordringlichen bayerischen Projekte eine reine Mogelpackung, da darin alle Ausgaben Bayerns seit 2001 mit 580 Millionen Euro enthalten sind. Beckstein: „Der Bund provoziert Mobilitätsempässe, die wir uns im globalen Wettbewerb nicht leisten können.“

17 % Bedarfsplanquote

Die Bedarfsplanquote für Bayern muss laut Beckstein bei mindestens 17 % liegen. Er begründet dies mit den Verkehrslei-

sten mit wachsender Wirtschaft und steigendem Verkehrsaufkommen benötigen zusätzliche Infrastruktur. Deshalb muss der Bund die Verkehrsinvestitionen in Deutschland insgesamt hochfahren.

Mautgebühren einsetzen

Die Mehreinnahmen des Bundes durch die LKW-Maut von jährlich 3,4 Milliarden Euro bieten dazu die beste Möglichkeit.

Neue Tarifvarianten: LBS-C6+ und LBS-C9:

LBS bietet äußerst niedrige Zinsen

Bausparkasse präsentiert Modernisierern und Finanzierern spezielles Sicherheitspaket - Darlehen für 2,5 Prozent

Mit zwei neuen Angeboten für alle, die ihre Wohnwünsche verwirklichen wollen, erweitert die LBS Bayerische Landesbausparkasse seit 1. April 2003 ihr Tarifwerk: Es handelt sich um die Tarifvariante LBS-C6+, besonders attraktiv für Finanzierer mit höherem Kreditbedarf, sowie die Variante LBS-C9, ein maßgeschneidertes Produkt für Modernisierer. Damit kann die Bausparkasse noch besser auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Kunden eingehen.

Die Tarifvariante LBS-C9 ist das neue Top-Angebot für preisbewusste Modernisierer. Sie zeichnet sich durch einen Darlehenszins von lediglich 2,5 Prozent aus (effektiver Jahreszins: 2,88 Prozent nach Zuteilung).

Berlin darf diese Chance nicht vertun“, mahnt Beckstein. Doch will der Bund nach seinen bisherigen Planungen von den jährlich zu erwartenden 3,4 Milliarden Euro an Mauteinnahmen nicht einmal 20 % in den Fernstraßenbau investieren.

Vordringlicher Bedarf

Beckstein begrüßte ausdrücklich, dass herausragende Projekte wie etwa die A 8 zwischen München und Ulm, die A 3 zwischen Würzburg und Aschaffenburg, die B 26 neu, Westumgehung Würzburg und die B 303 neu im Fichtelgebirgsraum mit einem ersten Teil im Vordringlichen Bedarf enthalten sind. Dagegen seien aber weitere für

Bayern dringend notwendige Fernstraßenprojekte nicht vorrangig eingestuft. Dazu nannte Beckstein etwa den Ausbau der A 6 zwischen Nürnberg und Heilbronn, der A 3 zwischen Nürnberg und Schlüsselfeld und im Bereich von Regensburg, der A 8 zwischen Rosenheim und Salzburg, den Weiterbau der A 94 östlich von Markt und die B 15 neu zumindest im Abschnitt nördlich der A 94.

Die gesamte Liste der im Entwurf zum Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen enthaltenen bayerischen Fernstraßenprojekte ist im Internet abrufbar unter http://www.innenministerium.bayern.de/doc/entwurf_bedarfsplan.pdf

entschlossene Finanzierer. Das gibt es für Verträge mit einer Bausparsumme ab 50.000 Euro. Hier beträgt der Darlehenszins vier Prozent (effektiver Jahreszins: 4,29 % nach Zuteilung). Neben diesem garantierten Darlehenszins enthält das Paket eine integrierte, besonders günstige Risikolebensversicherung – ohne separaten Antrag und ohne Gesundheitsprüfung. Der LBS-C6+ ist besonders geeignet für Bausparer mit festen Finanzierungsabsichten, die großen Wert auf sichere Kalkulierbarkeit legen.

Wachsendem Risikobewusstsein Rechnung tragen

Wie Manfred Werner betont, will man mit dem Sicherheitspaket dem wachsenden Risikobewusstsein in der Bevölkerung Rechnung tragen. Im Übrigen gewinnt Bausparen als Finanzierungsinstrument weiterhin an Bedeutung. Das bestätigen auch aktuelle, repräsentative Umfrageergebnisse, nach denen 55 Prozent aller Befragten und 72 Prozent der befragten Bausparer erklärten, dass Bausparen eine günstige Finanzierungsform darstelle. Demnach planen oder beabsichtigen gegenwärtig auch rund 20 Prozent der Mieter in Bayern den Erwerb einer Immobilie.

Ergänzend heißt es zu dem neuen LBS-Angebot: Für beide Varianten ist eine Ansparung von nur 40 Prozent erforderlich. Die LBS erhebt weder Kontoführungs- noch Darlehensgebühr. Nähere Informationen dazu gibt es bei jeder Sparkasse, in der nächsten LBS-Beratungsstelle oder im Internet unter www.lbs-bayern.de.



Das Firmenkundenberaterteam mit den Vorstandsmitgliedern Hubert Märkl (7.v.l.) und Peter Lingg (ganz rechts) sowie dem Vorstandsvorsitzenden Georg Fink (6.v.r.).

S-Firmen- und GewerbekundenZentrum:

Umfassendes Know-how gebündelt

Kreissparkasse Garmisch-Partenkirchen eröffnet neues Beratungszentrum

„Eine Investition für unsere mittelständischen Kunden, eine Investition in die Zukunft unserer Sparkasse, eine Investition in den Standort Garmisch-Partenkirchen“, so stellte das zuständige Vorstandsmitglied Peter Lingg das neue Firmen- und GewerbekundenZentrum der Kreissparkasse Garmisch-Partenkirchen im Rahmen der Einweihungsfeierlichkeiten vor.

Vor etwa einem Jahr begann die Kreissparkasse mit dem Umbau ihres Haupthauses an der Bahnhofstraße in Garmisch-Partenkirchen. Seitdem wurde der Kundenbereich im Erdgeschoss erweitert. Auf den überdachten Stellplätzen im Hof entstanden neue Büroräume. Im Beisein des Verwaltungsratsvorsitzenden, Landrat Harald Kühn, feierte man kürzlich mit geladenen Gästen und Mitarbeitern die Eröffnung des S-Firmen- und GewerbekundenZentrums.

Sichtbares Bekenntnis zum Mittelstand

In einer für viele schwierigen Zeit ist das Bekenntnis der Sparkasse zur Region und zum Mittelstand ein wichtiges Signal. Mit dem S-Firmen- und

GewerbekundenZentrum ver- wirklicht die Kreissparkasse das Ziel, auch nach außen, d. h. für die Öffentlichkeit erkennbar, das strategische Geschäftsfeld „Firmen- und Gewerbekunden“ zu positionieren. Nach der vor drei Jahren erfolgten Eröffnung des Anlage- und Vermögensberatungszentrums AVB ist auch dieser Umbau ein weiterer Meilenstein, um Kunden noch mehr bieten zu können.

Zentrale Ansprechpartner für Kunden

Im neuen Zentrum wurde umfassendes Know-How konzentriert. Persönliche Ansprechpartner geben den einzelnen Firmen- und Gewerbekunden die Sicherheit, eine wirklich komplexe und ganzheitliche Fi-

nanzstrategie für betriebliche wie auch private Belange zu bekommen.

Hierzu wurden die Kräfte aus dem bisherigen Bereich der Firmen- und Gewerbekunden in der Hauptstelle am Kreisort und dem gesamten Loisachtal im neuen S-Firmen- und GewerbekundenZentrum gebündelt. Abgedeckt wird dabei das gesamte Spektrum mit gewerblichen Finanzierungen, Leasing, betrieblicher Altersvorsorge, Geldanlagen usw.

Neuester Sicherheitsstand

Insgesamt 419 Quadratmeter Nutzfläche errichteten die beauftragten, ausnahmslos mittelständischen, Handwerker neu. Neben der für Kunden optisch erkennbaren Gestaltung von Räumlichkeiten und Außenanlagen wurde auch in Versorgungs- und Brandschutzmaßnahmen investiert. Wie der Vorstandsvorsitzende Georg Fink berichtet, „befindet sich die Kreissparkasse damit auf dem neuesten Sicherheitsstand“.

Stadtentwicklung im Wandel der Zeit:

Auf in den Süden - früher und jetzt

„Rechteckschema“: Ist Konzept aus 19. Jahrhundert langweilig? / Früher „Herz der Nürnberger Industrie“

OB Ritter von Schuh maßgeblich für Stadtentwicklung
Von Heinz Wraneschitz

Das Bund-Länder-Förderprogramm „Soziale Stadt“ macht's möglich: 1,5 Millionen Euro flossen seit 1999 in die Nürnberger Stadtteile Galgenhof und Steinbühl; Stadtentwicklung in der heutigen Zeit. Dass ihre so genannte Nürnberger Südstadt im 19. Jahrhundert im Rahmen eines Stadtentwicklungskonzeptes entstanden ist, ist heute nur wenigen Bewohnern bewusst. Doch was charakterisiert Nürnbergs Südstadt überhaupt als „Soziale Stadt“-Fördergebiet?

„Die Südstadt ist beileibe kein Glasscherbenviertel“ meint Claus Sperr. Der Geograph und freiberufliche Stadtplaner arbeitet im Quartiermanagement-Team Südstadt mit. Die Fachleute versuchen, das Wohn- und Arbeitsumfeld der Südstadtbewohner gründlich aufzupolieren, zukunftsfähig zu machen, wie es in verschiedenen Veröffentlichungen heißt. „Es geht darum, den Stadtteil in jeder Hinsicht lebenswerter zu machen und lebendig zu halten. Doch das können wir nicht alleine: Wir begleiten die Stadtentwicklung nur, tun das gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt, der Noris-Arbeit (NOA), Kirchen, Schulen, Einzelhändlern und anderen.“ Sperr weist deutlich darauf hin: Stadtplaner und Quartiermanager machen ihre Arbeit für und gemeinsam mit der Bevölkerung aus dem Rechteck zwischen Hauptbahnhof und Landgrabenstraße, Gibitzenhof- und Allersberger Straße.

Information und Zusammenarbeit

Die Quartiermanager legen viel Wert auf Information und Einbindung von Wirtschaft und Bevölkerung. Deshalb sind sie an drei Tagen der Woche in der Peter-Henlein-Straße 51: Dort, im

„Stadtteil Galgenhof/Steinbühl“, befindet sich die offizielle Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, denen der Zustand der Südstadt nicht gleichgültig ist. Wobei die Stadtentwickler wünschen, noch mehr Bewohner des „Soziale-Stadt“-Gebiets kämen zu den Veranstaltungen und Info-Abenden ihres Teams.

Stadtentwicklung anno 1871

Martin Schieber ist traurig. Wenn er im Rahmen der Bildungszentrums-Reihe „Die Stadt“ Führungen im Süden des Hauptbahnhofs zu leiten habe, dann sei der Teilnehmerkreis meist sehr begrenzt, sagt der Mitarbeiter von „Geschichte für Alle e.V.“. „Sonst habe er eher mit zu großen Gruppenstärken zu kämpfen, beispielsweise wenn Burgviertel oder Reichsparteitagsgelände auf dem Programm stehen. Dabei sei es „ganz entscheidend für die Bewohner, über diese wichtige, frühe Planungsphase ihres Quartiers Bescheid zu wissen“ klagt Schieber enttäuscht.

„Diese Planungsphase“: Schiebers Rundgang erinnert an die Blütezeit der Nürnberger Industrie, an die ersten Stadtentwicklungsschritte, als die Bevölkerung raus aus der Altstadt, „ab in den Süden“ wollte. Nahe bei

den im Entstehen begriffenen Arbeitsplätzen von Schuckert und Kollegen wollten die Nürnberger wohnen. Und so entstand ab 1871 die Südstadt: Rechteckig, mit geradlinigen Straßen, etwas langweilig, arbeiterorientiert. An Grünflächen dachten die damaligen Quartier-Planer kaum: So sind Bäume und Parks südlich der Eisenbahn bis heute Mangelware, „und die Plätze sind eher zufällig entstanden, meist in Baulücken“ berichtet Martin Schieber; verweist dabei auf den Rasen vor dem Turm der Christuskirche. Doch im ausklingenden 19. Jahrhundert waren befestigte Schotterstraßen, Abwasserkanäle in die Pegnitz (Schieber: „und ab damit nach Fürth“) oder Pferdestraßenbahnen das Höchste, was sich Arbeiter erträumen.

Erfolgreicher OB von Schuh

Aus Sicht heutiger Stadtplanung erscheint das Ergebnis zwar nicht optimal. Dennoch steckt hinter dem damaligen Neubaugebiet Südstadt einer der erfolgreichsten Nürnberger Oberbürgermeister (OB) aller Zeiten: Georg Ritter von Schuh, bis 1912 an der Noris-Stadtspitze. Schuh war vorher bereits, quasi als Vorbereitung auf diese Aufgabe, OB in Erlangen, hatte also „im Kleinen gelernt, was er in Nürnberg im Großen umgesetzt hat“, wie Martin Schieber Schuhs Erfolg erklärt.

Schmelztiegel Südstadt

War die Südstadt vor gut 100 Jahren eine Arbeiter-Oase, so ist

sie heute eine städtischer Schmelztiegel: Mit einem Drittel ist der Ausländeranteil extrem hoch, wobei die Zuwanderer aus über 80 Nationen stammen. Damit sich alle in diesem Sprachenwarrir verständigend können, bieten Stadtteiladnen und Wiesenschule auch Sprachkurse an. „Mama lernt Deutsch“ beispielsweise soll den Immigrantinnen das Leben in der neuen Heimat erleichtern.

Denn „Identität zu schaffen und Leute hier zu halten“ sieht Stadtplaner Sperr als ganz wichtig an: Leider sei die Südstadt zurzeit ein Durchzugsgebiet. Deshalb versucht das Planerteam, „die Leute mit Projekten vor der eigenen Haustür“ zu erreichen. Beispiel Südstadtpark,

Weitere Informationen

Wer sich als „Betroffener“ selbst einbringen will bei der Stadtentwicklung Steinbühl/Galgenhof, wendet sich an den Stadtteiladnen, Peter-Henlein-Straße 51, Nürnberg, Tel. 0911-4467210. Das Bildungszentrum bietet im Rahmen der Sonderveranstaltungen „Die Stadt“ auch im Sommersemester wieder Führungen und Vorträge zur Stadtgeschichte und Stadtentwicklung an. Anmeldung im Internet unter <http://www.bz.nuernberg.de/> Informationen zu den Veranstaltungen von „Geschichte für Alle e.V.“ telefonisch unter 0911/307360.

direkt hinter dem Bahnhof: „Die Menschen der umliegenden Häuser haben dort Blumenbeete selbst angelegt, übernehmen damit Verantwortung und identifizieren sich so mit dem neuen Park“ berichtet Sperr von einem glücklichen Experiment.

Südstadthandel ist aktiv

Leider treffe zurzeit die wegbrechende Industrie die Arbeitstenden Südstadt besonders, beklagen die Quartiermanager: Die hohe Arbeitslosigkeit koste Kaufkraft, und so leide eben auch der Handel im Quartier an

weniger Nachfrage und Umsatz. Doch der Einzelhändlerverein „Südstadt Aktiv“ scheint sich nicht unterkriegen zu lassen. Und so gibt es in Steinbühl und Galgenhof einen interessanten Nischenmarkt gerade auch durch Läden unterschiedlichster Nationalitäten: „Ob russisch, thai, türkisch, italienisch - alles ist vorhanden und existiert friedlich nebeneinander“ freut sich Stadtplaner Sperr. Wenn jetzt noch etwas mehr Geld da wäre, um schönere öffentliche Räume und Plätze zu schaffen: Sperr wäre wohl der glücklichste Mensch in der Südstadt.

Städtebauliche Investitionen

Beckstein: „EU und Freistaat Bayern investieren 2003 gemeinsam 15 Millionen Euro in städtebauliche Sanierung“

Der Freistaat Bayern erhält in diesem Jahr etwas über 10 Millionen Euro EU-Finanzhilfen im Rahmen der Städtebauförderung. Zusammen mit den ergänzenden Landesfinanzhilfen der Städtebauförderung in Höhe von 4,5 Millionen Euro stehen damit 2003 in Bayern insgesamt rund 15 Millionen Euro für die städtebauliche Sanierung zur Verfügung. „Damit können zusammen mit den Anteilen der im Programm aufgenommenen 65 Kommunen in diesem Jahr in Bayern städtebauliche Investitionen in Höhe von rund 21 Millionen Euro unmittelbar finanziert werden.“ freut sich Innenminister Dr. Günther Beckstein.

Die Mittel der EU kommen Kommunen in den sogenannten Ziel-2- und Phasing-Out-Gebieten Bayerns (Grenzregionen zur Tschechischen Republik, städtische Problemgebiete und sonstige ländliche Regionen) zugute. Das alphabetische Verzeichnis der geförderten Gemeinden und Weiteres zur Städtebauförderung ist in unserem Internetangebot abrufbar unter www.staedtebaufoerderung.bayern.de.

Ziel-2-Gebiet und Phasing-Out-Gebiet

Für Innenminister Beckstein ist das bayerische Ziel-2-Programm in der Kombination mit der bayerischen Städtebauförderung eine hervorragende Ergänzung und Erweiterung dieser städtebaulich wirksamen Förderungsprogramme: „Es trägt in besonderer Weise dazu bei, regionale Ungleichgewichte auszugleichen, die Entwicklung und Umstellung der betroffenen Regionen voranzutreiben und damit ihren wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu stärken.“

Die Europäische Kommission hatte im Jahr 2001 das bayerische Ziel-2-Programm genehmigt. Aus Mitteln der EU-Strukturfonds kann die Städtebauförderung für den Zeitraum 2000-2006 mit insgesamt knapp 61 Millionen Euro rechnen. Von den heuer für 73 Maßnahmen bereitgestellten Fördermitteln fließen 64 % in das „Ziel-2-Gebiet“ und 36 % in das „Phasing-Out-Gebiet“ (Übergangsförderung zur ausgelassenen EU-Förderperiode 1994-1999).

Staatlicher Betrag vom Freistaat

Trotz der angespannten Finanzsituation steht für die Kommunen ergänzend zu den EU-Finanzhilfen auch 2003 wiederum ein staatlicher Betrag aus Mitteln des Freistaats bereit. Insbesondere in der Grenzregion zu Tschechien und in Hochfranken können Kommunen in besonderen Einzelfällen, die eine herausra-

zu den östlichen Nachbarn bedingten langjährigen, lagespezifischen Nachteile abgebaut bzw. ausgeglichen werden und eine Entwicklung zu eigenständigen, attraktiven Lebens- und Wirtschaftsräumen ermöglicht werden. Im übrigen ländlichen Raum soll zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur darauf hingewirkt werden, dass vielseitige Arbeitsplätze im sekundären und tertiären Sektor geschaffen werden und dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gestärkt wird. In den städtischen Problemgebieten geht es vor allem darum, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die mit dem gravierenden Beschäftigungsabbau in der Industrie verbunden sind, zu mildern, die betroffenen Stadtteile als Lebens- und Wirtschaftsraum aufzuwerten und so wieder günstigere Rahmenbedingungen für die lokale Wirtschaft und die Beschäftigung zu schaffen.

Spezifische Zielsetzungen

Neben der notwendigen Sanierung und Entwicklung von Städten unterstreicht Beckstein die spezifischen Zielsetzungen des EU-Programms: In den Grenzlandregionen sollen insbesondere die durch die ehemals undurchlässigen Grenzen

Bund stellt zusätzliche Mittel bereit:

Wohnraumförderung in Verdichtungsräumen

Beckstein: „Anhebung der Mittel bleibt hinter den Erfordernissen zurück“

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat beschlossen, die Wohnungsbaufördermittel 2003 für in den alten Bundesländern gelegene Verdichtungsräume mit besonderem Wohnraumbedarf um 50 Millionen Euro anzuheben. „Ich begrüße dies ausdrücklich. Leider bleibt die Mittelanhebung aber hinter den Erfordernissen zurück“, sagte Innenminister Dr. Günther Beckstein in München. Beckstein hatte ein solches Metropolenprogramm schon mehrfach vom Bund gefordert.

„Erfreulicherweise will der Bundestag jetzt die Haushaltsansätze für die Wohnungsbauförderung 2003 nachbessern. Offenbar haben die Koalitionspolitiker nun doch die aktuelle Bedeutung des Wohnungsbaues, insbesondere in den Ballungsgebieten erkannt“, so Beckstein. Er bedauert aber, dass die Anhebung hinter dem Antrag der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion zurückbleibt. Diese hatte eine Anhebung um 100 Millionen Euro gefordert.

Für Beckstein ist die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Wohnungsbauförderung durch den Bund auch als positives Signal an die stark angeschlagene Bau- und Wohnungswirtschaft zu werten: „Jede zusätzlich gebaute Wohnung sichert Arbeitsplätze oder schafft sogar neue. Bei der jetzt geplanten Mittelanhebung darf die

Bundesregierung aber nicht stehen bleiben. Sie muss die Wohnungsbaufördermittel dauerhaft weiter anheben und darüber hinaus die steuerlichen Rahmenbedingungen deutlich verbessern“, fordert Beckstein.

Ausstellung Straßenbrücken

„Brücken geben Zeugnis für den Willen der Menschen, Hindernisse zu überwinden und Getrenntes zu verbinden. Als Bauwerke sind sie ein Spiegel für Erfindergeist und Schaffenskraft“ sagte Innenminister Dr. Beckstein anlässlich der Ausstellungseröffnung „Straßenbrücken - Ingenieur Bau Kunst in Deutschland“ in Nürnberg. Neben historischen Meisterleistungen zeigte die Ausstellung die Highlights des deutschen Brückenbaus der letzten 30 Jahre.

Neue Schriftenreihe:

Planen und Bauen in Schwaben

Die Regierung von Schwaben startet eine neue Schriftenreihe: In diesen Tagen erscheint der 1. Infobrief für das Planen und Bauen in Schwaben. Damit tritt die Regierung in eine neue Phase ihrer Beratungstätigkeit. Weitere Ausgaben des vierseitigen Faltblattes sollen künftig in loser Reihe folgen. In den Infobriefen soll jeweils ein aktuelles Schwerpunktthema aufgegriffen und anhand beispielhafter Projekte erläutert werden. Ergänzt wird der Inhalt durch Kurzmeldungen und Hinweise auf Veranstaltungen und Veröffentlichungen. Zielgruppe sind vor allem die Entscheidungsträger in den Gemeinden, Fachleute sowie alle an der Planung und dem Bauen Interessierte.

In der ersten Ausgabe wurde das Thema „Neue Formen der Bürgermitwirkung“ aufgegriffen. Regierungspräsident Ludwig Schmid in seinem Grußwort: „Konzepte und Planungen sollen nicht in Schubladen verschwinden, sondern mit den Betroffenen und Interessierten erörtert und danach auch zügig umgesetzt werden. Entscheidungen dürfen nicht über die Köpfe der Bürger hinweg getroffen, vielmehr müssen die Kräfte aller gebündelt und auf gemeinsame Ziele ausgerichtet werden.“ Gerade die Stadt- und Ortsplanung sowie die Stadtsanierung mit ihrer breit angelegten Öffentlichkeitsbeteiligung böten dafür beste Voraussetzungen.

Exemplarisch hierfür steht das Stadtleitbild Lindenberg im Allgäu. Durch die Ausarbeitung eines Stadtleitbildes sollten dem Sanierungsprozess in dem Mittelzentrum im Westallgäu neue Impulse gegeben und auch die Zufriedenheit der Bürger erfragt werden. Beteiligt wurden neben Vertretern der Politik, der Verwaltung und von Interessenverbänden vor allem die Bürger, die in vier Arbeitsgruppen aktiv waren. Damit konnten nicht nur Leitlinien für die künftige Stadtentwicklung erstellt, sondern

auch ein Prozess der Eigeninitiative und des Bürgerengagements angestoßen werden.

Intaktes Gemeinwesen

Bemerkenswertes Ergebnis der Bürgermitwirkung war, dass vor allem die Förderung eines intakten Gemeinwesens für notwendig gehalten wurde. Maßnahmenvorschläge lagen daher insbesondere im sozialen und kulturellen Bereich. So wurde der Wunsch nach Veranstaltungen und dafür geeignete Räume laut. Auch wurde die Bedeutung des Stadtkerns als gut erreichbarer Mittelpunkt des Zusammenlebens deutlich. Die Vielfalt der Nutzungen, vom Einzelhandel bis hin zu Festen, sollte gefördert werden.

Synergetische Vorteile

Nach der bereits umgesetzten Verlagerung des Durchgangsverkehrs traten Fragen des motorisierten Verkehrs demgegenüber eher in den Hintergrund. Entsprechende Umsetzungsmaßnahmen werden zur Zeit vorbereitet und sollen, wie die Beteiligungs-, Steuerungs- und Planungsprozesse, durch die Städtebauförderung unterstützt werden. DK

Die Stadt hat zudem erkannt, dass die Zusammenarbeit mit vergleichbaren europäischen Städten synergetische Vorteile und innovative Impulse mit sich bringt. Eine Kooperation und gemeinsame Projektentwicklung mit den Städten Bludenz in Österreich und Feltre in Italien, die im Rahmen der Interreg-Programme der EU gefördert wird, ist eingeleitet.

Neue Impulse für den Tourismus

Ein weiteres Beispiel für eine neue Form der Bürgermitwirkung ist die Gemeinde Burgberg. Ihr Ziel ist es vor allem, dem Tourismus neue Impulse zu geben. Ein gemeindliches Entwicklungskonzept ist eingebunden in eine interkommunale Initiative für ein regionales Tourismusangebot „Familienfreundliche Ferienregion Alpeee-Grünen“.

Markthaus

Ein Teil der Maßnahmen wird im Rahmen der Städtebauförderung auch mit Mitteln der EU gefördert. Als zentrale Anlaufstelle und Mittelpunkt der Aktivitäten soll ein „Markthaus“ errichtet werden, das Räume für Information, Begegnung, Empfang sowie einen Post-/Souvenirshop beinhaltet. Attraktive Freizeiteinrichtungen sollen mit dem „Markthaus“ verknüpft werden. Geplant ist u.a. die Sanierung und Renaturierung eines Freibades, ein Besucherbergwerk und der Ausbau eines Steinbruchs für Trendsport. DK

Bayern bringt Online-Vergabe von Bauleistungen auf den Weg

Die Hochbauverwaltung des Freistaats Bayern wird ab September 2003 Vergabeverfahren für Bauaufträge nach der „Verdingungsordnung für Bauleistungen“ (VOB) elektronisch über das Internet abwickeln, kündigt Innenminister Dr. Günther Beckstein an: „Die „Digitale Vergabe“ im Baubereich kommt damit bundesweit erstmalig zum Einsatz. Die neue Lösung für die digitale Ausschreibung und Vergabe vereinfacht und verkürzt die Arbeitsabläufe bei Vergabeverfahren erheblich.“

Die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern hat am 23.12.2002 T-Systems beauftragt, das internetbasierte Verfahren zur Abwicklung der digitalen Vergabe von Bauleistungen bereit zu stellen und zu betreiben. Die Software zur Ausschreibung, Vergabe und Abrechnung namens AVA-Online bringt der Subunternehmer Ventasoft GmbH ein.

**Jährlich 20. 000
Leistungsverzeichnisse**

Die Bayerische Hochbauverwaltung bearbeitet im Zusammenhang mit der Ausschreibung und Vergabe von Bauvorhaben des Freistaates jährlich circa 20. 000 Leistungsverzeichnisse. Diese sind oft jeweils mehrere hundert Seiten dick. In Zukunft laden Baufirmen die Vergabeunterlagen in digitaler Form vom T-Systems-Rechenzentrum über das Internet auf ihre Rechner am Arbeitsplatz im Unternehmen und bearbeiten die Leistungsverzeichnisse mit ihren Kalkulationsprogrammen.

Digitale Unterschrift

Kleine und mittlere Firmen können dies auch ohne Kalkulationsprogramm tun und dennoch die Vorteile des neuen Verfahrens uneingeschränkt nutzen. Ihre verbindlichen Angebote senden die Firmen dann per Internet an das Rechenzentrum zurück, wobei sie die Dateien mit Hilfe einer persönlich auf sie ausgestellten Chipkarte digital unterschreiben und verschlüsseln.

Papier wird überflüssig

Das zuständige Hochbauamt ruft zum Eröffnungstermin alle digitalen Angebote vom Rechenzentrum ab. Bei diesem Arbeitsablauf werden die oft voluminösen Ausdrucke auf Papier nicht mehr benötigt. Das herkömmliche Verfahren bleibt dennoch daneben erhalten, damit Firmen nicht benachteiligt werden, die noch keinen Anschluss an das Internet haben. Die Anwender des digitalen Vergabeprozesses profitieren über einen verbesserten Service durch einfachere und

Programm „Offensive Zukunft Bayern“:

Der Hochbau hat viel profitiert

Beckstein: „2002 flossen 851 Millionen Euro in staatliche Hochbaumaßnahmen“

Wie Innenminister Dr. Günther Beckstein bekannt gab, hat der Freistaat Bayern im letzten Jahr allein 851 Millionen Euro in Baumaßnahmen und den Bauunterhalt seiner staatlichen Gebäude investiert. Ein so hohes Investitionsvolumen war laut Beckstein nur dank des Programms „Offensive Zukunft Bayern“ der Bayerischen Staatsregierung möglich.

Seit dessen Start im Jahr 1995 flossen hieraus fast 1,5 Milliarden Euro in eine Vielzahl großer Hochbauprojekte. „Die Zahlen belegen, dass die Bayerische Staatsregierung alle Anstrengungen unternimmt, trotz knapper öffentlicher Kassen ihre Bauinvestitionen auf hohem Niveau zu halten“, so Beckstein.

Im vergangenen Jahr stellte der Freistaat Bayern 607 Millionen Euro aus Landesmitteln sowie 244 Millionen Euro aus dem Sonderprogramm „Offensive Zukunft Bayern“ für staatliche Hochbauprojekte, wie et-

einheitlichere Arbeitsabläufe.

Die ständige Protokollierung des elektronischen Ablaufs macht die Verfahren transparent und nachvollziehbar. Der Zugriff

ist nur von autorisierten Anwendern möglich.

Einsatz bei allen Schritten des Vergabeverfahrens

Die „Digitale Vergabe“ ermöglicht den durchgängigen Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung in allen Schritten des Vergabeverfahrens. Die Arbeitsabläufe werden dadurch einfacher und schneller. Damit lassen sich Kosteneinsparungen nicht nur in der Verwaltung son-

dern auch bei den Baufirmen erzielen. Für letztere ergeben sich geringe einmalige Kosten für die Einrichtung eines Zugangs zum Rechenzentrum sowie die Hardware-Ausstattung am Arbeitsplatz (z.B. Chipkarte mit Lesegerät). Eine Gebühr für die Nutzung des Systems wird nicht erhoben. Der Freistaat Bayern investiert in die Bereitstellung und Pflege der Software, die Einführung des Systems sowie den zunächst 2-jährigen Betrieb im Rechenzentrum rund 650.000 Euro. Der Auftrag für das digitale Vergabesystem umfasst eine ganzheitliche Lösung.

Hohe Sicherheitsstandards

T-Systems betreibt die Lösung

und stellt im Rechenzentrum die Software bereit. Das Rechenzentrum ist mit umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen geschützt. Neben besonderen Sicherheitsstandards (BS7799) sorgt ein zweistufiges Firewallkonzept, spezielle Datensicherung, Überwachung und die digitale Signatur für den sicheren Betrieb. Die Ventasoft GmbH schuldet die Anwender und leistet Support.

Moderne Kommunikation

Die Oberste Baubehörde hat sich bereits seit 1997 mit der digitalen Vergabe befasst und schon mit einem früheren Pilotprojekt bundesweite Beachtung gefunden. Mit dem jetzt laufenden Projekt „Digitale Vergabe“ fördert die Oberste Baubehörde nun innovative Anwendungen und Technologien, die weit über den Bereich der elektronischen Datenverarbeitung hinausreichen. Es revolutioniert die Arbeitsweise der Bauwirtschaft und stellt die Kommunikation zwischen Bauämtern und Bau-

firmen im Rahmen von Vergabeverfahren nach VOB auf eine moderne elektronische Basis.

eGovernment

Diesem Projekt kommt deshalb innerhalb der Initiative eGovernment der Bayerischen Staatsregierung eine besondere Bedeutung zu. Mit dem Signaturgesetz und der Änderung der VOB im Juni 2000 wurden die rechtlichen Voraussetzungen für die Digitale Vergabe geschaffen.

Nachdem verschiedene Firmen mit der rechtsverbindlichen elektronischen Signatur die schwierigste Vorgabe erfolgreich in Datenverarbeitungsverfahren umgesetzt hatten, veröffentlichte die Oberste Baubehörde im Mai 2002 eine europaweite Bekanntmachung für ein Nichtoffenes Verfahren mit Teilnahmewettbewerb nach der „Verdingungsordnung für Leistungen“ (VOL). Acht Bewerber erfüllten die Voraussetzungen für eine Teilnahme. T-Systems setzte sich als Generalunternehmer durch. ✂

Erfolgsprogramm Städtebauförderung in Bayern

Beckstein: „525 Millionen Euro staatliche Finanzhilfen in den letzten 5 Jahren“

„Die Städtebauförderung in Bayern ist nicht nur ein wichtiger Motor für regionale Strukturverbesserungen. Sie setzt auch beachtliche Impulse im örtlichen Wirtschaftsgeschehen und in den Kommunen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigung. Daneben besitzt sie eine herausragende Multiplikatorwirkung der eingesetzten Finanzhilfen. Auf einen Euro Städtebaufördermittel kommen fünf bis acht Euro aus anderen Geldquellen, die in die Sanierung einfließen. Die Städtebauförderung zählt damit zu den erfolgreichsten Förderprogrammen in Bayern“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich eines Pressegesprächs am 25. Februar 2003 in Coburg.

In den letzten 5 Jahren standen für die Städtebauförderung in Bayern 525 Millionen Euro staatliche Finanzhilfen zur Verfügung. Dazu steuerte allein der Freistaat Bayern beachtliche 388 Millionen Euro bei. Hinzu kamen 95 Millionen Euro vom Bund und 41 Millionen Euro von der Europäischen Union.

Laut Beckstein ist die Städtebauförderung ein flexibles Instrument, das sich in den letzten 30 Jahren immer wieder neuen Herausforderungen gestellt hat. Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturwandel bringt weiterhin große Aufgaben. „Gerade im Norden Bayerns sind vielfältige siedlungsstrukturelle Aufgaben zu bewältigen. Oberfranken ist daher ein besonderer Schwerpunkt der Städtebauförderung in Bayern“, so Beckstein. So flossen beispielsweise aus dem gesamten bayerischen Fördervolumen des Jahres 2002 in Höhe von 121 Millionen Euro alleine 19,7 Millionen Euro nach Oberfranken. Das entspricht einem Finanzhilfeanteil von etwa 16 %, der weit über dem Bevölkerungsanteil von 9,2 % liegt. Aktuell werden in Oberfranken städtebauliche Projekte in mehr als 100 Kommunen gefördert. Förderschwerpunkte dabei sind die Konversion von Brachflächen, die Stär-

kung der Innenstädte und Ortszentren, „Soziale Stadt“ - Projekte und die ökologische Erneuerung. Beispielhaft dazu nannte Beckstein die Strukturförderung in den Landkreisen Hof und Wunsiedel sowie der Stadt Hof (Hochfranken). „Mit einem erhöhten Fördersatz von bis zu 80 Prozent können wir seit 2001 einzelne, strukturell besonders bedeutsame Projekte fördern, die ansonsten nicht finanzierbar wären. Dafür hat Oberfranken im Jahr 2001 aus landeseigenen Mitteln eine Million Euro zusätzliche Finanzhilfen erhalten. Mit dem erhöhten Fördersatz konnten wichtige Projekte in Arzberg, Bad Steben, Geroldsdorf, Hof, Marktredwitz, Naila, Rehau, Schwarzenbach a.d. Saale und Selb initiiert werden“, erläutert Beckstein.

Als herausragendes Beispiel für eine Brachflächenkonversion nannte er die Innenstadt-Süd in Marktredwitz: „Diese bestätigt auch für den oberfränkischen Raum die nachhaltigen ökonomischen Wirkungen der Städtebauförderung. Das neue Einkaufs- und Dienstleistungszentrum am Rande der Altstadt schaffte 350 neue Arbeitsplätze gegenüber vormals 60 gewerblichen Arbeitsplätzen am gleichen Standort. Mit den eingesetzten staatlichen Städtebaufördermit-

Bauen ohne Baugenehmigung

Bauen ohne Baugenehmigung? Das soll künftig in Bayern noch mehr als bisher möglich sein, so MdL Heinz Donhauser. „Durch Genehmigungsfreistellungen und vereinfachte Baugenehmigungsverfahren sparen sich unsere Bauherren künftig bares Geld“, so der Landtagsabgeordnete.

„Wir vereinfachen Baugenehmigungsverfahren weiter“, teilt der Abgeordnete mit. Der Minister hat bereits einem Gesetzentwurf zugestimmt, der möglichst schnell in Kraft treten soll. Die Zustimmung durch den Landtag stehe noch aus. Kleine und mittlere Gewerbebauprojekte sind dann in vielen Fällen genehmigungsfrei. Ausgenommen von der neuen Genehmigungsfreistellung bleiben aber weiterhin Sonderbauten wie Hochhäuser, größere Gaststätten, Kaufhäuser,

Krankenhäuser und Schulen. Ziel ist nur noch die Prüfung des eigentlichen Kernbereichs von baulichen und fachrechtlichen Anforderungen an Bauvorhaben. Weitere Vereinfachungen ergeben sich aus der Verschärfung des Abstandsflächenrechts und eines neuen Brandschutzkonzepts. Für Gebäude mit bis zu fünf Geschossen wird dann die konstruktive Holzbautechnik möglich sein. Stellplätze und Stellplatzablässe sollen die Gemeinden festlegen.

Konjunkturlage bremst BayWa-Kerngeschäft

Jahresüberschuss um 15 Prozent gesteigert/Verschmelzung mit der WLZ Raiffeisen AG Stuttgart

München. Anlass für eine Pressekonferenz „außer der Reihe“ der BayWa AG München war die bevorstehende Verschmelzung mit der WLZ Raiffeisen AG Stuttgart. Diese soll auf der Hauptversammlung der WLZ am 5. Mai beschlossen und anschließend rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres wirksam werden. Bis zum 31. Mai will die BayWa AG unter Nutzung eines genehmigten Kapitals die Fusion mit der WLZ vollziehen. Um dies zu erreichen, hat die Gesellschaft in diesem Jahr Einzel- und Konzernabschluss getrennt.

Die BayWa AG weist erneut, so der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Deml, eine stabile Ertragslage und Fortschritte auf verschiedenen Geschäftsfeldern vor. So steigerte die Gesellschaft den Jahresüberschuss gegenüber dem Vorjahr um gut 15 Prozent. Noch positiver ist das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit mit einem Plus von 37,8 Prozent.

Diese Verbesserungen wurden in einem schwachen konjunkturellen Umfeld bei einem

Umsatzrückgang von insgesamt 3,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr erzielt. Die Umsätze von insgesamt 3,25 Milliarden Euro haben sich unterschiedlich entwickelt.

Umsatzplus bei Technik

Bei der Technik wurde ein Umsatzplus von 2,3 Prozent auf 455 Millionen Euro erreicht. Bei der Sparte Agrar sank der Umsatz zum Teil preisbedingt um 3,4 Prozent auf 1,06 Milliar-

den Euro. Im Baustoffgeschäft ist der Umsatzrückgang von 2,8 Prozent auf 938 Millionen Euro besser als der Branchendurchschnitt. Im Kerngebiet Bayern

konnte die BayWa, so Vorstandsvorsitzender Deml, das Rohergebnis um 4,5 Prozent auf 613 Millionen Euro steigern. Als Beispiel für permanente Kostenreduzierungen nannte er die Mitarbeiterzahl, die sich in den letzten fünf Jahren um mehr als 1500 auf 10 777 verringerte. Auch die kontinuierliche Standortoptimierung reduziere Kosten und steigere die Effizienz. So sei die Zahl der Agrarstandorte in den letzten 10 Jahren um rund 30 Prozent auf 282 gesunken, bei gleichzeitig 82 Geschäftsübernahmen in diesem Zeitraum. Dieser Abbau sei verbunden mit Investitionen in neue Kompetenzzentren und in die Informationstechnologie. Damit könne die Kundennähe erhalten und der Leistungsstandard für die Kunden erweitert werden.

Erhöhte Eigenkapitalquote

Die Bilanzsumme hat die BayWa im Berichtsjahr um 50,4 Millionen Euro auf 1042,2 Millionen Euro zurückgeführt. Durch die Kapitalerhöhung aus dem WLZ-Erwerb und die vorgeschlagene Dotierung der Gewinnrücklagen erhöht sich das Eigenkapital um 16,5 auf 260,5 Millionen Euro. Damit verbessert sich gegenüber dem Vorjahr erneut die Eigenkapitalquote.

Als Ziel im Geschäftsjahr 2003 nannte Deml die Ergebnisse weiter zu verbessern. Die ersten Monate ergäben noch kein repräsentatives Bild. Derzeit liege der AG-Umsatz inklusive WLZ mit rund 730 Millionen Euro um gut ein Prozent über der vergleichbaren Vorjahreszahl.

„Das Jahr 2003 wird von der Integration der WLZ in die BayWa geprägt sein.“ **E. Scholl**

schnitt die Sparte deutlich besser ab und konnte dort die Erträge stabilisieren. Die Bau- und Gartenmärkte spürten das schwache Konjunkturklima und den harten Wettbewerb in der Branche. Dies bewirkte eine Umsatzminderung um 2,3 Prozent auf 218 Millionen Euro. Mit Mineralölen setzte die BayWa wegen des vorangegangenen Heizöl-Ausnahmehjahres mit 526 Millionen um 9,6 Prozent weniger um als im Vorjahr. Trotz dieser Umsatzminderung

auf 22,7 Millionen Euro zurück. Die sieben fränkischen Winzergenossenschaften steigerten im letzten Weinwirtschaftsjahr den Weinabsatz um 15 Prozent auf 174.000 Hektoliter und den Umsatz um 2,2 Prozent auf 46,4 Millionen Euro. 60 Prozent haben die Winzergenossenschaften als Prädikatsweine und 40 Prozent als Qualitätsweine eingelagert. Auch der Jahrgang 2002 verspricht von besonders hoher Qualität zu werden.

Wichtigste Partner

Stellvertretend für die 603 ländlichen Genossenschaftsunternehmen in Bayern unterstützt der Genossenschaftsverband Bayern die Bemühungen der Landwirte, die einschneidenden Maßnahmen der EU-Agrarreform zu mildern. Fast jeder bayerische Bauer gehört

einer Genossenschaft an. Frankenberger betonte, dass die landwirtschaftlichen Genossenschaften in den vor- und nachgelagerten Bereichen der Landwirtschaft nach wie vor die wichtigsten Partner für die bayerischen Bauern sind. So im Bezug von Produktions- und Betriebsmitteln, in der Produktion oder im Absatz und Vertrieb von Agrarprodukten. Der Gesamtumsatz der ländlichen Genossenschaften erreichte rund 3,4 Milliarden Euro. Sie bieten über 7400 Mitarbeitern vorwiegend in ländlichen Gebieten einen Arbeitsplatz.

Abschließend erklärte der Verbandspräsident, wenn auch die Lage in vielen Bereichen nicht gerade rosig sei, so verbessere sich die Struktur der Branche weiter. „Für Schwarzmalerei gibt es aus Sicht der Genossenschaften keinen Grund.“ **E. Scholl**



Mercedes-Benz Unimog und Actros: Offizielle Schneeräumer bei der Alpinen Ski-Weltmeisterschaft in St. Moritz.

Mercedes-Benz Unimog und Mercedes-Benz Actros:

Offizielle Schneeräumer bei WM in St. Moritz

15 Unimog-Geräteträger von Mercedes-Benz, die vornehmlich aus der Produktlinie U 300 - U 500 stammen, sowie drei allradgetriebene Lkw aus der schweren Lkw-Baureihe Mercedes-Benz Actros haben den reibungslosen Verkehr auf den rund 90 Kilometer Straßen rund um St. Moritz sicher gestellt, als dort vom 2. bis 16. Februar 2003 die diesjährige Alpine Ski-Weltmeisterschaft stattgefunden hat.

Sie sorgten in dem eigenössischen Wintersport-Mekka für sichere Zufahrten zu der eigens für diese WM geschaffenen Infrastruktur. Die Zufahrtswege führten dabei zumeist über extrem steile Abschnitte zu den einzelnen Wettkampfstätten. Die erste richtige Bewährungsprobe bot sich für die Fahrzeuge bereits zu Beginn der ersten Wettkampfwoche, als in einer einzigen Nacht rund 25 cm Neuschnee fielen.

Ständige Räumung

Die 15 Unimog-Geräteträger sind vom Produktbereich Unimog, der für das Unimog-Geschäft in der Schweiz zuständigen Robert Aebi AG, der Gemeinde St. Moritz sowie den Nachbargemeinden Pontresina, Celerina, Samedan und Silvaplana zur Verfügung gestellt worden. Die „WM-Unimog“ waren zuvor für ihre Schneeräum-Einsätze zumeist mit Schneepflügen und Frässhleudern des Geräte-System-Partners Schmidt Winterdienst und Kommunaltechnik aus St. Blasien ausgerüstet worden. Das Bauamt St. Moritz selbst setzte einen Unimog U 400 mit Pflug/Streuer-Kombination, einen Unimog U 140 mit Schneepflug und Eiskratzer sowie einen „Veteranen“ vom Typ U 1000 aus der früheren schweren Unimog-Baureihe zur Schneeräumung ein. Die Actros Allrad-Lkw vom Typ 3340 AK 6x6 und 1838 AK 4x4, ebenfalls Fahrzeuge aus dem Bestand der Gemeinde St. Moritz sowie der DaimlerChrysler Schweiz AG, zeichneten sich da-

bei in erster Linie beim Abtransport der Schneemassen des Räumdienstes aus. Weder topografische noch wetterbedingte Einflüsse stellten dabei den vom Bauamt St. Moritz organisierten Räumdienst vor größere Probleme.

Frei gehaltene Parkplätze

Neben der ständigen Räumung und Streuung der Zufahrts- und Gemeindestraßen mussten von den eingesetzten Winterdienst-Unimog gleichzeitig auch die Parkplätze rund um die WM frei gehalten werden. St. Moritz hatte eigens für die WM zusätzlich 2.500 Parkplätze geschaffen, die in der ganzen Umgebung von Silvaplana bis Samedan und in Pontresina eingerichtet worden waren. Die mit dem Pkw angereisten Fans konnten von diesen Parkplätzen aus bequem mit Shuttle-Bussen direkt zu den Wettkampfstätten fahren. Im Linien- und Shuttleverkehr kamen während der WM ausschließlich Postbusse der schweizerischen PTT (Postbus Schweiz) zum Einsatz, da die schmalen Bergstraßen zum Skistadion und den Zuschauerrängen am St. Moritzer Hausberg Corviglia keine größeren Fahrzeuge zulassen und private Anfahrten per Pkw untersagt waren. Im Verlauf der zweiwöchigen Veranstaltung wurden so mehr als 160.000 Zuschauer, 10.000 Akkreditierte, 400 Athleten und 2.000 Medienvertreter zwischen St. Moritz und dem über 2.000 m hoch gelegenen Skigebiet Salastrain transportiert.

Genossenschaftliche Rechtsform:

Bleibende Attraktivität

Gewerbliche Genossenschaften mit deutlichem Umsatzplus / Mitgliederzahl gestiegen

München. In Bayern gibt es derzeit 132 gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften, in denen sich mittelständische Unternehmen aus Handwerk, Handel und dem Dienstleistungsgewerbe zusammengeschlossen haben. Sie erzielten im vergangenen Jahr einen Gesamtumsatz von 5,6 Milliarden Euro, das sind knapp neun Prozent mehr als im Vorjahr.

Wie Wilhelm Frankenberger, der Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern bei der Bilanzpressekonferenz in München betonte, haben die gewerblichen Genossenschaften damit bewiesen, dass man trotz der allgemeinen konjunkturellen Misere erfolgreich wirtschaften kann.

Gebündelte Kräfte

Die Zahl der Beschäftigten blieb im vergangenen Jahr konstant. Die gewerblichen Genossenschaften bleiben, so Frankenberger, mit knapp 10.800 Mitarbeitern bedeutende und verlässliche Arbeitgeber im Freistaat. Die Mitgliederzahl erhöhte sich um 2,2 Prozent auf 76.100. Neben traditionellen Branchen, wie beispielsweise Handwerksgenossenschaften, gibt es zunehmend Mitglieder aus „jungen“ Branchen wie dem Gesundheitswesen, dem Sozialbereich oder den neuen Medien.

Der Verbandspräsident meinte, dass sich die genossenschaftliche Rechtsform gerade auch in

kritischen Zeiten als attraktiv erweist, weil sie im Einkauf, bei der Produktion, im Verkauf sowie im Marketing die Kräfte der Mitglieder bündeln und diese im zunehmenden Wettbewerb stärken.

Die 45 Handwerksgenossenschaften sind mit rund 15 000 Mitgliedern die mitgliedstärkste Gruppe innerhalb der gewerblichen Genossenschaften. Sie verzeichneten einen Umsatzrückgang von 5,3 Prozent auf 466 Millionen Euro. Die sieben Bäckereigenossenschaften erzielten den höchsten Umsatz. Die 20 Handelsgenossenschaften konnten ihren Umsatz im vergangenen Jahr um über elf Prozent auf 4,5 Milliarden Euro steigern. Sie repräsentieren 11.900 Mitglieder und beschäftigen fast 3400 Mitarbeiter.

Die Brauereigenossenschaften konnten sich vor dem Hintergrund des harten Verdrängungswettbewerbs gut behaupten. Der Umsatz der neun genossenschaftlich organisierten Brauereien ging um zwei Pro-

Landesgartenschau Burghausen ist finanziell abgesichert

Minister Schnappauf will weiterhin fördern - Bisherige Veranstaltungen mit 30 Millionen Euro bezuschusst - Genug Bewerbungen für Landesgartenschauen bis 2030

Es hat sich herumgesprochen: Eine der von den Staatsministern für Landesentwicklung und Umweltfragen sowie für Landwirtschaft und Forsten kräftig mitfinanzierten Landesgartenschauen lassen die Veranstaltungsorte in neuem Glanz erstrahlen. Sie sind zugleich ein nicht zu unterschätzender Baustein der Landesentwicklung. In mehr oder weniger vernachlässigten Stadtteilen wurden und werden Parklandschaften von bleibender Attraktivität geschaffen.

Kein Wunder, wenn sich auf dem Schreibtisch von Umweltminister Dr. Werner Schnappauf bereits so viele Bewerbungen aus allen Regierungsbezirken häufen, dass er mühelos mit den in zweijährigem Turnus stattfindenden Landesgartenschauen alle Termine bis zum Jahre 2030 besetzen könnte. Die Frage drängt sich allerdings in einer Zeit strengster Sparvorgaben des Finanzministers auf, ob es überhaupt mit den 1980 in Neu-Ulm gestarteten Landesgartenschauen weitergeht.

Zuversichtlicher Minister

Burghausen, vom 23. April bis 3. Oktober 2004, nächster „Austragungsort“, wird auf jeden Fall den zugesagten Staatszuschuss bekommen. Der Minister gegenüber der GZ: „Die staatliche Mitfinanzierung ist gesichert.“ Hinsichtlich der schon festgelegten Veranstaltungen in Marktredwitz (2006), Neu-Ulm (2008), Rosenheim (2010) und Bamberg (2012) vermag der Minister vorläufig nur Zuversicht zu zeigen, „dass wir die künftigen Gartenschauen auch weiterhin fördern können“.

Überzeugende Argumente

Sparkommissar Faltlhauser am Kabinettschreibtisch und den Haushaltspolitikern des Landtags, die von allen Opfern verlangen, kann er überzeugende Argumente, die positiven Seiten jeder sowohl gärtnerisch wie architektonisch gestalteten Gartenschau entgegenhalten. Im Fall von Marktredwitz ist zusätzlich von Gewicht, dass hier erstmals in Zusammenarbeit mit der Stadt Eger ein benachbartes Tschechien eine Länderübergreifende Gartenschau geplant ist.

Die bisherigen elf weiß-blauen Gartenschauen wurden von

knapp 15 Millionen Besuchern geschätzt und gelobt. Über 110 Millionen Mark wurden investiert. Der staatliche Beitrag aus München machte 30 Millionen Mark aus. Die kommunalen Eigenleistungen überschritten damit deutlich die Zugabe aus der Staatskasse.

Eine der Vorgaben an den Veranstaltungsort lautet, es muss ein mindestens 15 Hektar großes Gelände, innerörtlich oder am Stadtrand gelegen, mit der Bewerbung nachgewiesen werden. Das wurde bisher stets deutlich überschritten. So haben die Stadtväter von Burghausen 23,9 Hektar bereitgestellt. Sie werben inzwischen schon mit Slogans wie „Die Altstadt - schön wie ein Märchen“. Natürlich soll auch „die längste Burg Europas“ die Besucher im Jahr 2004 auch aus dem benachbarten Österreich anlocken.

Imagegewinn

Dass sich die Staatszuschüsse gelohnt, ja vollauf bezahlt gemacht haben, das macht die Bilanz offenkundig, die Schnappauf herausstellt. Der Bekanntheitsgrad der Stadt habe sich erhöht. Unverkennbar sei ihr Imagegewinn. Das Gartenschau-gelände bleibe als innerstädtische Garten- und Parklandschaft für alle Bürger erhalten. Eine solche grüne Lunge sei zudem ein wichtiger Standortfaktor, denn Wirtschaftsunternehmen lockten heute qualifizierte Arbeitskräfte nicht allein mit guter Bezahlung. Ein familienfreundliches Umfeld mit Einkaufsmöglichkeiten, Schul- und Bildungsangeboten sowie stadtnahen Erholungsparks seien mitentscheidend.

Beispielhaft nennt der Minister den zuvor brach gelegenen, nun durch die Landesgartenschau 2002 sanierten und dauerhaft nutzbar gemachten „Altla-

stenstandort“ von Kronach.

Wichtiger Ratgeber, zumeist mehr im Hintergrund, ist die eigens geschaffene „Gesellschaft zur Förderung der bayerischen Landesgartenschauen“. Ihre Träger sind die Verbände der Gärtner, der Garten- und Landschaftsbauer sowie der Baumschulen. Früh hatten sich die Beteiligten dahin geeinigt, das Konzept reiner Blumenschauen durch Maßnahmen zu Gunsten nachhaltiger städtebaulicher Nutzungen zu ergänzen. Deshalb steigerte das Haus Schnappauf die Investitionsbeiträge bis auf maximal 3,6 Millionen Euro, ergänzt durch Beiträge des Landwirtschaftsministeriums. Über eine mögliche Änderung der Zuschüsse, so der Minister, wolle er heute nicht spekulieren.

Architekten arbeiten mit

Dennoch soll es bei der Mitarbeit von Architekten bleiben, die unentbehrliche Berater für die baulichen Maßnahmen sind. Unvergessen sind die umfangreichen Gestaltungen der Landesgartenschau Ingolstadt 1992, für die damals 22,5 Millionen DM locker gemacht wurden. Die alten Festungsanlagen an der

Donau wurden mit viel Engagement umgemodelt, sind heute Glanzpunkte des neuen Klenzparkes. Er ist 20 Hektar groß.

Bereits die erste Landesgartenschau, 1980 in Neu-Ulm auf 27 Hektar gestaltet, hatte mit 1,3 Millionen Besuchern gezeigt, dass mit dieser Neuschöpfung ins Schwarze getroffen worden war. Es folgten 1985 Augsburg (1,3 Millionen Besucher), 1988 Dinkelsbühl (1,1) und 1989 Straubing (1). Ab der Gartenschau 1990 Würzburg (2,5) erfolgte die Umstellung auf den 2-Jahres-Turnus. Hof, Amberg, Neumarkt, Memmingen und Kronach luden dann zwischen 1994 und 2002 ein.

Durchführungshaushalt

Mit den Investitionen ist es jedoch nicht getan. Daneben muss ein so genannter Durchführungshaushalt abgesichert sein, denn um die mehrmonatigen Schauen am Blühen zu erhalten, bedarf es Personal und Nachpflanzungen. Da entstehen Ausgaben vorwiegend zu Lasten der jeweiligen Kommune.

Ein Vergabeausschuss prüft und entscheidet, ob ein Bewerber ein fachlich überzeugendes Grünkonzept unterbreitet hat, das Gelände als Dauergrünfläche, möglichst auch für Großveranstaltungen geeignet ist. Ebenso wichtig: Nach dem Landesentwicklungsprogramm muss der Ort als Oberzentrum oder mögliches Oberzentrum eingestuft sein (Schnappauf).

Winterdienst der Bayerischen Straßenbauverwaltung:

Frühlingshaftes Wetter noch kein Grund für Entwarnung

„Die Kosten des Winterdienstes werden wieder die 50-Millionen-Euro-Grenze überschreiten. Sie liegen damit etwa genauso hoch wie im Winter 2001/2002, der vor allem durch extreme Witterungsverhältnisse zu Weihnachten 2001 gekennzeichnet war. In der laufenden Winterperiode musste die bayerische Straßenbauverwaltung wegen der starken Schneefälle im Januar und Februar sowie wegen der häufigen Frost-Tau-Wechsel bis Ende März trotz modernster Streutechnik rund 300.000 Tonnen Salz einsetzen“, stellte Innenminister Dr. Günther Beckstein in München fest.

„Trotz der vergangenen frühlingshaften Wochen gibt es für die Winterdienste noch keinen Grund für Entwarnung. Wegen der nächtlichen Temperaturstürze ist gerade in den frühen Morgenstunden noch mit winterlichen Straßenverhältnissen zu rechnen“, so Beckstein weiter. Er appellierte deshalb erneut an alle Kraftfahrer zu einer vorausschauenden Fahrweise und einem ausreichenden Sicherheitsabstand. Auch sollten die Kraftfahrer ihre Fahrzeuge nicht zu früh mit Sommerreifen ausrüsten.

Konzepterprobung

Beckstein ließ in diesem Winter den Räum- und Streuservice auf den bayerischen Bundesfern- und Staatsstraßen deutlich erweitern. So werden erstmalig auf einem Teilnetz der Bundes- und Staatsstraßen wie schon bei den Autobahnen die Winterdienststeinsätze auf bis zu 24 Stunden täglich erweitert und die Erreichbarkeit der Straßenmeistereien rund um die Uhr gewährleistet. Daneben erprobt das Innenministerium in diesem Winter zum ersten Mal Präventions- und Bewältigungskonzepte mit dem Ziel, winterbedingte Katastrophenfälle auf Autobahnen zu verhindern und wenn diese unabwendbar sind, diese abgestimmten Einsatz sicher zu stellen. Zudem testen die für den Winterdienst auf den bayerischen Autobahnen zuständigen Autobahnmeistereien seit Ende 2002 eine neue Software zur Wetterinformation (WIIS). Diese wertet Wetterradarbilder des Deutschen Wetterdienstes aus und ermöglicht da-

mit Kurzzeitprognosen über bevorstehende Schnee- und Regenfälle. Der Testlauf soll zeigen, ob damit die vorausschauende Planung und die Steuerung der Winterdienststeinsätze auf Autobahnen noch weiter optimiert werden können. Beckstein: „Die bayerische Straßenbauverwaltung wird nach diesem Winter ihre Erfahrungen mit den neuen Konzepten auswerten. Die Ergebnisse dazu sollen in die Vorbereitungen für die nächste Winterperiode 2003/2004 einfließen.“

Salzverbrauch

Zum Salzverbrauch stellt Beckstein fest, dass die Verwendung von Feuchtsalz und modernster Streutechnik den Salzverbrauch pro Quadratmeter gegenüber den 80er Jahren um bis zu 30 Prozent gesenkt hat. Beckstein: „Im Schnitt der letzten 10 Jahre lag der Salzverbrauch für den Winterdienst auf den bayerischen Bundesfern- und Staatsstraßen bei 250.000 Tonnen. Die starken Schneefälle und die häufigen Frost- und Tauwechsel haben insbesondere im Januar und Februar dieses Jahres unseren Salzverbrauch auf 300.000 Tonnen ansteigen lassen.“

Die zu erwartenden Kosten des Winterdienstes 2002/2003 liegen damit erneut über 50 Millionen Euro. Die Winterdienstkosten sind abhängig von der Intensität des jeweiligen Winters. Im milden Winter 1997/1998 lagen sie bei 30 Millionen Euro. Im Rekordwinter 1998/1999 fielen Winterdienstkosten in Höhe von insgesamt 70 Millionen Euro an.

Seit 1995 - damals in Waldkraiburg - werden in Jahren mit einer ungeraden Jahreszahl, somit im Wechsel mit den größeren Landesgartenschauen, kleine Regionalschauen veranstaltet, wohl auch eine Art Trostpflaster für kleinere Orte. Sie sind durchaus ebenso begehrt, schon weil (bisher?) ein Staatszuschuss bis zu 1,6 Millionen Euro winkt. Heuer ist Roth vom 28. Mai bis 27. Juli - an der Reihe. Bürgermeister Richard Erdmann verspricht Stimmungsgärten, in denen der Besucher die Umwelt erfüllen, erleben und genießen werde.

Bundesgartenschauen

Die älteste Tradition haben die Bundesgartenschauen, 1951 gestartet. Mit einer derartigen Buga in München 2005 ist Bayern erstmals Austragungsort. An den hohen Kosten beteiligt sich der Freistaat mit 6,4 Millionen

Euro. Aber die Kosten liegen bei einem Vielfachen, denn diese Buga wird zum neuen Münchner Stadtteil Riem mit seinen künftig 16.000 Einwohnern gehören.

Zugewinn für Münchner Osten

Im Rathaus am Marienplatz weiß man sehr wohl den Zugewinn für den Münchner Osten zu schätzen, schon in Erinnerung an die Internationale Gartenschau (IGA) 1983. Ansehnliche 93 Millionen Mark wurden damals aufgewendet, damit der 720 Hektar große Westpark als willkommene Oase im großstädtischen Umfeld geschaffen werden konnte.

In Bayern beschäftigen sich übrigens 8564 Betriebe mit dem Anbau von Gartengewächsen. Ihre Betriebsfläche von 16.872 Hektar wird von 32 209 Personen bewirtschaftet. mhb



eibe mit traumhafter Neuheit

Auf der Bildungsmesse in Nürnberg präsentiert die Firma eibe, Röttingen, als einer der führenden Hersteller von Spielplatzgeräten, Kindergartenkomplettanrichtungen, Kindersportartikel und Spielwaren wieder jede Menge Neuheiten. Dazu gehört der Traum aller Prinzessinnen und Prinzen - ein interessantes Fünfeckdach, das den Grundriss eines Schlosses widerspiegelt. In den Seitenflügeln des Castellos sind spannende Spielelemente integriert: Küchenelemente, Spielerker, Blumensteckbrett usw. Je nach Belieben der Schlossherrin stehen verschiedene Aktivitäten auf dem Programm. Die lasierten Mehrschichtplatten geben den Dächern durch ihre geschwungene Linienführung ein einmaliges Erscheinungsbild. Die Massivholzpfosten sind kerngetrennt, chromfrei kesseldruckimprägniert und an allen Kanten gerundet. Die Pfosten sind auf Wunsch mit Pfostenschuhen auszustatten. Das Castello ist, wie alle eibe Spielgeräte, nach der europäischen Sicherheitsnorm EN 1176 zertifiziert.

Direktion für Ländliche Entwicklung Ansbach:

Gemeindeentwicklung im Visier

Bilanz 2002 - Investitionen in Höhe von über 46 Mio. Euro

Zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume in Mittelfranken hat die Direktion für Ländliche Entwicklung Ansbach im Jahr 2002 mit Investitionen in Höhe von über 46 Millionen Euro beigetragen. Davon entfallen auf die Dorferneuerung 32 Millionen Euro und auf die Flurneuordnung 14 Millionen. Für diese Investitionen hat die Direktion staatliche Fördermittel in Höhe von 20 Millionen Euro vor allem des Freistaats Bayern und der EU bereitgestellt. Investitions- und Fördervolumen entsprechen in etwa dem langjährigen Mittel.

Von den Investitionen hat wiederum das von sinkenden Umsätzen betroffene Baugewerbe ganz erheblich profitiert. Rund 10 Prozent ihres Umsatzes und ihrer Arbeitsplätze verdankten Baufirmen in Westmittelfranken den unmittelbaren Investitionen der Ländlichen Entwicklung. In den ländlichen Räumen Mittelfrankens waren es 5 Prozent.

Maßnahmenpaket

Im Mittelpunkt der Investitionen stand erneut die Gemeindeentwicklung. Herausragende Handlungsschwerpunkte lagen in den Bereichen Dorferneuerung, Landwirtschaft, Ökologie und Bodenmanagement.

Familienunternehmen Schanzlin:

Über 90 Jahre Qualität und Erfahrung

Ein großes Firmenareal von ca. 40.000 m², davon rund 6.000 m² überbaut sowie eine wachsende Kundennachfrage nach schanzlin Qualitätsprodukten sind die Voraussetzung für die weitere Expansion.

Die Schwarzwälder Firmengruppe wird in der 3. Familien-generation von Horst Schanzlin, alleiniger Gesellschafter und Geschäftsführer, geleitet. Ihm zur Seite steht ein Team hochqualifizierter Mitarbeiter, das den Grundsatz der Unternehmensphilosophie „Herstellung von umweltfreundlichen Qualitätszeugnissen mit langer Lebensdauer zur Arbeitserleichterung und zum Nutzen der Kunden“ garantiert.

Lieferflexibilität

Ebenso gilt: Nicht die großen Unternehmen werden über die kleinen siegen, sondern die schnellen über die langsamen. schanzlin - das ist Qualität und Erfahrung seit mehr als 90 Jahren. schanzlin ist Spezialist auf

Die Entwicklung von Städten, Märkten und Gemeinden wurde mit umfassenden Maßnahmen der Dorferneuerung, Flächenbereitstellungen für Infrastrukturmaßnahmen, beispielsweise Verkehrswege und Wasserrückhaltebecken, sowie durch Mobilisierung von Bauland für Wohnen und Gewerbe begleitet.

Kommunale Allianzen

Hohen Stellenwert genießt die Unterstützung von Kommunalen Allianzen, in denen Städte, Märkte und Gemeinden gemeindeübergreifende Projekte gemeinsam durchführen. Mittelfrankenweit haben sich zwischenzeitlich 66 Kommu-

nen in zehn Kommunalen Allianzen zusammengeschlossen. Im vergangenen Jahr neu hinzugekommen ist eine Kommunale Allianz im Bereich von Neustadt an der Aisch.

Die wichtigsten Maßnahmen in den beiden Kommunalen Allianzen Obere Altmühl und Weißenburger Jura zum Auf-

bau einer touristischen Infrastruktur konnten weitgehend abgeschlossen werden. In der Kommunalen Allianz bei Feuchtwangen erfolgten wichtige Weichenstellungen für ein über 200 Hektar großes interkommunales Gewerbegebiet.

Bodenmanagement als zentrales Instrument

Zur Neuordnung der Grundstücke und Flächenbereitstellung für öffentliche, landwirtschaftliche, gewerbliche und private Vorhaben ist das Bodenmanagement als zentrales Instrument der Ländlichen

Natur- und Artenschutz in Bayern:

Den Störchen geht's wieder gut

Umweltminister Schnappauf: Störche sind dieses Jahr früher nach Bayern zurückgekehrt

„Den Störchen geht's in Bayern wieder besser, immer mehr Störchenpaare finden hier einen neuen Lebensraum“, so fasste Umweltminister Schnappauf die Bemühungen der Staatsregierung zusammen, es dem Adebar hierzulande wieder richtig gemütlich zu machen. Vielerorts wurden bereits Ende Februar die ersten Weißstörche an ihren Nestern entdeckt. Noch sind nicht alle 114 Brutpaare, die vergangenes Jahr bei uns ihren Nachwuchs aufgezogen haben, wieder hier. „Wir gehen davon aus, dass es dieses Jahr noch mehr werden“, so Schnappauf.

Seit Anfang der 90er Jahre bis heute wurden 54 Projekte im BayernNetzNatur zum Schutz der Störche verwirklicht. Ziel ist es, den Lebensraum von Störchen zu schützen und wieder herzustellen. Die Störche sind dabei über ganz Bayern verteilt.

Beispielsweise im Frankwald im Landkreis Hof, im Kettelshausner Ried, im Tal der Großen Laber oder in Straubing auf der Stadtmauer. Alle Projekten eint das Bemühen, die Lebensräume für den Storch so zu renaturieren, dass er genügend Nahrung findet, sich ansiedelt und Nachwuchs großzieht.

Gestiegene Lebensqualität

Dies geschieht mit wachsendem Erfolg: Gab es in Bayern 1990 nur 78 Brutpaare, sind es im letzten Jahr 114 gewesen, die erfolgreich ihre Jungen aufgezogen haben. Es ist aber nicht nur die gestiegene Lebensqualität, die die Störche so zeitig aus ihren Winterquartieren nach Bayern ziehen lässt. In den letzten Jahren konnten Wissenschaftler eine Veränderung des Überwinterungsverhaltens von immer mehr Störchen feststellen. Vermehrt zie-

Entwicklung die entscheidende Voraussetzung. Vorhandene Grundstücke können so verlegt und in zweckmäßiger Lage, Form und Größe unter Beachtung der Wertgleichheit des Grundeigentums neu zugeteilt werden. Im Jahr 2002 wurden für Infrastruktur, Dienstleistung, Siedlung und Gewerbe über 140 Hektar bereitgestellt. Für das am Hesselberg gelegene Römerkastell Ruffenhofen waren es weitere 31 Hektar.

40.000 neue Grenzpunkte

Das Bodenmanagement umfasst auch die Neuabmarkung und Vermessung der neu gebildeten Grundstücke sowie die Ausarbeitung der Unterlagen zur Umschreibung von Grundbuch und Kataster. Bei den 2002 neu geordneten Flächen in Dorf, Flur und Wald wurden rund 40.000 neue Grenzpunkte bestimmt und abgemarkt.

Konzepte durch Bürgerarbeitskreise

Im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung ist die frühzeitige und intensive Beteiligung von interessierten und engagierten Bürgerinnen und Bürgern unverzichtbar. In über 20 geplanten Verfahren, die für 2003 zur Einleitung vorgesehen sind, wurden die Bürger eingebunden. Dabei haben Bürgerarbeitskreise wichtige Zielvorstellungen und Maßnahmenkonzepte erarbeitet, die in Bürgerversammlungen gemeinsam diskutiert wurden.

Für das Jahr 2003 ist von einem Investitionsvolumen in mindestens gleicher Größenordnung wie 2002 auszugehen. DK



Leiber-Mustang-Transporter:

Günstiges Preis-Leistungsverhältnis

Der Leiber-Mustang-Transporter eignet sich besonders für den Einsatz auf dem Bauhof, dem Friedhof, fürs Gartenamt und für gewerbliche Dienstleister wie Hausmeister- oder Gebäudeservice. Das robuste Fahrzeug hat einen sehr engen Wenderadius und bietet dadurch beste Manövrierfähigkeit auch bei beengten Platzverhältnissen. Das äußerst interessante Preis-Leistungsverhältnis macht den völlig neu konzipierten Leiber-Mustang zur attraktiven Alternative für alle Anwender.

Der Mustang bietet eine umfangreiche sinnvolle Serienausstattung wie z. B. Dreiseitenkippkasten, Fahrerkabine mit getönter Verglasung und Heizung, Frontkraftheber mit 500 kg Hubkraft, hydraulische Lenkung, Differentialsperre, und eine hydraulische Zweikreisbremsanlage mit Trommel- und Scheibenbremsen.

Hydraulisch betriebene Gießeinrichtung, Schneeschieber, Walzenstreuer, Kehrwalze und Laubsauger sind als Zubehör lieferbar. Durch sie wird der Einsatzbereich dieses universellen Fahrzeugs noch wesentlich erweitert.

Eröffnung der Rad-Saison Heiligenstadt:

Bürgermeister Krämer radelt für Franken

Heiligenstadt - Mit der 3. Etappe der Fürstbischöflichen Radtour wird am Samstag, 26. April um 9 Uhr in Heiligenstadt in Oberfranken die Rad-Saison 2003 eröffnet. Der Markt Heiligenstadt, der seit Jahren verstärkt auf das Thema „Radfahren“ setzt, hat damit immer größeren Erfolg.

So wurde über die drei Mountainbikestrecken rund um Heiligenstadt in der Fachzeitschrift „Mountainbike“ sehr ausführlich berichtet, was eine rege Tourismusinfo in Heiligenstadt zur Folge hatte. 2003 soll auch das Radwegenetz Richtung Bamberg erweitert werden. Zwischen Oberleinleiter und Tiefenpöhl soll ein neuer Radweg gebaut werden.

Kulturelles Rahmenprogramm

Heiligenstadts Bürgermeister Helmut Krämer wird bei der Eröffnung der Radsaison mit einigen Gemeinderäten selbst dabei sein, wenn es dann von Schloss Pommersfelden im reichen Ebrachtal über Schlüsselfeld zum Drei-Franken-Stein geht. Die Zweitages-tour mit Übernachtung in Ebrach hat ein interessantes kulturelles Rahmenprogramm. Neben einer Stadtführung in Schlüsselfeld wird die Kapelle Sankt Rochus besichtigt. Ein weiterer kultureller Leckerbissen wird der Besuch des Kaisersaales im Justizgebäude in Ebrach sein. Am zweiten Tag geht es durch den Naturpark Steigerwald weiter in das

erstmalig 1023 urkundlich erwähnte Burgebrach. Nach einem kurzen Zwischenstopp wird weiter zum Schloss Weißenstein geradelt, einer der kunstvollsten Barockanlagen Frankens. Hier endet die dritte Etappe der Fürstbischöflichen Radtour, die die Heiligenstädter Radler Mai 2001 begonnen haben. Anmeldungen und weitere Informationen bei Marktgemeinderat Friedrich Bauer, Reckendorf, Telefon 09198/92 62 98.

Radmarathon im Juli

Im Heiligenstädter Rathaus laufen bereits die Vorbereitungen für den 5. Heiligenstädter Radmarathon am 20. Juli 2003, der kreuz und quer durch die Fränkische Schweiz führt. Darüber hinaus sollen in der Radlerregion Heiligenstadt in Oberfranken Infotafeln über Freizeitmöglichkeiten im Rad-sportbereich aufgestellt werden. „Wenn wir uns im Rad-sportbereich in Zukunft noch stärker etablieren wollen, muss das Angebot insgesamt stimmig sein“, so Krämer, der in Kürze mit den Gastwirten die Bedeutung dieser Freizeitmöglichkeit für die Tourismusgemeinde erörtern will. fpo

5. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung:

Vom Flächenverbrauch zur nachhaltigen Landnutzung

Die Frage, wie Kommunen künftig ihrer Verantwortung für ein nachhaltiges Flächenmanagement gerecht werden können und wie das Land sie dabei unterstützen kann, stand im Mittelpunkt der 5. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung an der Technischen Universität München. Über 200 Teilnehmer aus vieler Herren Länder informierten sich über das Thema „Vom ungebremsten Flächenverbrauch zur nachhaltigen Landnutzung im ländlichen Raum - Dorf- und Flurentwicklung im Zeichen von Bodenverbrauch und Ressourcengefährdung“.

In den vergangenen Jahren hat der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke in Bayern laufend zugenommen. Deshalb sind nach den Worten von Innenminister Dr. Günther Beckstein „alle Anstrengungen zu bündeln, um hier einen Kurswechsel einzuleiten“.

Bewusstseinswandel

Angesichts der Verantwortlichkeiten im Städtebau und der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen werde es dabei vor allem darauf ankommen, die Kommunen noch mehr als bisher von den Vorteilen einer ressourcenschonenden Entwicklung zu überzeugen. Auch sei ein Bewusstseinswandel auf der Nachfrageseite stärker zu fördern: „Wir müssen Investoren und Bauherren vermitteln, dass ressourcenschonendes Bauen nicht mit Qualitätsverzicht verbunden ist.“

Mit der in Bayern zum 1. April in Kraft tretenden Fort-

schreibung des Landesentwicklungsprogramms werden laut Beckstein auch in der Landesplanung durch einen Vorrang der Innenentwicklung die Vorgaben für die Bauleitplanung der Kommunen verschärft. Zusammen mit der schon bei der Novelle des Baugesetzbuches 1998 vorgenommenen stärkeren Betonung der Belange des Natur- und Bodenschutzes sind für den Minister damit im Planungsrecht die Spielräume weitgehend ausgeschöpft. Handlungsspielraum sieht er dagegen im Bereich der Steuergesetzgebung: „Vor allem die Grundsteuer bietet in ihrer derzeitigen Form keinerlei Anreiz zum Flächensparen. Eine Reform durch den Bund ist deshalb überfällig.“

Geforderte Kommunen

Prof. Herbert Kallmayer von der Obersten Baubehörde im Bayerischen Innenministerium verwies darauf, dass bei der städtebaulichen Planung zu-

nächst die Kommunen als Trägerinnen der Planungshoheit gefordert seien. Mit einer Vielzahl von Beispielen lasse sich belegen, dass Flächensparen und Innenentwicklung einer Gemeinde in direktem Zusammenhang stünden, denn: „Je stärker vorhandene Potenziale genutzt werden, um so geringer ist die Notwendigkeit, neues Bauland auszuweisen.“

Flächensparende Bauweisen böten oft beachtliche städtebauliche Qualitäten, wovon nicht nur historische Altstädte, sondern gerade auch moderne Wohnsiedlungen Zeugnis ablegen könnten, erklärte Kallmayer. Entscheidend sei hierbei, dass nicht nur die steuernde Kommune, sondern auch Grundeigentümer, Investoren und Nutzer profitierten, sich also eine Win-Win-Situation einstellen könne.

Gestalterrolle

Als brauchbares Instrumentarium für die Gemeinden habe sich das relativ junge Flächenressourcen-Management herausgebildet, fuhr Kallmayer fort. Es könne vor allem dann seine volle Wirkung entfalten, wenn es sich „zahnradartig mit der Planung verklammert“. Notwendig hierfür sei ein neues Selbstverständnis der Gemeinde - weg von der Angebotsplanung und der passiven Rolle des Verwalters von ausgewiesenem Baurecht hin zu der aktiven Rolle eines Gestalters.

Die kommunale Sicht der Dinge stellte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, dar. Er verwies darauf, dass moderne Planung nicht mehr nur in den herkömmlichen Kategorien arbeiten könne. Zunehmende Globalisierung und Technisierung wirkten eine Veränderung der maßgeblichen Entscheidungsebenen. Hinzu komme, dass der Flächenverbrauch immer noch wachse, weshalb der Gemeinde als Trägerin der Planungshoheit eine verstärkte Verantwortung zukomme. Auch würden die gesetzlichen Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung in der Bauleitplanung den Grundanliegen der neuen Bürgerkultur nicht hinreichend gerecht, kritisierte Brandl. Die Menschen wollten in ihrer Individualität anerkannt werden, sie wünschten eine

stärkere Partizipation und mehr Transparenz an den Entscheidungsprozessen. Da die Gemeinden in einer extremen Finanzkrise steckten, müssten auch in der Bauleitplanung Kostengesichtspunkte eine größere Rolle spielen. Insbesondere die Spielräume der städtebaulichen Verträge seien hier zu nutzen. Brandl: „Die Ländliche Entwicklung kann in vielfältiger Weise moderierend und begleitend Hilfestellungen für moderne gemeindliche Planungen geben. Sie ist der natürliche Partner der Gemeinden, wenn sie ihren bisherigen Weg konsequent fortsetzt und ihre Kompetenz ständig steigert.“

Prof. Dr. Hubert Weiger, 1. Vorsitzender des Bundes Naturschutz, forderte seinerseits die Änderung der EU-Agrarpolitik bzw. der nationalen Politik, um eine nachhaltige Politik für Landnutzung und Landentwicklung gewährleisten zu können. Zudem seien land- und forstwirtschaftliche Flächen durch Regionalplanung und Flächennutzungsplanung zu sichern, dezentrale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen zu sichern und zu fördern und die Qualität von Planungen durch Integration der Landschaftsplanung zu sichern. Auch müssten die Beratung für nachhaltige Landnutzungssysteme zu verbessert, Leistungen gefördert und honoriert sowie Flurbereinigungsmaßnahmen eingesetzt werden.

Bauen ist Mittel zum Zweck

„Ohne Infrastrukturausbau ist keine nachhaltige Entwicklung möglich“, betonte Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes. Bauen sei nie Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Infrastrukturbau sei die Basis des heutigen Wohlstands und Voraussetzung für künftiges Wohlergehen. Als Negativbeispiel nannte Hess in diesem Zusammenhang die DDR, wo der Bau unter die Räder der Politik geraten sei. Ergebnis: „Kein Umweltschutz, sondern Umweltsanierung war eine der schwierigsten Aufgaben der DDR-Hinterlassenschaft.“ Darüber hinaus gelangte Hess zu der Überzeugung, dass der Infrastrukturbau heute dem Bedarf weit hinterher hinke. Dadurch kämen die nachhaltigen Vorteile nicht mehr ausreichend zur Entfaltung. Vorbeugender Infrastrukturbau, so der Referent, sei Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum, für Wohlstand, Lebensqualität und Umweltschutz. **DK**

Wissenstransfer muss gewährleistet sein, zum Beispiel bei Austausch und Weitergabe von Dokumenten, oder bei der Bearbeitung behördenübergreifender Vorgänge. Applikationen müssen miteinander kommunizieren und die Schnittstellen zwischen den einzelnen Fachanwendungen funktionieren. Nur so ist eine reibungslose, effektive und vereinfachte Zusammenarbeit verschiedener Abteilungen zu garantieren - sowohl bei externen, als auch bei internen Vorgängen.

Optimales Werkzeug

Viele Kommunen besuchen deshalb die KOMCOM mit mehreren Mitarbeitern aus verschiedenen Fachabteilungen. Die Zusammenarbeit der einzelnen Abteilungen, die Bündelung von Kompetenzen und das Zusammenspiel zwischen fachspezifischem Know-how und EDV-Kenntnissen ist die erfolgversprechendste Grundlage bei der Umsetzung von IT-Projekten. Die Wahl des optimalen Werkzeuges ist nicht immer einfach. Bei der KOMCOM findet jeder

Besucher die passende Softwarelösung für seine spezifischen Ansprüche. Vor anstehenden Kaufentscheidungen kann getestet werden, ob die entsprechenden Anwendungen in das individuelle IT-Konzept passen. KOMCOM bietet einen umfassenden und vergleichenden Überblick über die neuesten Entwicklungen in Sachen kommunaler Informationstechnologie. Fachbesucher können sich intensiv über spezielle Lösungen für ihren Bereich informieren und sich in eingehenden Fachgesprächen mit Ausstellern ausführlich beraten lassen. Bei Präsentationen verschiedener Anbieter ergibt sich die Möglichkeit, mehrere Lösungen zu testen und miteinander zu vergleichen. Für den kommunalen Fachbesucher lohnt sich ein Messebesuch in jedem Fall, denn er kann viele unterschiedliche Eindrücke sammeln und fachbezogen einzelne Problemstellungen mit den Ausstellern erörtern. So werden nützliche Erkenntnisse gewonnen, deren Umsetzung die tägliche Arbeit leichter gestaltet. Näheres unter www.komcom.de

IT-Fachmesse KOMCOM in Mannheim:

Treffpunkt der Öffentlichen Verwaltung

KOMCOM, Deutschlands größte IT-Fachmesse für den Public Sector, öffnet in diesem Jahr vom 20. bis 22. Mai in der Mannheimer Maimarkthalle zum achten Mal ihre Tore. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass es in der öffentlichen Verwaltung keinen Aufgabenbereich gibt, zu dem sich bei der KOMCOM nicht die passende Lösung finden lässt. Ob Zentrale Verwaltung, Finanzen, Ordnungswesen, Schulverwaltung, Soziales, Bauwesen, Verkehr, Stadtwerke, Wasser, Umwelt oder Gesundheitswesen - jeder Bereich des Public Sector findet bei der KOMCOM passende Hard- und Softwarelösungen.

Entsprechend erweitert sich auch Jahr für Jahr der Besucherkreis der KOMCOM. 240 Aussteller sind bei der KOMCOM 2003 vertreten und präsentieren den Fachbesuchern aus der öffentlichen Verwaltung über 1.000 Produkte und Dienstleistungen, die speziell auf die Anforderungen in Ämtern, Behörden und öffentlichen Einrichtungen zugeschnitten sind.

Unbegrenzte Möglichkeiten

Die Einsatzmöglichkeiten moderner Informationstechnologie sind unbegrenzt - auch in der öffentlichen Verwaltung. Mit dem Einsatz moderner Informationstechnologie ist es möglich, dass die Verwaltung noch besser funktioniert und weniger kostet. Die Vorteile für die Mitarbeiter liegen auf der Hand: eine vereinfachte Bearbeitung von Vorgängen, eine Steigerung der persönlichen Kompetenz und eine weit weniger komplizierte Erfassung und Verarbeitung relevanter Daten. Bearbeitungsschritte, die bisher getrennt waren, können nun zusammengefasst werden.

Im Endeffekt sind es die Mitarbeiter in Städten, Gemeinden und öffentlichen Institutionen, die in direktem und persönlichem Kontakt zu Bürgern und Unternehmen stehen und so den Grundstein für eine erfolgreiche Umsetzung von eGovernment-Strategien legen.

Besonders das Internet ist zu einem wichtigen Instrument für

die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung geworden. Viele Dienstleistungen für Bürger, Unternehmen und Institutionen können heute einfach per Mausklick abgerufen werden.

Mittelfristiges Ziel der Kommunen ist es, alle online-fähigen Vorgänge im Internet bereitzustellen. Über „Portale“ wird Bürgern und Wirtschaft unkomplizierter Zugang zu allen Informationen und Dienstleistungen ermöglicht. Vorreiter bei dieser Entwicklung sind vor allem die Kreisverwaltungen. Über 99 Prozent der Landkreise in Deutschland präsentieren sich im Internet und stellen mit Hilfe moderner Content-Management-Systeme und elektronischer Formulare Informationen und Dienstleistungen bereit.

Bedeutsame Call-Center

Allerdings kann auch die beste eGovernment-Strategie nicht den direkten, persönlichen Kontakt zwischen Bürger und Behörde ersetzen. Call-Center gewinnen in diesem Zusammenhang immer mehr an Bedeutung.

Am Anfang einer erfolgreichen Umsetzung von eGovernment-Projekten stehen Planung und Konzeption. Bei der Einbindung von Informationstechnologien in die tägliche Arbeit entscheidet die richtige Strategie. Vor allem die behördenübergreifende Zusammenarbeit ist eines der Hauptziele. Ein unkomplizierter und schneller Daten- und

Niederbayerische Landräte-Tagung:

Kommunaler Hilfeschrei

Erwin Huber: Finanzprobleme sind nur über Gemeindefinanzreform zu lösen

Mit großem Interesse erwarteten die niederbayerischen Landräte bei ihrer jüngsten Bezirksverbandsversammlung auf Schloss Neuburg a. Inn im Landkreis Passau die Ausführungen von Staatskanzleichef Erwin Huber zur finanziellen Situation der Kommunen. Zur „Einstimmung“ hatte Passaus Landrat Hanns Dorfner als Bezirksverbandsvorsitzender die desolote Haushaltssituation der Landkreise am Beispiel des Landkreises Passau nochmals in allen Facetten dargestellt.

Für Staatsminister Huber steht indes fest, dass eine große Lösung der Problematik nur über eine umfassende Gemeindefinanzreform möglich ist, die auch der Bundeskanzler bereits angekündigt hat. Allerdings, so Huber, sei der angepeilte Termin 1. Januar 2004 schon verfahrensrechtlich kaum machbar.

Keine Erfolgsaussichten

Eingehend auf den von verschiedenen Bürgermeistern geplanten Rechtsweg gegen die Solidarumlage, war sich Huber sicher, dass es hierfür keine Erfolgsaussichten geben wird, denn der Bund-Länder-Pakt sei bis zum Jahr 2019 für alle Beteiligten festgeschrieben. Zudem könne ein erhöhter Finanzbedarf in den neuen Bundesländern angesichts des katastrophalen Arbeitsmarktes nach wie vor festgestellt werden.

Standards reduzieren

Bayern werde auf jeden Fall versuchen, zur Entlastung der Kommunen beizutragen, wozu der Abbau oder die Reduzierung von Standards, insbesondere bei der Jugend- und Sozialhilfe, gehöre. Es gelte auch darauf zu achten, dass bei der Verzahnung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auch wirklich eine Entlastung für die kommunalen Haushalte herauskomme, sonst hätte dieser Reformansatz keinen Sinn.

Huber konnte mit Blick auf

den Finanzausgleich 2004 als feste Absichtserklärung die Anhebung der Sozialhilfeleistungen an die Bezirke und damit eine Entlastung der Bezirksumlage in Aussicht stellen, die sich wiederum unmittelbar in der Kreisumlagenhöhe niederschlägt. Auch die vom Vorsitzenden Landrat Hanns Dorfner vorgetragene Bitte, die Schlüsselzuweisungen nicht zu kürzen, will der Staatskanzleichef wohlwollend in die Beratungen einbringen.

Unsinniges Sonderkredit-Programm

Als richtigen Adressaten für die Forderungen der Kommunalpolitik nannte Erwin Huber die Berliner Regierung. Diese müsse sofort wieder die Anhebung der Gewerbesteuerabführung von 20 auf 28 Prozent rückgängig machen. Das von Bundeskanzler Schröder vorgeschlagene Sonderkredit-Programm nannte der Staatskanzleichef „unsinnig“, denn in vielen Gemeinden wären die für die Kofinanzierung notwendigen Gelder gar nicht mehr vorhanden.

Geschundene Kommunen

„Wenn die Kommunen die berühmten Letzten sind, die von den sprichwörtlichen Hunden gebissen werden, dann muss dem Bürger klar sein, dass ihn die schlechte Lage der Gemeinden, Kreise und Städte ganz be-

sonders trifft, dass letztlich er es ist, der gebissen wird, weil die Investitionen in Schulen, Krankenhäuser, Sport etc betroffen sind“, warnte Erwin Huber. Der Hilfeschrei der Kommunen dürfe in Berlin nicht länger überhört werden.

Schiienenanbindung

Neben der finanzwirtschaftlichen Thematik stand ein weiterer politischer Dauerbrenner auf der Tagesordnung der Landräte, nämlich die schienenmäßige Anbindung Ostbayerns an den Münchner Flughafen. Sei man bei der Flughafenplanung noch mit einem ostbayerischen Gästeverkehr von etwa 4 % ausgegangen, liegt der Anteil nunmehr bei 10 %, so die Versammlungsteilnehmer. Dies bedeute, dass die Verkehrsanbindung des ostbayerischen Raumes unzureichend ausgelegt worden sei. Im Einzugsbereich des Schienen-Anschlusses aus Richtung Nord/Ost leben rund 2,7 Mio. Einwohner und damit knapp 25 % der bayerischen Bevölkerung.

Keine provinzielle Anbindung

Wenig Verständnis fand dabei die Haltung von Verkehrsminister Otto Wiesheu, der dieses infrastrukturelle Problem über eine S-Bahnschleife lösen möchte. Darin sehen die Landräte lediglich die Fortsetzung der bisherigen provinziellen Anbindung, d.h. statt wie bisher mit dem Bus auf der Straße, soll es dann über ein Umsteigen auf dem Schienenbus weitergehen.

Auf einen bisher offensichtlichen viel zu wenig gewichteten Aspekt wiesen dabei die Landräte hin, nämlich auf das hohe Pendleraufkommen zum Flughafen. Nicht alleine an die Ur-



Der niederbayerische Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger, Landrat Hanns Dorfner und Staatsminister Erwin Huber.

laubsreisenden sei zu denken, sondern bei derzeit etwa 20.000 Beschäftigten am Flughafen und einer deutlichen Steigerung der Arbeitnehmerzahlen nach Eröffnung des 2. Terminals, sei ein großer Anteil aus dem ostbayerischen Raum mit dem Auto auf der stark belasteten A 92 unterwegs. Nach der EU-Osterweiterung müsse mit einer dramatischen Steigerung des Verkehrsaufkommens gerechnet werden. Auch für Geschäftsreisende sei die derzeitige Anbindung mit der busmäßigen Weiterfahrt ab Freising nicht mehr akzeptabel.

In diesem Zusammenhang wurde von den Landräten zwar die Errichtung einer Transrapid-

strecke vom Flughafen nach München grundsätzlich begrüßt, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, dass für die Landeshauptstadt eine teure Optimallösung kommen soll, während die Bahnbindung über die sog. Marzlinger Spange ohnedies nur eine überfällige Minimallösung darstellt. Einhellig wurde daher die Forderung an Otto Wiesheu formuliert, dieser Erschließungsvariante im Raumordnungsverfahren näher zu treten und sich für deren Realisierung stark zu machen.

Niederbayern wird abgestraft

Auf völliges Unverständnis

stieß bei den Landräten indes die Entscheidung des Bundesverkehrsministeriums, die Autobahn A 94 aus der höchsten Dringlichkeitsstufe herauszunehmen - eine Entscheidung, die im übrigen auch für den Ausbau der B 15 gilt. „Einmal mehr“, so Rottals Landrätin Bruni Mayer, „hat man den Eindruck, dass die Region Niederbayern abgestraft werden soll.“ Überparteilich hätten sich alle politischen Mandatsträger für den Weiterbau eingesetzt, die Berliner Entscheidung sei völlig überraschend und unerklärlich. Auf jeden Fall werde man sich in Berlin zu Wort melden, um möglicherweise noch ein Umdenken zu erreichen. **DK**

Bayerischer Gemeindetag/Bezirksversammlung Niederbayern:

Gemeinsamer Kampf gegen Finanzmisere

Niederbayerns Bürgermeister gehen in die Offensive: Angebots der kommunalen Finanzprobleme wollen sie die Politiker in München und Berlin zum Handeln drängen. Bei der Versammlung des niederbayerischen Gemeindetags in Abensberg, Landkreis Kelheim, meinte Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl: „Wir müssen Nägel mit Köpfen machen. Welchen ich jetzt treffe, ist mir egal.“

Animiert von der Aktion des Fürstensteiner Bürgermeisters Stephan Gawlik (siehe Kasten), forderte Brandl vor 200 Gemeindeführern die Notwendigkeit von Investitionshilfen und Entlastungen aus der Gewerbesteuer. Brandl sprach sich gegen weitere Zahlungen für den Aufbau Ost aus. Mit Blick auf die Bayerische Staatsregierung forderte er u.a. den Abbau von bürokratischen Hürden sowie Änderungen in Sachen Abwasser und bei der Finanzierung der Kinderbetreuung.

Brandl appellierte an eine kooperative Zusammenarbeit mit der Landes- und Bundespolitik,

wenngleich er auch immer wieder deutlich machte: „An der kommunalen Front wird verlangt, mit den Menschen ehrlich umzugehen. Auf der Bundesebene ist das nicht so.“

Zehn Forderungen

Der Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Jürgen Busse, zeigte die Gründe für die kommunale Notlage auf: Zum einen gehe die Gewerbesteuer zurück, zum anderen stiegen die Kosten im Sozialbereich stetig. In den nächsten Jahren wachse der Unterschied zwischen Einnahmen und Aus-

gaben weiter an, die Finanzlage bleibe desolat.

An die Bayerische Staatsregierung gerichtet stellte Busse zehn Forderungen auf: 1. Erhöhung der Schlüsselzuweisungsmasse, 2. Soforthilfeprogramm für bedürftige Gemeinden, 3. Umsetzung des Konnexitätsprinzips und des Konsultationsverfahrens, 4. Beachtung der Grundsätze der Konnexität im Jahr 2003, 5. Lastenverschiebungen des Staates auf die Kommunen, 6. Abbau von Standards, 7. Schutz der bayerischen Kommunen vor Belastungen durch Bundesgesetze, 8. Forderungen im Umweltbereich (Hochwasserschutz, Abwasserbeseitigung, Altdeponien, Klärschlammbehandlung), 9. Erleichterungen im Vergabewesen, 10. Unterstützung der an die Bundesregierung gerichteten Resolution. **DK**

Deutscher Patriot mit ...

(Fortsetzung von Seite 1) folgte“. Weit über die Grenzen Deutschlands hinaus habe dieses Wirken prägenden Einfluss auf die europäische und internationale Völkergemeinschaft erlangt. In diesem Sinne arbeiteten auch die politischen Stiftungen, zu deren Notwendigkeit und Bedeutung sich Professor Herzog stets bekannt habe.

Standfeste Überzeugungen

Klare Worte und standfeste Überzeugungen, die sich über alle Parteigrenzen hinweg am notwendig Machbaren orientieren, zeichnen auch den Laudator der Preisverleihung, Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt, aus. Der Ex-Regierungschef nannte Herzog ein „würdiges Glied in der würdigen Reihe der bislang acht Bundespräsidenten“. Er sei nie glamourös geworden, sondern stets bodenständig geblieben. Gleichzeitig sei er aber mutig in seinem Denken und unabhängig. Bodenständigkeit und Realismus hinderten ihn nicht, in die Zukunft zu denken. Schmidt: „Dieser Bundespräsident war kein Visionär im Sinne von Utopismus, sondern er verkörperte die Synthese zwischen einem Idealisten und einem nüchternen Analytiker und einem zupackenden Pragmatiker. In Roman Herzogs Person verbanden sich praktische Vernunft und moralische Stringenz.“ Er sei ein Mann des Rechtes und der Toleranz. Vielen Bürgern habe er Orientierung und Führung gegeben. Sein Amt als Bundespräsident habe Herzog „tadellos“ ausgeübt.

Die wichtigste Rede Herzogs sei jene am 26. April 1997 in Berlin gewesen, fuhr Schmidt fort. In dieser Rede habe der Bundespräsident eine grundlegende Analyse der tatsächlichen Erstarrung von Gesellschaft und Wirtschaft gegeben und die überhand nehmende negative deutsche Grundstimmung, die seither noch zugenommen habe, gegeißelt. Zudem habe Herzog ein nahezu vollständiges Programm für die notwendige Erneuerung vorgelegt. Es sei eine Schande, so Schmidt, dass die Verantwortlichen seine Kritik nicht hätten hören wollen. Roman Herzog habe damals recht gehabt und er habe es angesichts der desolaten Wirtschaftslage noch heute.

Vier deutsche Lebenslügen

Auch Ministerpräsident Edmund Stoiber ging auf den später als „Ruck-Rede“ berühmten Vortrag ein, in dem er sich mit den „vier deutschen Lebenslügen“ auseinandersetzte. Die Bundesregierung, so Stoiber, verdränge die hausgemachten Ursachen der Krise. Zudem habe sie ein falsches Verständnis von „sozialer Gerechtigkeit“ zu Lasten der Arbeitslosen. Die ideologische Fixierung auf den Gegensatz von Kapital und Arbeit sei ebenso grundfalsch wie die mentale Verleugnung des globalen Wettbewerbs. Deutschland habe den Sprung von der Nationalökonomie in die Globalökonomie noch nicht geschafft. Nur mit international wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen könne der nationale

Sozialstaat erhalten werden.

In diesem Zusammenhang verwies Stoiber auf seinen vor kurzem vorgelegten „Sanierungsplan für Deutschland“, der die Kräfte von Markt und Wettbewerb entfesseln, die Anreize zu Leistung und Eigeninitiative stärken und den Missbrauch der gesellschaftlichen Solidarität verhindern soll. Vor allem aber benötige Deutschland nunmehr rasch wieder mehr Investitionen im Inland und weniger Abwanderung von Investitionen ins Ausland. Das allein schaffe Arbeitsplätze.

Roman Herzog bezeichnete Stoiber als einen „Pionier des politischen Bewusstseins in Deutschland“. Mut und Entschlossenheit für Deutschland sei sein Anliegen. Er beglückwünschte und dankte einem „deutschen Patrioten mit bayerischem Herzen“.

Zusammenarbeit angesichts der Krise

Roman Herzog, der in seiner Dankesrede angesichts der Krise eine Zusammenarbeit aller politischen Entscheidungsträger anmahnte, ist der fünfte Träger des Franz-Josef-Strauß-Preises. Der 1934 in Landshut geborene Jurist bekleidete das Amt des Bundespräsidenten von 1994 bis 1999. Zuvor war er Professor für Staatsrecht in Berlin und Speyer sowie Kultus- bzw. Innenminister in Baden-Württemberg. 1983 ging Herzog an das Bundesverfassungsgericht, dessen Präsident er sieben Jahre lang, bis 1994, war. **DK**

Ungerechter Abgaben- und Umlagenwahnsinn

Gemeinden wollen keine Solidarumlage mehr bezahlen

Aufgrund der leeren Haushaltskassen wollen Gemeinden aus dem Landkreis Passau nicht mehr die sogenannte Solidarumlage für den Aufbau Ost zahlen. Der Initiator der Aktion, Bürgermeister Stephan Gawlik aus Fürstenstein, will damit etwas gegen den „ungerechten Abgaben- und Umlagenwahnsinn von Bund und Land“ unternehmen. Dass es so nicht weitergehen kann, bestätigt auch sein Amtskollege aus der Gemeinde Huthurm, Hermann Baumann. Gemeinsam mit anderen Kommunen wollen die beiden CSU-Politiker gegen die Zahlungsbescheide für die diesjährige Solidarumlage vorgehen.

„Falls unser Widerspruch abgelehnt wird, ziehen wir vor Gericht“, kündigt Gawlik an. Dabei geht er davon aus, dass der Einspruch in den nächsten Wochen zurückgewiesen wird. Danach werde die Gemeinde mit ihren 3500 Einwohnern notfalls durch alle Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht gehen. Die Kreis- und Gewerbesteuerumlage will das Gemeindeoberhaupt ebenfalls anfechten. „Es muss endlich aufhören, dass

die Kommunen geschröpft werden“, meint Gawlik. Seine Gemeinde müsse heuer mehr als 300.000 Euro an Krediten aufnehmen, um Schulden zu bezahlen. In dieser Finanzlage könne die Gemeinde nicht auch noch die geforderten 135.000 € für die deutsche Einheit aufbringen.

Ähnlich prekär ist die Lage in der 5800 Einwohner zählenden Gemeinde Huthurm. Wegen des Haushaltslochs wurde bereits der Jungendtreff geschlossen. Hausaufgabenbetreuung könne nur noch gegen Gebühr angeboten werden, erklärt Bürgermeister Hermann Baumann. Auch die Beiträge für die Kindergartenplätze müssten erhöht werden. Mittlerweile haben mehrere andere Bürgermeister angekündigt, sich an dem Protest beteiligen zu wollen. Der Passauer Kreisverband des Bayerischen Gemeindetags hat bereits eine Erklärung dazu verabschiedet. Zur Solidarumlage heißt es darin: „Das Prinzip, dass ein Helfer nicht schlechter gestellt werden kann als derjenige, dem die Hilfe gewährt wird, ist anzuwenden!“ **DK**

Bayerischer Städtetag/Bezirksversammlung Schwaben:

Düsteres Szenario

Ein düsteres Szenario zeichnete der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, bei der Frühjahrstagung der Bezirksversammlung Schwaben in Immenstadt. Er wies darauf hin, dass sich die Lage in diesem Jahr noch weiter dramatisch zuspitzen werde. Bereits jetzt seien viele Städte praktisch nicht mehr handlungsfähig. Im vergangenen Jahr habe das Gesamtdefizit der kommunalen Haushalte im Bundesgebiet 6,7 Milliarden Euro betragen. Dies ist gegenüber dem Jahr 2001 ein Anstieg um 2,7 Milliarden Euro. Für das 2003 werde ein Rekorddefizit von 9,9 Milliarden Euro erwartet.

Auch für Bayern sei ein ähnlicher Trend prognostiziert worden. 2002 betrug das Finanzierungsdefizit der bayerischen Städte und Gemeinden 1,3 Millionen Euro. Ein Drittel der Mitglieder des Bayerischen Städtetags habe erhebliche Schwierigkeiten mit den Rechtsaufsichtsbehörden bei der Genehmigung der Haushaltspläne. Als Ursache nannte Deimer vor allem den dramatischen Niedergang der Gewerbesteuer, deren bundesweites Aufkommen vom Jahr 2000 mit rund 27 Milliarden Euro auf 23,2 Milliarden Euro im Jahr 2002 gesunken ist. Die bayerischen Städte mussten einen Gewerbesteuerverlust von 313 Millionen Euro netto im vergangenen Jahr verkräften.

Gewerbesteuer-Einbruch

Die Gründe für den Einbruch der Gewerbesteuer sind für den Städtetagsvorsitzenden nur zu einem geringen Teil der nachlassenden Konjunktur anzulasten. Seiner Auffassung nach ist vielmehr die Steuergesetzgebung der vergangenen zehn Jahre die Hauptsache. Seit dem werde die Gewerbesteuer durch die laufende Anhebung der Freibeträge, die Streichung der

Gewerbekapitalsteuer und vor allem durch die zahlreichen Steuervermeidungstatbestände systematisch demontiert. Darüber hinaus habe der Bundesgesetzgeber durch die Erhöhung der Gewerbesteuer-Umlage zum 1. Januar 2001 massiv den Städten in die Kassen gegriffen. Mit verantwortlich für den drastischen Niedergang der kommunalen Finanzen seien auch die ständig steigenden Sozialausgaben. Besonders zu schaffen machen den Kommunen die Kosten in der Sozialhilfe und der Jugendhilfe, die 2002 wieder um fünf Prozent bundesweit zugenommen haben.

Betriebssteuer-Modell

Um diese Entwicklung aufzuhalten, hat der Bayerische Städtetag laut Deimer ein Modell einer kommunalen Betriebssteuer vorgelegt. Kernpunkt dieses Vorschlages ist es, die tatsächliche Wertschöpfung vor Ort zu besteuern. Um dies zu erreichen, sollte die sogenannte gewerbesteuerliche Organschaft - also das Verrechnen von Gewinnen und Verlusten innerhalb der Konzerne - aufgehoben werden. Ebenso sehe das Modell vor, die Verlustvorträge ei-

nes Unternehmens nach Höhe und Zeit zu begrenzen. Mit in die Steuer einbezogen werden sollten die vertragsunabhängigen Bestandteile wie Mieten, Zinsen und Leasingraten. Nur dann wäre gewährleistet, dass sich die großen verzweigten Unternehmen nicht mehr wie bisher legal ihrer Steuerpflicht entziehen könnten.

Freiberufler heranziehen

Da die freien Berufe die kommunale Infrastruktur ebenso in Anspruch nehmen, soll nach dem Städtetagsmodell auch diese Gruppe zur kommunalen Betriebssteuer herangezogen werden. Deimer wies darauf hin, dass die Freiberufler die Betriebssteuer bei der Einkommensteuer absetzen könnten, so dass sie in der Regel unter dem Strich kaum belastet würden. Insgesamt rechne der Städtetag,

dass die bisherige Belastung durch die Gewerbesteuer von ca. 16 Prozent durch die vorgeschlagenen Maßnahmen unter 10 Prozent sinken würde.

Widerstände befürchtet

Memmingens Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger befürchtete, dass das kommunale Betriebssteuermodell des Städtetags auf große politische Widerstände stoßen wird. Von der Wirtschaft werde Druck ausgeübt, die ertragsunabhängigen Elemente aus dem Modell herauszunehmen. Dies hätte allerdings zur Folge, dass die Gewerbesteuer für die Kommunen zu einer unberechenbaren Größe werde.

In der Diskussion zeigte sich auch, dass die Problematik, in der sich die Kommunen derzeit befinden, bei den Bürgern offenbar noch nicht angekommen ist. Eine Reihe der Bürgermeister wies darauf hin, dass es große Probleme bereite, in der Öffentlichkeit klar zu machen, dass die kommunalen Kassen leer sind. **DK**



Mit bester Laune und viel Elan starten die KULTURmobil-Verantwortlichen in die diesjährige Theatersaison. Von links nach rechts, 1. Reihe: Michael Bauer (Musik), Maria Bruckbauer (Touneorganisation und Öffentlichkeitsarbeit), Bezirksstagspräsident Manfred Hölzlein, Frieder Kahlert (Maskentheater) 2. Reihe: Stefan Knoll (Maskentheater), Johannes Schmid (Regie: Musiktheater), Veronika Keglmaier (Projektleitung), Bezirksheimatpfleger Maximilian Seefelder. Foto: Harry Zdera

KULTURmobil 2003:

Vorbereitungen laufen auf Hochtouren

Das Team steht, die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Bereits zum sechsten Mal rollt KULTURmobil, das fahrende Theater des Bezirks Niederbayern, in diesem Sommer vom 21. Juni bis 5. September durch ganz Niederbayern. Die Nachfrage nach diesem Angebot, mit dem der Bezirk Niederbayern professionelles Theater auf Dorf- und Marktplätze bringt, ist groß - innerhalb nur weniger Wochen waren alle 30 Gastspieltermine ausgebucht.

Im Reisegepäck eine Neuheit: nachmittags Maskentheater für Kinder und Erwachsene mit THEATER MASKARA von und mit Frieder Kahlert. Der Maskenspieler aus Ortenburg entwirft und fertigt seine Masken alle selbst. Zusammen mit Stefan Knoll spielt er „Das Eselein“ nach einem Märchen der Brüder Grimm. Die Regie hat Ulrike Möckel.

Das Stück erzählt die Geschichte eines jungen Prinzen in Eselsgestalt, der durch Musik und Liebe seine Menschengestalt findet. Abends steht dann ein Meisterwerk des spanischen Barocktheaters auf dem Programm:

Don Gil von den grünen Hosen von Tirso de Molina. Regisseur Johannes Schmid macht daraus ein Musiktheater, das sich am deutschen Filmmusical der späten 1950er Jahre orientiert.

Neben den sieben Schauspielern werden auch die drei Musiker ins Spielgeschehen mit einbezogen. Premiere ist am 21. Juni in der Gemeinde Lindberg im Landkreis Regen. Dann heißt es wieder: „Platz frei für KULTURmobil. Beste Unterhaltung für Jung und Alt, umsonst und draußen.“

Unter www.kulturmobil.de können bereits jetzt alle Gastspielorte eingesehen werden. **z**

Zehn Jahre REGSAM:

Soziales Netz für München

REGSAM, Regionalisierung Sozialer Arbeit in München, ist ein Projekt der Landeshauptstadt München, unterstützt von den Wohlfahrtsverbänden. REGSAM koordiniert in 16 Münchner Regionen die Angebote aller sozialen, schulischen und gesundheitlichen Einrichtungen. Somit können Einrichtungen den Bürgerinnen und Bürgern in jeder Lebenslage schnell und effektiv helfen. Das Projekt gibt es seit zehn Jahren.

REGSAM sorgt für optimale Ressourcenausnutzung in der Region. Die Moderatoren halten Kontakt zu 150 bis 300 Einrichtungen und schaffen Transparenz von den Angeboten der Pfadfinder bis hin zur Arztpraxis. Kooperationspartner sind zum Beispiel der Mieterladen einer Wohnanlage, die Erziehungsberatung, die Schule, der Bezirksausschuss oder die Pfarrei. Sie werden vernetzt, wenn es um die Suche nach Plätzen für Sprachkurse, Mittagsbetreuung, Angebote für bürgerschaftliches Engagement oder um die Suche nach Räumen oder Lautsprechern geht. Hier hilft der REGSAM-Ressourcenpool.

Bürger-Information

Mit Hilfe der sozialen Stadtteilführer, herausgegeben von REGSAM, kann sich der Bürger über alle sozialen Einrichtungen informieren. REGSAM organisiert außerdem Sozialmessen in den Stadtvierteln, bei denen Bürgerinnen und Bürger Initiativen, Vereine und Einrichtungen kennenlernen können. Erfolgreich waren zum Beispiel die Gesundheitstage in Hadern, bei denen 24 Einrichtungen dabei waren.

Heute gibt es in 16 Münchner Regionen eine REGSAM-Struktur. Insgesamt sind 28 Moderato-

ren und Moderatorinnen im Einsatz. Finanziert wird REGSAM vom Sozialreferat. Je nach Größe der Region bekommt eine Region derzeit zwischen 37.000 Euro und 81.000 Euro im Jahr. In diesem Jahr fehlen 250.000 Euro für alle 16 Regionen, ab 2004 wird der Ansatz insgesamt auf 500.000 Euro reduziert.

REGSAM-Moderatoren

Die REGSAM-Moderatoren werden für drei Jahre von den sozialen Einrichtungen der Region gewählt. Die Zeitkapazität eines Moderators beträgt je nach Größe zwischen neun und 19,5 Stunden in der Woche. Die meisten Moderatoren sind Sozialpädagogen und arbeiten neben REGSAM auch in einer sozialen Einrichtung.

Um den Überblick über die soziale Arbeit im Stadtviertel zu haben, laden sie zu unterschiedlichen Gremien ein: zum Beispiel in die Facharbeitskreise „Alte Menschen“ und „Kinder und Jugendliche“. Wichtige Partner sind auch die Bezirksausschüsse sowie die regionalen Verwaltungsstrukturen in den Sozialbürgerhäusern oder den Außenstellen der Fachstelle soziale Dienste (FSD/ASD). **z**

Resolution zur Finanzlage der Kommunen

Die Oberbürgermeister und Bürgermeister des Bezirks Schwaben im Bayerischen Städtetag unter Vorsitz des Immenstädter Stadtoberrhaupts Gerd Bischoff appellieren an Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat, umgehend dafür zu sorgen, dass Städte und Gemeinden vor dem finanziellen Absturz bewahrt werden. Sie nehmen den Bundeskanzler beim Wort, die Gemeindefinanzreform am 1. 1. 2004 mit dem Ziel umzusetzen, die Gewerbesteuer zu erneuern, um die Einnahmen zu verstetigen und den Gemeinden mehr Eigenverantwortung zu geben.

Die schwäbischen Oberbürgermeister und Bürgermeister erwarten, dass dabei der Vorschlag einer kommunalen Betriebssteuer verwirklicht wird. Von der bayerischen Staatsregierung erwarten die Kommunalpolitiker, dass der kommunale Finanzausgleich angesichts der schwersten Finanzkrise der Kommunen seit Bestehen der Bundesregierung massiv verbessert wird. Wenn es nicht gelingt, die finanzielle Grundausstattung der kommunalen Familie zu verstärken, werden insbesondere Gemeinden und Städte ihren Verpflichtungen zur Sicherstellung der kommunalen Daseinsvorsorge nicht mehr nachkommen können. Außerdem wird der Verfall der kommunalen Investitionen mit unübersehbaren Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Landes fortschreiten.

gen, Versteigerungen, rücksichtsloser Umgang mit jahrhundertalten Traditionen setzten im Herbst 1802 ein, andererseits eine Phase, in der neue, bis heute fortdauernde Strukturen, auch neue Einrichtungen geschaffen wurden, so der Bezirksheimatpfleger.

Der letzte Fürstbischof wurde von Zeitgenossen als schwach eingestuft. Laut Dr. Dippold charakterisierte ein bayerischer Charakter den Fürstbischof im Herbst 1802 so: „Der Fürst nahe an 79 Jahren, beinahe ohne Gedächtnis, regiert nur durch Eigensinn, in gewissen Fällen fast ganz unter dem Einfluss des geheimen Referendärs, und einiger - mehr unbekannt wirkender Menschen, die ihn mißbrauchen, wenigstens benutzen.“

Daten zum Bamberger Staat

Dieser Bamberger Staat, das Hochstiftsgebiet, umfasste gegen Ende des 18. Jahrhunderts etwa 55 Quadratmeilen. Die Einwohnerzahl betrug zwischen 150.000 und 195.000 Seelen, wovon allein 15.000 in Bamberg wohnten. Der Bamberger Staat war ein Ackerstaat und die im landwirtschaftlichen Bereich tätige Bevölkerung hatte einen großen Anteil. Jährlich wurden bis zu 2000 Zentner Kleesamen exportiert, dazu Obst und Dörrobst, insbesondere Zwetschgen und Getreide. Mit Holland wurde Holzhandel betrieben; die Gärtnerei und Obstbaumhandel erstreckten sich ebenfalls bis ins Ausland. Die Staatsschulden beliefen sich auf 3.155.703 fränkischen Gulden. In seinem rechtsmainischen Teil reichte

dieser weltliche Bamberger Staat in das Bistum Würzburg. Jenseits der Landesgrenze im Osten lagen in der Oberpfalz 13 bambergische Pfarreien.

Das Hochstift umfasste 1802 drei „Hauptstädte“ - die Residenzstadt Bamberg mit den Landesfestungen Forchheim und Kronach. Dazu kamen 16 Municipalstädte, 23 Marktstellen, 179 große Dörfer mit mehr als 30 Wohnhäusern, 325 mittlere Dörfer zwischen zehn bis 30 Wohnhäusern, 211 kleine Dörfer, 170 einzelne Häuser und Höfe und 64 Rittersitze. Im Bereich des Hochstifts gab es 310 Kirchen und Kapellen, 381 Geistliche Gebäude und 345 herrschaftliche Bauten. Die untere Verwaltung wurde von 133 Vogteien-, Steuer-, Kasten- und Zentämtern getragen.

Fürstbischof an der Spitze

An der Spitze dieses weltlichen und geistlichen Staates stand der Fürstbischof. In der Einheit von Thron und Altar regierte er als Fürst sein staatliches Territorium und leitete zugleich als Hirte die Kirche eines Bistums. Ein adeliges Domkapitel mit 17 Kanonikern hatte die Kompetenz eines Leitungsorgans des Bistums im Fall der Vakanz und eines Wahlgremiums für den künftigen Bischof.

Das Hochstift Bamberg - es bestand fast 800 Jahre - wurde an das Kurfürstentum Bayern in einem Vertrag mit Frankreich, am 1. September 1802, als Entschädigung für den Verlust seiner linksrheinischen Gebietsverluste gegeben. Auch das damalige Rußland wirkte bei dieser staatlichen „Flurbereinigung“ mit. **z**

Kulturkreis Ebermannstadt:

Vom geistlichen Staat zur bayerischen Provinz

Vor 200 Jahren starb der Bamberger Staat

Ebermannstadt (fpo) - Vor 200 Jahren besiegelte die Säkularisation das Ende der letzten noch verbliebenen geistlichen Territorien in Deutschland. Bereits einige Jahrhunderte früher säkularisierte die Reformation die meisten mittel- und norddeutschen geistlichen Staaten. Durch den Reichsdeputationshauptschluss 1803 fielen die Kurfürstentümer Köln, Trier, Mainz, das Fürstbistum Salzburg, das Hochstift Bamberg und weitere 17 Bistümer, etwa 80 Abteien und über 200 Klöster der Säkularisation zum Opfer.

Der Bamberger geistliche Staat wurde von Bayern einverleibt und ein besonderes Kapitel fränkischer Geschichte abgeschlossen. Das „Jubiläum“ der Säkularisation war das jüngste Thema des Kulturkreises Ebermannstadt. Vorsitzender Dr. Hans Weisel konnte dazu als kompetenten Referenten Dr. Günter Dippold, Lichtenfels, begrüßen. Außerdem dominierten in dem vollen Resengörgsaal die in Ebermannstadt zahlreich präsenten Lehrer der drei Schulgattungen Volksschule, Realschule und Gymnasium.

Bezirksheimatpfleger Dr. Dippold entpuppte sich als sachkundiger sowie wortgewaltiger Referent zu dem Thema: „Vom geistlichen Staat zur bayerischen Provinz - die Säkularisation des Hochstifts Bamberg.“

Ungewöhnlicher Eintrag

Der Redner zitierte eingangs den Pfarrer Nikolaus Nieser aus Burgkunstadt, der in seiner Sterbematrikel der Liste der Verstorbenen aus seinem Pfarrsprengel einen ungewöhnlichen Eintrag hinzufügte: „Am 23. November 1802 starb, vom Schlagfluss gerührt, nach einjährigem Totenkampf, das Fürstbistum Bamberg unter seinem Fürstbischof Christoph Franz von Buseck. Totengräber war der bayerische Ge-

sandte von Ausbeck. Das gleiche Los erlitten alle Deutschen, die von der Mitra gekrönt sind - allein der Mainzer ausgenommen, dem man erlaubte, weiter dahinzusehen. Sic transit gloria mundi. - So vergeht der Ruhm der Welt.“

Sic transit gloria mundi

Einige Daten: Am 1. September 1802 marschierten bayerische Truppen ins Hochstift Bamberg ein, um das Gebiet für Bayern zu sichern und am 22. November 1802 ernannte der Kurfürst von Bayern einen Generalkommissar für die neuen Provinzen in Franken. Die förmliche Inbesitznahme vom Hochstift Bamberg durch Bayern erfolgte am 28. September, indem man das kurfürstliche Wappen an den Toren der Residenz anschlug und am 29. November 1802 legte der letzte Fürstbischof Christoph Franz von Buseck seine weltliche Herrschaft nieder und entband seine Beamten von dem ihm geleisteten Treueid.

Der Untergang des Hochstifts war nur der Auftakt zu weiteren Umwälzungen, berichtete Dr. Dippold: dem Ende der Prälatenklöster und der Stifte, der Aufhebung der Universität Bamberg, dem Abbruch vermeintlich überflüssiger Kirchen. Verstaatlichun-

Direktion für Ländliche Entwicklung bilanziert Jahresarbeit 2002:

Bürgerplanungen und Hochwasser-Schutz im Mittelpunkt

Regensburg. Als Jahr der Bürgerkultur und der regionalen Landentwicklung sowie als Jahr der Unwetterschäden und des vorbeugenden Hochwasserschutzes bezeichnete Peter Czommer, der Präsident der Direktion für Ländliche Entwicklung Regensburg (DLE) im Jahrespressegespräch aus Sicht seiner Behörde das abgelaufene Jahr. Damit sind zugleich die Schwerpunkte und Haupttätigkeiten dieser Einrichtung umschrieben.

Das ist aber nicht alles. Im Jahr 2002 gab es für zwei von der DLE betreute Natur- und Umweltschutzprojekte in Kulz (Kulzer Moos, Lkr. Schwandorf) und Buch (Lkr. Kelheim) Staatspreise für den integrativen Planungsansatz und die Umsetzung ökologischer Ziele ohne Beeinträchtigung der Interessen weiterer Landnutzer.

Planungshoheit

„Bürgerplanungen mit der Entwicklung von Leitbildern waren auch im Jahr 2002 ein wichtiger Aspekt“, betont Präsident Peter Czommer, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Ökologie und Unterstützung der Kommunen durch Flächenmanagement gelegt wird, aber auch der Ausbau der Infrastruktur und der regionalen Landentwicklung nicht außer Acht gelassen wird. „Dies sind in der Regel Projekte, die bei der Bevölkerung gut ankommen und den Gemeinden die Planungshoheit lassen“, beschreibt der DLE-Präsident.

In 49 Gemeinden wurden nach dem Muster der dialogorientierten integrativen Bürgerplanungen 60 Verfahren mit 9.650 Hektar und 5.100 Eigentümern abgeschlossen. Vielfach wird der Synergieeffekt von parallel laufenden Agenda 21-Prozessen genutzt und Dorf-erneuerungsverfahren in diese

Entwicklungen einbezogen. Leitbilder werden in vielen Dörfern im Raum der DLE erarbeitet.

Schwerpunkte

Die Unwetter und Hochwasser im vergangenen Jahr veranlassen die DLE, hier stärker tätig zu werden bzw. die zuvor geleisteten Aktivitäten hervorzuheben. Der vorbeugende Hochwasserschutz gestaltet sich vor allem durch Erhalt und Neuanlage von Grünland und Wald, durch die Anlage dezentraler Erdbecken und Mulden, die Entsiegelung von Flächen, Moorrenaturierung zur Steigerung der Wasseraufnahme, naturnahe Gestaltung von Gewässern zur Bremsung der Abflussgeschwindigkeit, Schaffung von Uferschutzstreifen zur Versickerung, Bau von Rückhaltebecken, Schaffung von Retentionsflächen, Einsatz neuer Baumethoden (z.B. Grünstreifen statt Wegseitengräben), Neueinteilung der Flur (hangparallele Bewirtschaftung) sowie Flächenankauf, -bevorratung und -bereitstellung (= Bodenmanagement).

In Kooperation mit Wasserwirtschaftsämtern, der Fachhochschule Regensburg, Landratsämtern und Landschaftspflegeverbänden wurden rund 18 km bzw. 24 Hektar Uferschutzstreifen bereitgestellt, etwa

22 km Gewässer pro Jahr naturnah ausgebaut, Rückhaltungen mit einer Gesamtfläche von ca. drei Hektar pro Jahr angelegt und damit in den Wasserbau in der Ländlichen Entwicklung von 1996 bis 2002 insgesamt 4,273 Mio Euro (2,629 Mio. Euro Zuschüsse) investiert.

Neue Maßnahmen

„Durch dezentrale Rückhaltebecken mit einer unheimlich guten Wirkung haben wir einen wichtigen Beitrag zum vorbeugenden Hochwasserschutz geleistet“, schildert Peter Czommer und hebt die Kooperation mit der Wasserwirtschaft hervor, zumal sich herausgestellt hat, dass die Kombination von Rückhaltung in der Fläche und technischem Hochwasserschutz sehr wirkungsvoll ist. Bei Flurneuordnungen werden solche Aktionen bei Bedarf einbezogen.

Neben den schon länger laufenden Projekten Jura 2000, AOVE, Oberpfälzer Seenland und Aktionsbündnis Künisches Gebirge sind 2002 mit dem Aktionsbündnis am Cerchov (Schwarzkopf) und der regionalen Landesentwicklung Regensburg zwei neue Maßnahmen

Marktgemeinderat Stammbach:

Resolution zu Gemeindefinanzen

1. Bürgermeister Karl Philipp Ehrler schreibt an den Bundeskanzler

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, in der Sitzung des Marktgemeinderates vom 19. März 2003 wurde mit großer Mehrheit folgende Resolution beschlossen: 'Der Marktgemeinderat Stammbach fordert aufgrund der katastrophalen Entwicklung der Haushaltssituation des Marktes Stammbach im Jahr 2003 die Bundesregierung auf, eine Senkung der Gewerbesteuerumlage auf den Stand von Ende des Jahres 2000 zu veranlassen, die Beteiligung der Kommunen an der Flutopferhilfe zurückzuführen und das Konnexitätsprinzip auf Bundesebene einzuführen.'“

Die Resolution ist wie folgt begründet:

Gewerbesteuerumlage

Der Bundesrat hat in Kenntnis der Haushaltssituation der Kommunen im Bundestag einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Gewerbesteuerumlage zu Gunsten der Kommunen ab 01.01.2003 wieder auf den Stand von Ende 2000 zurückführen sollte. Dieser Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen der Regierungsmehrheit im Deutschen Bundestag am 13.02.2003 abgelehnt. Hintergrund des Gesetzentwurfes war eine Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuerumlage an den Bund von 15,51 Prozentpunkten im Jahr 2000 auf 26,89 Punkte im Jahr 2003.

Für den Markt Stammbach wirkt sich die Erhöhung der Umlage wie folgt aus: Im Jahr 2003 fehlen dem Markt 23.250 Euro an Gewerbesteuererträgen, im Jahr 2002 waren dies 17.323 Euro und im Jahr 2001 5.370 Euro. Insgesamt ergibt sich eine Summe von 45.943 Euro als Fehlbetrag.

Flutopfersolidaritätsgesetz

Der Markt Stammbach zahlt 23.176 Euro für die Bewältigung der Flutschäden. Da nun bekannt geworden ist, dass die Flutschäden geringer ausgefallen sind als angenommen, fordern wir unseren Anteil zurück. Wir brauchen keine neuen Förderprogramme, wie von Regierungskreisen angedacht, sondern wir brauchen unser Geld wieder, damit wir die nötigen Eigenmittel für bestehende Förderprogramme leisten können. So hat der Freistaat Bayern die

hinzugekommen. Beim Aktionsbündnis am Cerchov handelt es sich um eine grenzüberschreitende Regionalentwicklung 15 tschechischer Gemeinden der Mikroregion Chodska Liga und sechs oberpfälzischer Kommunen um Waldmünchen.

Die regionale Landentwicklung Regensburg beinhaltet die Erarbeitung eines vom Verband für Ländliche Entwicklung finanzierten Strategiegutachtens für den Landkreis Regensburg. Ergänzt wird dies durch Teilraumgutachten der Stadt Regensburg, die von der Landesplanung der Regierung der Oberpfalz finanziert werden. Ziel ist eine bessere Verzahnung von Stadt und Umland.

Kommunale Allianz um die Stadt Amberg

Ähnliches, jedoch aus ganz anderen Motiven, ist mit der kommunalen Allianz zwischen der Stadt Amberg, der Gemeinde Kümmerbruck, der Stadt Hirschau und der Gemeinde Freudenberg beabsichtigt. „Diese Kommunen sind mit der Bitte um Unterstützung beim vorbeugenden Hochwasserschutz an uns herangetreten. Zusammen mit dem Wasserwirtschaftsamt Amberg werden wir eine kommunale Allianz dieser vier Gemeinden machen“, blickt Czommer auf diese bevorstehende Maßnahme.

Nach Erfahrung der Wasser-



Maßnahmen des Hochwasserschutzes waren angesichts der Unwetter- und Hochwasserkatastrophen im Jahr 2002 ein Schwerpunkt der Direktion für Ländliche Entwicklung.

Text und Bild: Markus Bauer

wirtschaftsämter wirken sich solche Vorhaben vor allem auf Fläche und Grundeigentum aus. Daher bringt die DLE ihre Erfahrung bei Fragen der Bodenordnung ein, wobei eine möglichst eigentümergefreundliche Bereitstellung der Flächen erreicht werden soll. Durch Landzwischenenerwerb sollen die Flächen so neu geordnet werden, dass man die aus fachlicher Sicht wichtigen Projekte an Ort und Stelle durchsetzen kann.

Weitaus mehr Verfahren

Insgesamt wurden 2002 dop-

pelt so viele Verfahren eingeleitet als im Vorjahr. In 64 Gemeinden sind es 80 Projekte mit über 6.500 Hektar und 330 laufende Projekte mit 110.000 Hektar Fläche. Außerdem werden im Jahre 2003 insgesamt 35 neue Bodenordnungsverfahren eingeleitet, darüber hinaus rund 20 bis 25 freiwillige Landtauschen, die innerhalb eines Jahres abgewickelt werden.

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Jens Korn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Überreichung des Schecks durch Anja Brieg, Moderatorin und Marketing-Fachfrau beim lokalen Fernsehsender TV Touring.

Kultur gewinnt durch Werbung

Museum im Kulturspeicher bei TV Touring

Bei der Marketing-Umfrage im Februar von TV Touring gingen aus allen Einsendungen bei großer Resonanz zehn Gewinne nach Würzburg - einer an das Museum im Kulturspeicher in der Veitshöchheimer Straße. Der Preis besteht aus 1000 Euro, allerdings nicht in bar. Gemäß dem Motto des Ausschreibens sollen die Gewinner das Preisgeld für eine Werbekampagne beim Veranstalter des Ausschreibens TV Touring verwenden. Ende März überreichte Anja Brieg, Moderation und Marketing beim lokalen Fernsehsender, den Scheck und stellte verschiedene Möglichkeiten einer TV-Präsenz vor.

Damit betritt der Kulturspeicher neue Wege: bisher dachte man hier nicht an Werbung im Fernsehen, eher schon an Reklame im Radio oder Kino. Ausschlaggebend war vor allem der Aufwand einer Fernseh-Produktion und die damit verbundenen Ausgaben. Mit 1000 Euro Startguthaben sieht die Sache nun anders aus, denn es gibt bereits in dieser Preisklasse Werbe-Möglichkeiten im Fernsehen. Der Spaß am Gutscheine soll schließlich nicht durch zusätzliche finanzielle Belastung des Gewinners getrübt werden.

In Frage kommen für das Museum vor allem zwei Werbe-We-

ge. Entweder fällt die Entscheidung zugunsten eines Teasers aus, ein kleiner Spot in Form einer animierten Zeitungs-Anzeige. Dieser Teaser kann dann auch als neuer Internetauftritt weiter verwendet werden. Oder die Museumsleitung entscheidet sich für einen Auftritt in der Sendung Schaufenster.

Ein solcher „Film“-Auftritt ist natürlich individueller und lebhafter als ein Teaser, und damit auch interessanter für den Zuschauer, der sich so schon einmal virtuell im Museum umschauen kann. Darüber hinaus soll die Werbe-Aktion mit einer Verlosung gekoppelt werden.

Dieter Thalhammer wird 60:

Offenes Herz, wacher Verstand

Bürgernähe als zentrales Anliegen des Freisinger Oberbürgermeisters

Politik um der Karriere Willen hat er nie betrieben: Freisinger Oberbürgermeister Dieter Thalhammer, der am 18. April seinen 60. Geburtstag feiert, hat Politik stets als Basis eines demokratischen Miteinanders verstanden. Bürgernähe war dem seit 1994 amtierenden Stadtoberhaupt nie Pflichtaufgabe, sondern zentrales Anliegen, Ansporn und immer neue Herausforderung.

Der gebürtige Freisinger, der 2001 auf eine 40-jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst zurückblicken konnte, war zunächst Angestellter bei der Bayerischen Versicherungskammer, ehe er zur TU Weihenstephan wechselte, wo er für das gesamte Rechnungs- und Haushaltswesen verantwortlich zeichnete.

Prägende Jahre

Danach folgten 25 prägende Jahre in Eching, zunächst als Leiter des Amtes für Allgemeine Planung, Verkehrs- und Umweltfragen, später dann als „Superminister“. In dieser Zeit wurde Thalhammer zur rechten Hand des damaligen Bürgermeisters Dr. Joachim Ensslin. Dabei hat der zweifache Familienvater die Entwicklung Echings vom ländlichen Dorf zur Industrie- und Mustergemeinde nicht nur miterlebt, sondern mit bewegt.

Kernkompetenzen

Anpacken, formen und entwickeln - das sind die Kernkompetenzen, die Dieter Thalhammer auch heute in seinem Amt als Oberbürgermeister der 47.000 Einwohner zählenden Universitätsstadt auszeichnen. Er verfügt nicht nur über vielseitige Fachkenntnisse, sondern arbeitet unter Einsatz aller Kräfte gleichzeitig darauf hin, den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Rechnung zu tragen. Verständnis ist für ihn die erste und wichtigste Voraussetzung dafür, ein Amt gerecht und klug zu verwalten, Stadtpolitik im besten demokratischen Sinne zu gestalten und das Dienstleistungsunternehmen Verwaltung erfolgsorientiert zu führen.

Dazu gehören Maßnahmen wie die Einführung einer mo-

natlichen Bürgersprechstunde, Kulturempfänge als Dank an ehrenamtliche Tätigkeit sowie Wirtschaftsempfänge, die die Beziehung zur lokalen Wirtschaft beleben. Auch führt der Jubilar regelmäßige Betriebsbesichtigungen durch. All dies sind wertvolle Beiträge zu einer Aktiven Bürgergesellschaft, wie sie vom CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag, Alois Glück, immer wieder eingefordert werden.

Bewegte Amtszeit

Dass der Sozialdemokrat auf eine ebenso spannende wie be-



Dieter Thalhammer.

wegte Amtszeit zurückblicken kann, hängt nicht zuletzt mit dem Flughafen München II zusammen. Die aus dem Bau resultierenden verkehrlichen, städtebaulichen und menschlichen Herausforderungen wie Ausweisung von Bauland oder Integration von Neubürgern sind für Dieter Thalhammer gerade in Zeiten knapper finanzieller Mittel stets aufs Neue mit einem enormen Kraftaufwand verbunden.

Stolz kann er u.a. auf ein neues Feuerwehrhaus, ein neues, konzeptionell interessantes Ju-

gendzentrum in Lerchenfeld sowie den geschaffenen Ringabschluss der Südtagente weisen. Auch hat er die Beziehungen zu Weihenstephan mit erheblichem persönlichen Einsatz nahezu neu aufgebaut und mit dem „Weihenstephaner Forum“ einen wertvollen Gesprächskreis mit auf den Weg gebracht, der Vertreter von Stadt, Hochschulen, Forschungsunternehmen und Wirtschaftsministerium regelmäßig an einen Tisch bringt. Mit dem „Kirchenforum“ hat Thalhammer zudem ein Instrument für einen wertvollen interkonfessionellen Austausch in Freising geschaffen.

Politik als Chance

Ehrenamt bedeutete und bedeutet für den OB ungleich mehr als eine mittlerweile 27-jährige Zugehörigkeit zum Freisinger Kreistag oder seine 25 Jahre währende Arbeit im Stadtrat. Politik betrachtet er nach wie vor als Chance, Entwicklungen nicht nur mitzerleben, sondern mit zu bewegen. Diese Chance hat er nicht nur im kommunalpolitischen Bereich beherrzt aufgegriffen: So ist der Jubilar Gründungsmitglied der KAB Lerchenfeld, war lange Jahre Bezirks- und Diözesanvorsitzender. Nahezu selbstverständlich gehört er fast allen Lerchenfelder und vielen Freisinger Vereinen an - dies aus Überzeugung und Achtung vor deren Leistungen für die Stadt und ihre Bürger.

Vielfache Ehrungen

Wenn es auch nie Ziel seines immensen Engagements war, so wurde Thalhammer doch in der Vergangenheit vielfach ausgezeichnet, unter anderem mit der Medaille für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung, dem Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold, der Ehrenurkunde der Sparkasse für langjährige ehrenamtliche Tätigkeit als Vorsitzender und Mitglied des Verwaltungsrates, sowie der Korbiniansplakette in Würdigung seiner Verdienste um das kirchliche Leben in der Erzdiözese München und Freising.

„Bärgige“ Leidenschaft

Dass bei so viel Bemühen um eine gedeihliche Entwicklung der Stadt Freising noch Zeit für ein besonderes Hobby bleibt, mag zunächst verwundern. Doch teilen Dieter Thalhammer und seine Frau seit Jahrzehnten die Leidenschaft für den wohl ursprünglichsten Gefährten aus Kindertagen. Knapp 200 bärenstarke Typen aller Arten nennt das Ehepaar sein Eigen. Kraft Amtes auf den Bären gekommen ist das Oberhaupt freilich nicht, auch wenn ein Bär das Stadtwappen zierte. Vielmehr waren Streitigkeiten unter den Kindern der Auslöser für dieses „bärgige“ Vergnügen. **DK**

kularisations-Ausstellung vom 10. September bis 9. November 2003 im Historischen Museum. Speziell mit Aspekten des Bauens befassen sich die Ausstellung „Ökologischer Wohnungsbau mit Holz“ im November 2003 im Baureferat sowie eine Ausstellung von Architekturmodellen im Stadtarchiv. Als Abrundung der Festlichkeiten des Jubiläumsjahres ist im Februar 2004 eine zweitägige wissenschaftliche Fachveranstaltung geplant. In Vorbereitung ist außerdem ein Homepage-Wettbewerb in den Schulen. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Man kann wieder im Strafencafé draußen sitzen, in der Pause schmeckt ein Eis und die Mädels tragen wieder kürzere Röcke.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ließ sich auch durch meinen tadelnden Blick wegen seiner etwas sexistischen Abschlussbetrachtung nicht in seiner euphorischen Stimmung beirren: Er genießt den Frühling.

Es stimmt schon, jetzt waren wir ein halbes Jahr, das sich endlos hinzuziehen schien, in einem meteorologischen Trübsinn gefangen, der auf unserem Gemüt lastete, als wären wir depressive Börsenmakler. Es war so eisig, als hätten alle sozialen Reformagenden auf einmal ihren kalten Odem verbreitet. Auf dem Weg zum und vom, aber auch im Büro, war es dauernd so dunkel, dass man die Nordeuropäer gut verstehen kann, die bei solch einem



uns mit ein paar durch Frühjahrslyrik inspirierte Stereotypen behaglicher.

Der Mensch macht sich halt gerne was vor oder lässt sich was vormachen. Wichtiger als die Realität ist allemal, was wir von ihr wahrnehmen. In diesen Zusammenhang gehören witzigerweise auch die vom Bürgermeister instinktiv als Boten des Aufbruchs erwähnten Damenröcke. Eine streng wissenschaftliche Studie hat nämlich festgestellt, dass in Zeiten wirtschaftlichen Optimismus die Röcke kürzer werden. Eine flächendeckende Renaissance des Minirocks wäre somit das effektivste Konjunkturprogramm seit der letzten richtigen Steuersenkung. Maximode und Sackgewänder würden dagegen Rezession und Niedergang ankündigen, wahrscheinlich weil sie sämtliche innovativen Kräfte erlahmen lassen.

Ich will keine Spielverderberin und schuld am weiteren Niedergang des Landes sein, also habe ich meine kurzen Röcke vorgeholt und die Hotpants reaktiviert (ich hoffe, die zählen auch). Wenn mich dann der Bürgermeister tadeln, weil die Besucherfrequenz im Vorzimmer durch die Inspektorenwärter sprunghaft steigt, halte ich ihm halt die Studie vor die Nase. Die Hoffnung auf wirtschaftliche Erholung ruht auf den entblößten Kniekehlen der Frauen! Schließlich ist nirgends notiert, dass männliche Hosen, die verschwenderische Blicke auf die Socken ermöglichen, einen ähnlichen Effekt haben. Und Herren-Bermudas sind aus gutem Grund bei uns verpönt.

Jedenfalls sollte mein Chef, der Bürgermeister, mal über einen Kalenderspruch von Sophia Loren nachdenken: „Die beste Waffe der Frau ist die Phantasie der Männer.“

Der Minirock als effektives Konjunkturprogramm

dauerhaften Lichtenzug zu Alkoholikern werden.

Jetzt sieht die Welt aber sehr viel optimistischer aus. Obwohl, als ich vor ein paar Tagen unterwegs war, war ich auf dem Irschenberg über meine Winterreifen froh. Aber eigentlich blinzelt man doch jetzt permanent in die Sonne. Wir können uns über die ersten Blumen und die vielen schönen Blüten an den Obstbäumen freuen.

Ja, so ist das mit den Wahrnehmungen. Kaum ist der Winter Schnee von gestern, erscheint er uns als schrecklich-grimmiger Geselle, obwohl er uns doch die Medien zum Ski fahren und Eis laufen sowie das stimmungsvolle Ambiente zu Weihnachten liefert. Und nachdem uns der Frühling in typischer April-Manier vom Lido-Wetter über Schnürlregen bis zu Frost mit allen Wetterphänomenen beglückt, machen wir ihn



KPV im Landkreis Günzburg:

Hans Joas weiterhin an der Spitze

Gerhard Glogger (Balzhausen) und Hans Klement (Ichenhausen) bleiben Stellvertreter

Keine Veränderungen gibt es bei der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU im Landkreis Günzburg. Der Gundreminger Kreisrat Hans Joas erhielt wiederum einstimmig das Vertrauen. Landrat Hubert Hafner würdigte die beständige, zuverlässige und sachkundige Arbeit des stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Kreistag bei allen ihm anvertrauten Aufgaben. Diesem schloss sich uneingeschränkt MdL Alfred Sauter als CSU-Kreisvorsitzender an. Er nannte Joas, seit 1986 in diesem Amt, einen Unruheherd in seiner Partei, dem keine Arbeit zu viel sei. Unter Regie von Wahlleiter Hans Berk Müller wurden die Bürgermeister Hans Klement und Gerhard Glogger gleichfalls in ihren Ämtern bestätigt.

290 Mitglieder zählt derzeit der Günzburger Kreisverband der Kommunalpolitischen Vereinigung. Ganz besonders erinnerte Joas an zwei Kollegen, die der Tod im vergangenen Jahr aus dem aktiven Bürgermeisterdienst riss: Peter Ploeckl (Jettigen-Schepbach) und Hans-Peter Feil (Rettenbach). Beide waren auch Funktionsträger innerhalb der KPV.

Rechenschaftsbericht

In einem umfassenden Rechenschaftsbericht erwähnte Joas Informationsveranstaltungen zum Kommunalen Wahlrecht mit Alfred Schneid, ein weiteres Seminar mit der Hanns-Seidel-Stiftung über rechtliche Grundlagen für kommunale Mandatsträger mit Dr. Dirnberger vom Bayerischen Gemeindetag mit einem überaus guten Besuch. Das Angebot wurde auch von Mandatsträgern anderer Gruppierungen sehr stark angenommen. Eine äußerst gelungene Informationsveranstaltung fand mit Renate Dodell zu den Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Familie statt. Die Weilheimer Landtagsabgeordnete ging insbesondere auf Handlungsansätze für die Kommunalpolitik ein. Zuletzt gab es ein Seminar zum Thema „Geld und Gemeinde - Das



Hans Joas.

stungsgesetz war. Die Kommunen hätten dazu unter einer verfehlten Wirtschafts- und Steuerpolitik des Bundes zu leiden. Die Gewerbesteuerumlage wurde zu Lasten der Kommunen von rund 20 auf etwa 30 Prozent des Gewerbesteueraufkommens angehoben. Hinzu kommt, dass der Bund kontinuierlich Lasten auf Länder und Kommunen abwälzt. Zu nennen

sind hier beispielsweise die Einführung der Grundsicherung im Rahmen der Rentenreform zum 1.1.03 oder die Streichung der originären Arbeitslosenhilfe, die auf die Sozialhilfe durchschlägt und damit letztlich die Kommunen belastet. Auch bei den UM-TS-Erlösen kassierte der Bund die Einnahmen von rund 50 Mrd. EURO zu 100 Prozent alleine, während die daraus resultierenden Steuermindereinnahmen auf Grund der Abschreibungen allein die Kommunen treffen.

Kommunale Notlage

Dass vier von zehn Gemeinden den Haushalt nicht mehr ausgleichen können, muss zwischenzeitlich wohl auf drei von vier Gemeinden angehoben werden. Aber erst als die Landeshauptstadt auf deren Notlage hinwies, war es überhaupt ein Thema für die Medien. Mittel der Dorferneuerung werden nicht mehr abgerufen, weil die Eigenmittel nicht mehr aufgebracht werden können. Trotzdem sollen die Mittel nicht gekürzt werden, stattdessen soll der Staatsanteil erhöht werden. Nach dem Stabilitätsgesetz ist jetzt ein antizyklisches Verhalten notwendig. Es ist auch nicht so einfach hinnehmbar, dass sich Bund und Land auf Kosten der Kommunen entschuldigen.

Besonders engagierte sich der Günzburger KPV-Kreisverband mit Vorschlägen zur Entbürokratisierung. Von 60 Staatsminister Erwin Huber übergebenen Vorschlägen waren 28 aus dem Landkreis Günzburg und vom wiedergewählten KPV-Kreisvorsitzenden Hans Joas in einer Fleißarbeit zusammengetragen worden. **DK**

Bamberg organisiert Jubiläumsjahr

Am 11. Dezember 2003 wird sich die Entscheidung der UNESCO, die Altstadt von Bamberg in die Liste des Erbes der Menschheit aufzunehmen, zum zehnten Mal jähren. Die Stadt Bamberg begeht diesen „Geburtstag“ mit einem Jubiläumsjahr für die Bürger und mit den Bürgern.

Die Verleihung des Weltkulturerbe-Status bedeutet für die Stadt nicht nur eine große Ehre, sondern unterstreicht auch die hohe Verantwortung aller am Entwicklungsprozess der Stadt Beteiligten gegenüber der vorhandenen baulichen Substanz. „Es war in den vergangenen zehn Jahren und wird auch in Zukunft das Kernziel unserer Bemühungen in Denkmalpflege und Stadtsanierung sein, dieses Erbe für die Nachwelt zu sichern,“ erklärte Oberbürgermeister Herbert Lauer bei der Präsentation der Jubiläums-Aktivitäten im Herzen des Weltkulturerbes, dem Alten Brückenrathaus in der Regnitz.

Weltkulturerbeauf als Auftakt

Offizieller Auftakt des Jubiläumsjahres wird der Weltkulturerbeauf am 4. Mai sein. Genau ein Jahr später bildet der 2. Weltkulturerbeauf den

Abschluss der Feierlichkeiten. Der Höhepunkt des Veranstaltungsjahres wird eine Festveranstaltung der Stadt am „10. Geburtstag“, dem 11. Dezember 2003, im neu eröffneten E.T.A. Hoffmann-Theater am Schillerplatz sein. Dieser Abend soll keine allzu förmliche Veranstaltung für „Auserwählte“ werden, sondern ist als Fest mit und für die Bürger gedacht. Für diesen Tag ist auch die feierliche Gründung einer Weltkulturerbe-Stiftung geplant, aus deren Erträgen die Stadt künftig unter anderem die Zuschüsse im Rahmen des „Bamberger Modells“ finanzieren und so ihren Beitrag zum Erhalt der Bamberger Altstadt leisten will.

Ausstellungs-Höhepunkte

Zu den Ausstellungs-Highlights im Jubiläumsjahr zählen die Dali-Ausstellung vom 13. Mai bis 7. September 2003 in der Villa Dessauer und die Sä-

Bezirkstag von Oberfranken:

Klageverfahren im Blickpunkt

Im Rahmen der jüngsten Sitzung des Bezirksausschusses des Bezirkstages von Oberfranken nahm der Bericht über die weitere Vorgehensweise des Bezirks hinsichtlich des Artikels 15 Finanzgleichgesetz (FAG) breiten Raum ein. Bezirkstagspräsident Edgar Sitzmann erläuterte ausführlich den Ausgang des Klageverfahrens des Bezirks Oberfranken gegen den Freistaat Bayern. Er betonte, dass erst die schriftliche Urteilsbegründung abgewartet werden müsse, ehe weitere Schritte in die Wege geleitet werden könnten.

Obwohl der Bayerische Verwaltungsgerichtshof am 13. Februar 2003 die Klage des Bezirks gegen den Freistaat Bayern abgelehnt hatte, zeigen sich doch erste Bewegungen: Immerhin wurde ein politischer Diskurs über die Verteilung der Ausgleichsmittel, die der Freistaat Bayern zur Verfügung stellt, in die Wege geleitet. Trotzdem der Bayerische Verwaltungsgerichtshof dem Freistaat Bayern bestätigt habe, den Sozialhilfeausgleich für die Bezirke entsprechend dem geltenden Recht zu vollziehen, hatte Staatsminister Kurt Faltlhauser doch signalisiert, dass er bereit sei, den Ver-

teilungsmodus der Ausgleichsmasse neu festzulegen. Die Chancen, künftig höhere Ausgleichszahlungen zu erhalten, stehen somit für den Bezirk Oberfranken trotz des verlorenen Prozesses gut.

Bayernweites Zentrum

Durchweg positiv waren die Berichte, die den Bezirksausschuss-Mitgliedern vorgetragen wurden. Rainer Prischenk, Leiter der Landwirtschaftlichen Lehranstalten des Bezirks Oberfranken, informierte über den Besuch von Professor Hans Schön, Präsident der Bayerischen Lan-

desanstalt für Landwirtschaft. Ergebnis dieses Besuches war, dass die Landwirtschaftlichen Lehranstalten des Bezirks Oberfranken in die Arbeit der Bayerischen Landesanstalt mit eingebunden werden könnten. Hier könnten sie sich als bayernweites Zentrum für extensive Tierhaltung etablieren. Der Bau des modernen Mutterkuhstalles auf dem Gelände der Landwirtschaftlichen Lehranstalten, der noch in diesem Jahr realisiert wird, wäre auch im Hinblick auf diese möglichen künftigen Aufgaben ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, erläuterte Prischenk.

Wegweisende Projekte

Dr. Gunter Bühler, Geschäftsführer von „Oberfranken offensiv“ erklärte seinerseits, dass gerade in den Bereichen Regionalmanagement und Regionalmarketing wegweisende Projekte initiiert wurden, wie etwa die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft, die Förderung von Innovationen sowie der Ausbau Oberfrankens als attraktive Region für den Tourismus oder als Gesundheits- und Aktivregion unter dem Titel „Oberfranken bewegt“. Ziel aller

Aktionen sei es immer gewesen, so Bühler, Oberfranken als Gesamtregion in den Mittelpunkt zu stellen. Diese Vorgabe bildete auch den Hintergrund für den „Innovationspreis Oberfranken“, der 1998 zum ersten Mal auslobt wurde. Das Preisgeld in Höhe von 50.000 Euro wird von einem Unternehmen der Region gestiftet und auch der diesjährige Wettbewerb verspricht eine hohe Teilnehmerzahl.

„Jugend forscht“

Auf überaus große Resonanz stößt auch der Jugendwettbewerb „Jugend forscht“, der seit dem Jahre 2000 für die Region ausgeschrieben wird. Hatte sich im ersten Jahr 96 Teilnehmer angemeldet, so sind in diesem Jahr schon 176 Schülerinnen und Schüler dabei, die an unterschiedlichsten Projekten forschen. Und die Teilnehmerzahl wird weiterhin steigen, lautete Bühlers Prognose. „Family Net“ zählt ebenfalls zu den erfolgreichen Aktionen. In fast 200 Veranstaltungen, die seit dem 4. Februar 2002 durchgeführt wurden, konnten 20.000 Teilnehmer gezählt werden.

Eine ähnlich positive Bilanz zog auch Horst Wolf genannt Schmidt, Rektor der Staatlichen Schule für Kranke im Regierungsbezirk Oberfranken, deren Träger für den Sachmittelaufwand der Bezirk Oberfranken

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt des CARL LINK Deutscher Kommunal-Verlag in Kronach/Franken bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. Sollte der Prospekt bereits entnommen sein, fordern Sie bitte ein weiteres Exemplar unter der Telefonnummer 09261/969-15 an.

ist. Die Schule für Kranke hat seit ihrer Gründung im Jahre 1989 immer mehr Aufgaben hinzu bekommen.

Therapeutische Betreuung

Neben der anfänglichen Unterrichtsarbeit in den Kinderkliniken in Bayreuth, Bamberg, Hof und Coburg, ist heute eine enge Zusammenarbeit mit der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie am Bezirkskrankenhaus Bayreuth, mit der Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie in Coburg und mit dem Interdisziplinären Therapiezentrum in Unterleinleiter sowie Hausunterricht, Autismusberatung und Fachberatung für Epilepsie zu verzeichnen. Besonders betonte Wolf genannt Schmidt die kooperative Zusammenarbeit mit der Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie in Coburg. Hier konnten Kinder und Jugendliche erfolgreich beschult werden, und wurden gleichzeitig

in die Lage versetzt, die therapeutischen Maßnahmen durch die Tagesklinik in Anspruch zu nehmen. Diese Form der schulischen und therapeutischen Betreuung habe modellhaften Charakter, und sei bundesweit als beispielhaft vorgestellt worden, führte Wolf genannt Schmidt aus.

DK

Kulturdialog unter www.erlangen.de

Neben den „realen“ Erlanger Kulturdialogen, die am 26. April mit einer ersten Veranstaltung im Museumswinkel beginnen, hat Kulturreferent Dieter Rossmeißl das virtuelle „Erlanger Kulturforum“ auf der Homepage der Stadt Erlangen www.erlangen.de in Betrieb genommen. Das Kulturreferat will damit entsprechende Beschlüsse des Kultur- und Freizeitausschusses des Stadtrates in die Tat umsetzen und den wichtigen Dialog mit Kulturinteressierten, Kulturschaffenden und -vermittlern weiter verstärken.

Vorschau auf GZ 9

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 9, die am 24. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- ◀ EDV in der Kommunalverwaltung
- ◀ Technische Ausstattung öffentlicher Gebäude